

Inhalt

Vorbemerkung	2
---------------------	-------	---

Felix Wemheuer

Auf dem Weg zum Sozialismus? Kritische Anmerkungen zu den Unterstützern der heutigen KP Chinas in der westlichen Linken	3
--	-------	---

Erwin Maurer

Rezension zu Bergmann: Der chinesische Weg	18
---	-------	----

Alfred Schröder

Die Macht der Geschichtsschreibung Über die Langzeitwirkung des "Kurzen Lehrgangs"	28
---	-------	----

Ewgeniy Kasakow

Bewegung versus Avantgarde? Mythologie der linken Debatten über die Russische Revolution 1917	..	39
--	----	----

Fritz Gött

Die „Epigenetik“ und der Klassenkampf	51
--	-------	----

Dokumentation

Um eine neue linke Sammlungsbewegung in Deutschland Beiträge von Andreas Wehr und Mario Neumann	66
---	-------	----

Vorbemerkung der Redaktion

In Fortsetzung der beiden letzten Ausgaben der AzD zum russischen Revolutionsjahr 1917 sind diesmal Fragen des Sozialismus das Hauptthema.

Während das von Erwin Maurer rezensierte Buch des im Juni 2017 gestorbenen Theodor Bergmann die Auffassung vertritt, dass sich die VR China auf dem Weg zum Sozialismus befindet, argumentiert Felix Wemheuer in den "Kritischen Anmerkungen" des einleitenden Artikels, dass in China seit einigen Jahrzehnten unter historisch und gesellschaftlich spezifischen Bedingungen ein Prozess der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals abläuft.

In Fortführung seiner bisherigen Beiträge zum Revolutionsjahr 1917 arbeitet A. Schröder heraus, dass die marxistischen Publikationen zur Oktoberrevolution nach wie vor die in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts durch den "Kurzen Lehrgang" kanonisierte Fassung der Ereignisgeschichte wiederholen, anstatt die Klassen und ihr politisches Handeln zu untersuchen.

Im Anschluss daran wird der Artikel von E. Kasakow aus der Prokla 187 zu einigen Mythen über die russische Revolution abgedruckt, der in der letzten Ausgabe keinen Platz hatte.

Fritz Gött befasst sich mit der Epigenetik und der Frage, was das mit dem Klassenkampf zu tun hat.

In der abschließenden *Dokumentation* stellen wir die aktuelle Auseinandersetzung um den von Lafontaine und Wagenknecht eingebrachten Vorschlag zu einer neuen linken Sammlungsbewegung vor.

Die nächste Ausgabe der AzD analysiert die Produktivkraftentwicklung von der industriellen Revolution bis zur Zukunft der "Industrie 4.0".

Mitteilungen in eigener Sache:

Mailadresse: Wir verweisen noch einmal auf unsere neue Mailadresse für die Kontaktaufnahme, Bestellungen, Mitteilungen etc: >azd72@gmx.de<.

AzD im Internet: Künftig werden die AzD zusätzlich zur Printausgabe auf der Webseite der "Kommunistischen Debatte" eingestellt: www.kommunistische-debatte.de/?page_id=851

Presseschau: Die AzD-Redaktion verschickt in unregelmäßigem Abstand per Mail Links zu Analysen und Hintergrundberichten zu nationalen und internationalen politischen Fragen aus der deutschsprachigen Presse (Print- und Internetmedien). Wer daran Interesse hat, kann uns ihre/seine Mailadresse geben und wird in den Verteiler aufgenommen.

Felix Wemheuer

Auf dem Weg zum Sozialismus?

Kritische Anmerkungen zu den Unterstützern der heutigen KP China in der westlichen Linken

Seit dem Ende der Kulturrevolution 1976 und dem Niedergang der westeuropäischen ML-Bewegung haben sich viele Linke lange nicht mehr für die Entwicklung in China interessiert. In den letzten 15 Jahren häufen sich allerdings linke Publikationen zum Charakter der Volksrepublik (VR).¹ Mittlerweile ist China eine politische und wirtschaftliche Großmacht. Während mit dem chinesischen "Wirtschaftswunder" im Westen lange nur *Sweatshops* und Billigwaren verbunden wurden, investiert das chinesische Kapital heute auf allen Kontinenten. Selbst in Deutschland kauft es im großen Stil Unternehmen auf. Laut den Plänen der chinesischen Regierung soll die VR zum 100. Jahrestag ihrer Gründung, 2049, ein hochentwickeltes Industrieland sein. "Der Spiegel" rief sogar die westliche Welt dazu auf, endlich aufzuwachen, da China schon jetzt die Nummer Eins sei.² Die gegenwärtige Verschiebung der globalen Machtverhältnisse können auch Linke in Europa nicht ignorieren. Allerdings gehen die Einschätzungen zum Charakter der VR weit auseinander: Theodor Bergmann sieht das Land auf dem Weg zum Sozialismus (siehe die Buchbesprechung von Erwin Mauer in dieser Ausgabe der *AzD*). Der bekannte marxistische Geograph David Harvey hingegen reihte 2005 auf dem Titelbild seines Buches "Kleine Geschichte des Neoliberalismus" Deng Xiaoping in eine wenig schmeichelhafte Ahnengalerie zusammen mit Ronald Reagan, Margaret Thatcher und dem chilenischen Diktator Augusto Pinochet ein.³

Heute ist China wieder zur Projektionsfläche linker Wünsche im Westen geworden. In diesem Aufsatz werde ich mich mit den Autoren kritisch auseinandersetzen, die meinen, die VR sei auf dem Weg zum Sozialismus oder stelle eine progressive Alternative zum westlichen Kapitalismus dar. Eine Analyse der Positionen der Kritiker des "chinesischen Kapitalismus" wird an anderer Stelle erfolgen. Eine umfassende Bewertung der Mao-Ära (1949-1976) wird in diesem Aufsatz nicht geboten. Ich beziehe mich jedoch auf diese Zeit und auch auf Vergleiche mit der Sowjetunion, falls sie in den Argumenten der Autoren eine wichtige Rolle spielen. Am Ende lege ich dar, wie ich Kapitalismus definiere und den (staats)kapitalistischen Charakter der VR bewerte.

¹ Siehe zum Beispiel die Schwerpunkt-Nummern der Zeitschrift "Das Argument" Nr. 268 (2006) und Nr. 296 (2012) sowie kritische Anmerkungen zur linken China-Debatte siehe Dillmann, 2009, S.370-378.

² Der Spiegel, 46/2017.

³ Deutsche Übersetzung: Harvey, 2007.

Auf der Suche nach einer sozialistischen Perspektive

In den Verlagen VSA und PapyRossa, den Tageszeitungen "Junge Welt", "Zeitschrift Sozialismus" und "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" sowie aus dem Umfeld der DKP (Deutsche Kommunistische Partei), der "China Study Group Europe" und der Partei "Die Linke" sind eine Reihe von Beiträgen erschienen, die Chinas Weg als eine Art "Neue Ökonomische Politik" (NÖP) wie in der Sowjetunion der 1920er sehen. Diese Autoren glauben, der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) gelinge es durch Koexistenz staatlicher und privater Eigentumsformen, Markt und Plan sowie einer kontrollierten Öffnung zum Weltmarkt zunächst die "Produktivkräfte zu entwickeln". Das Fernziel einer vollentwickelten sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft habe die Partei noch im Blick. Diese Autoren betonen, dass der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft einen viel längeren Zeitraum in Anspruch nehme, als die Gründerväter der Sowjetunion und der VR annahmen; also nicht einige Jahrzehnte, sondern mehr als 100 Jahre. Einige dieser Autoren sehen im Scheitern der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Mikroelektronik in den 1970ern im sozialistischen Ostblock den Grund für dessen Untergang 1991. China habe hingegen die zentrale Bedeutung eines Technologietransfers aus den fortschrittlicheren kapitalistischen Ländern erkannt. Probleme der langen "Übergangsperiode" wie die soziale Spaltung der Gesellschaft, Korruption der Kader oder Umweltzerstörung werden zwar erwähnt, jedoch als unvermeidliche Nebenprodukte der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen, die die KPCh eindämmen wird oder zumindest sollte.

Deng als chinesischer Bucharin?

Seit mehreren Jahrzehnten vertritt Theodor Bergmann unbeirrt die Position, dass in China der Sozialismus aufgebaut werde. Letztes Jahr verstarb der ehemalige Professor für vergleichende Agrarwissenschaft im Alter von 101 Jahren. Seit 1929 stand er der KPD/Opposition nahe, die in den Richtungskämpfen der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion) Nikolai Bucharin unterstützte, der die NÖP fortführen wollte. Bergmann reiste seit 1978 regelmäßig in die VR. Bezogen auf die Geschichte der KPCh unterstützte er die Politik von Liu Shaoqi und Deng Xiaoping. Schon 1982 gab er "Ausgewählte Schriften und Materialien" von Staatspräsident Liu auf Deutsch mit heraus. Bergmann sah in Liu einen Vertreter einer schrittweisen Transformation der Landwirtschaft durch Genossenschaften sowie einer rationalen Wirtschaftsplanung.⁴

Im Gegensatz dazu habe Mao Zedong eine "voluntaristische" Linie vertreten und fälschlicherweise Zwangskollektivierung, verschärften Klassenkampf und Massenkampagnen befürwortet. Besonders die internationale "Selbstisolierung" durch die Autarkie-Ideologie der Maoisten habe China vom Technologietransfer

⁴ Bergmann/Menzel/Menzel-Fischer (Hrsg.), 1982, S. 312-316.

China auf dem Weg zum Sozialismus?

mit den fortschrittlichen Ländern abgeschnitten. Bergmann schrieb die Geschichte der VR als "Kampf zweier Linien", allerdings mit umgekehrter Zuordnung wie bei den Maoisten, laut denen Liu und Deng die falsche, "revisionistische", Linie vertreten hätten. Selbst in seinem letzten Buch von 2017 analysierte Bergmann die chinesische Gegenwart noch nach dem altbekannten Muster "Bucharinismus versus Stalinismus". Maoismus erschien ihm als chinesische Form des Stalinismus. Bergmann nannte sich "kritischer Kommunist", scheint aber seit Ende der 1920er eisern an seinen Positionen festzuhalten. Sein Buch "Der chinesische Weg" liest sich über weite Strecken wie eine Zusammenfassung der Absichtserklärungen der KPCh. "Kritisch" hinterfragt Bergmann die Darstellungen seiner chinesischen "Informanten" nur selten.

Unterschiede zwischen der chinesischen "Reform und Öffnung" und der sowjetischen NÖP sind offensichtlich. Lenin sprach 1921 vom "Staatskapitalismus" als Fortschritt für das rückständige Russland.⁵ Die KPCh nennt das gegenwärtige System "Sozialismus mit chinesischer Besonderheit" bzw. "sozialistische Marktwirtschaft". 2013 hat die Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KPCh sogar die Position, dass China staatskapitalistisch sei, als schädliche und zu bekämpfende Auffassung definiert.⁶ Russland führte 1921 die NÖP auf Grund des Scheiterns des "Kriegskommunismus" (1919-1920), des Aufstandes in Kronstadt und des Abflauens der revolutionären Welle in Westeuropa ein. Es gab in Russland aber durchaus eine revolutionäre Arbeiterklasse und Jugend, die eine radikale Umwälzung der Gesellschaft anstrebte. Die Kommunistische Internationale sollte noch zu einer weltweiten Bewegung mit Millionen von Mitgliedern werden. Im Fall von China sind nach 1978 sowohl im Land als auch weltweit sozialrevolutionäre Kräfte marginalisiert. Außerdem hat die wissenschaftliche Forschung gezeigt, dass die sowjetische NÖP weit weniger erfolgreich war als es sich die Reformkommunisten der 1980er vorstellten. 1921 wurde Russland von einer schweren Dürre getroffen. Darauf folgte eine ländliche Hungersnot mit Millionen Toten. Die Strategie, die Sowjetunion durch ausländisches Kapital zu entwickeln, zeigte wenig Resultate und war spätestens seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 unrealistisch. Sicherlich erschien nach dem Desaster der Kollektivierung (1928-1931) unter Stalins Führung und der darauffolgenden Hungersnot im Nachhinein die Fortführung der NÖP als Alternative oder zumindest als kleineres Übel.⁷ Das ist aber kein Grund, die sowjetische NÖP noch im 21. Jahrhundert als tragfähiges Modell für den Sozialismus zu preisen.

Hauptwiderspruch zwischen chinesischer Nation und Imperialismus

Der italienische Philosophieprofessor und Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens, Domenico Losurdo, feiert den Aufstieg Chinas als Überwindung

⁵ LW, Band 32, S. 345-346.

⁶ "Document 9: A ChinaFile Translation", 8.11.2013, <http://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>, aufgerufen 13.2.2018.

⁷ Zu den Hungersnöten von 1921 und 1931-1933 siehe: Wemheuer, 2012, S.46-94.

der "kolumbianischen Epoche", sprich einer von Weißen und westlichem Imperialismus dominierten Welt. Der KPCh sei es nach 1978 gelungen, einen Weg zu finden Unterentwicklung und Armut zu überwinden. Bei seiner Chinareise 2010 beeindruckte Losurdo die Fähigkeit der "chinesischen Genossen" zur Selbstkritik. Ihnen seien die sozialen und ökologischen Probleme des Landes bewusst. Ein Grundgedanke von Losurdo ist, dass die Klassenfrage Chinas seit dem 20. Jahrhundert in erster Linie eine nationale Frage des Überlebens der chinesischen Nation in einer imperialistischen Umwelt sei. Die chinesische Führung versuche den Drahtseilakt, sich zwecks Technologietransfers in den Weltmarkt zu integrieren, ohne dabei in Abhängigkeit zu den westlichen Mächten zu geraten. Den heutigen Linken im Westen wirft Losurdo eine pro-imperialistische Haltung vor, weil sie einseitig die Kämpfe der chinesischen Arbeiter für höhere Löhne unterstützen ("Ökonomismus") oder sogar einen Regimewechsel befürworten würden.⁸ Mit dem Begriff des "Ökonomismus" bezieht sich der Autor auf Lenin, der in "Was tun?" (1902) argumentierte, dass der Kampf der Sozialdemokratie über gewerkschaftliche Forderung für höhere Löhne hinausgehen müsse. Losurdo interpretiert die Kritik am "Ökonomismus" in die Richtung, dass die chinesischen Arbeiter ihre Bedürfnisse denen der Exportnation unterordnen sollten: "Die (berechtigten) direkten Lohnforderungen dürfen das strategische Ziel nicht gefährden, ein Land zu stärken, das mit seiner schieren ökonomischen Entwicklung den Plänen des Imperialismus — oder des ‚Hegemonismus‘, wie unsere chinesischen Gesprächspartner diplomatischer zu sagen pflegen — im Wege steht."⁹

Der KPCh gelinge es nicht nur gegenüber den Arbeitern, die langfristigen nationalen Interessen durchzusetzen, sondern auch gegenüber den Privatunternehmen. Losurdo schreibt: "Dem aufmerksamen Beobachter kann eigentlich nicht entgehen, dass die Privatunternehmen, angesichts ihrer subalternen ökonomischen, politischen und sozialen Position, stimuliert, gedrängt und gezwungen sind, mehr als der Logik des Maximalprofits einer anderen und höheren Logik zu gehorchen: der des immer breiteren und tiefergehenden wirtschaftlichen Fortschritts sowie der Stärkung der nationalen Technologie. Letztlich erweisen sich die Privatunternehmen, durch eine Reihe von Vermittlungen, als dem ‚Marktsozialismus‘ unterworfen oder untergeordnet. Und daher sind die moralisierenden Predigten, die eine gewisse West-Linke nicht müde wird an die chinesische KP zu richten, teils überflüssig, teils unbegründet und haltlos."¹⁰ Kritik an dem chinesischen Weg sei zwar erlaubt, die Linke sollte sich jedoch darauf einigen, dass China sich nicht auf dem kapitalistischen Weg befinde und eine fortschrittliche Kraft bei der Überwindung der imperialistischen Weltordnung darstelle.

⁸ Losurdo, 2017a, S. 52-35, S.60-61.

⁹ Losurdo, 2010.

¹⁰ Losurdo, 2010. Auch Losurdos Buch, indem er den Mainstream der westlichen Linken attackiert, hat Kapitel zu China, 2017b, S.266-288; S.304-314.

China auf dem Weg zum Sozialismus?

Meiner Meinung nach gehört die VR zu den größten Gewinnern der "amerikanischen Weltordnung" seit 1991 und der neuen globalen Arbeitsteilung mit der Auslagerung von Teilen der Industrieproduktion in den globalen Süden, da diese Entwicklungen China den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg ermöglichten. Die KPCh tritt heute als Verteidiger des "Freihandels" und der Spielregeln des globalen Kapitalismus auf. In Afrika ist China massiv am sogenannten "Land Grabbing" beteiligt und vor allem an der Rohstoffsicherung interessiert. Richtig ist, dass sich die VR militärisch bisher zurückgehalten hat, Ansatzpunkte für eine alternative Weltordnung sind in ihrer Außenpolitik meiner Meinung nach nicht vorhanden.

Losurdo kommt interessanterweise nicht aus einer bucharinistischen Strömung. 2012 erschien auf Deutsch seine Verteidigungsschrift Stalins.¹¹ In diesem Buch sieht Losurdo die Errungenschaften der Sowjetunion vor allem in der nationalen Frage. Die Oktoberrevolution habe eine Kolonialisierung des Landes durch den Westen verhindert. Viel Schaden habe allerdings der "Voluntarismus" und "Anarchomessianismus" der frühen 1920er angerichtet. Damals hätten viele Bolschewiki geglaubt, sie könnten die bürgerliche Familie, Nationalitäten und den Staat in naher Zukunft zum "Absterben" bringen sowie die Weltrevolution militärisch exportieren. Der späte Stalin habe dann, so Losurdo, wichtige Lehren gezogen und mit "abstraktem Universalismus", "Kosmopolitismus" sowie "absoluter Gleichmacherei" im Verteilungssystem Schluss gemacht. Als realpolitischer Staatsmann habe Stalin den Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen Aufbau Russlands verschoben.¹² Losurdo bringt es fertig, sowohl Stalin als auch die Führung der KPCh der Reform-Ära als nationalkommunistische "Realpolitiker" im Kampf gegen die Unterwerfung ihrer Nationen durch den Imperialismus zu feiern. Als roter Faden zieht sich durch seine Bücher zu China und Russland, dass Klassenkampf und soziale Transformation der Gesellschaft der nationalen Frage untergeordnet werden müssen. Eine korporatistische Einbindung von Arbeit und Kapital in den Staat "im nationalen Interesse", die er in der heutigen VR China sieht, erinnert im besten Fall an die zweite österreichische Republik nach 1945 und im schlimmsten Fall an den italienischen Faschismus. Richtig ist, dass sich die Gründerväter der UdSSR und VR die Einführung des Kommunismus zu einfach vorstellten. Man sollte deswegen aber nicht generell alle Versuche, Geschlechter- und Familienverhältnisse, ethnische Zuschreibungen und nationale Grenzen zu überwinden, als "Anarchomessianismus" verwerfen.

Kapitalistische Basis, sozialistischer Überbau?

Helmut Peters, ehemaliger Sinologieprofessor und Diplomat in der DDR, ist weniger euphorisch bezogen auf die gegenwärtige Entwicklung der Volksrepublik als Bergmann und Losurdo. Er betitelt sein Buch von 2009 dennoch: "Die

¹¹ Kritische Besprechung siehe: Felix Wemheuer, Familienmensch Stalin, Jungle World, 24.1.2013 <https://jungle.world/artikel/2013/04/familienmensch-stalin> (aufgerufen 13.2.2018).

¹² Losurdo, 2012, S.137

Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus: Auf der Suche nach der Furt".¹³ Peters analysiert chinesische Originalquellen und gibt nicht einfach die Positionen der Regierung wieder. Mit Bergman teilt er, den Sieg der chinesischen Revolution von 1949 als großen Fortschritt zu sehen, die Mao-Ära jedoch als "voluntaristischen" Irrweg. Peters sieht die Entwicklung der Reform-Ära ab Anfang den 1990ern kritisch. Die Führung habe damals die Schlussfolgerung gezogen, um die Produktivkräfte schneller zu entwickeln, einen Markt nach kapitalistischem Muster zuzulassen. Wie Lenin 1921 habe Deng 1992 geglaubt, das Land könne Arbeitsproduktivität und technisches Niveau nur durch ein Lernen vom entwickelten Kapitalismus erhöhen. Um die Marktmechanismen zu regulieren, habe Deng zwei notwendige Voraussetzungen gesehen: Den Erhalt des Machtmonopols der Partei sowie der führenden Rolle des Staats- über den Privatsektor. Die Freisetzung der Marktlogik sei bezogen auf die Entwicklung der Produktivkräfte sehr erfolgreich gewesen, es drohe jedoch der Verlust einer sozialistischen Perspektive, so Peters. Man könne zwar die Triebkräfte des Marktes staatlich regulieren und nutzen, allerdings nicht ihren grundlegenden Charakter verändern. Sprich die Marktwirtschaft in China sei nicht "sozialistisch" wie es die KPCh behauptet. Peters nennt dazu drei Gründe: "Erstens. Die KP Chinas setzt auf die Triebkräfte der kapitalistischen Wirtschaftsweise; diese sind jedoch organisch mit dem Prozess der Realisierung des Kapitals verbunden. Zweitens. Kapital agiert im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft; die Nutzung von Kapital in den Größenordnungen der Politik der KP Chinas setzt deshalb die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft in China an die moderne internationale Marktwirtschaft des Kapitals voraus. Drittens. China betreibt in zunehmendem Maße Kapitalexport und beteiligt sich am internationalen Finanzinvestment, um seinen Bedarf an natürlichen Ressourcen und moderner Technik abzudecken und vom internationalen Kapitalverkehr zu profitieren. Das erfordert von China, sich in den Regeln der kapitalistischen Weltwirtschaft zu bewegen."¹⁴

An der Politik der KPCh seit den frühen 1990ern kritisiert Peters: "Deng erkannte nicht, dass die Nutzung der Triebkräfte des neuen Wirtschaftssystems die Anpassung auch des staatlichen Eigentums an die Gesetze und Regeln der Marktwirtschaft (z. B. die freie Verfügung des selbstständigen und unabhängigen Marktsubjekts über das Eigentum, die Existenz des doppelt freien Lohnarbeiters, das Streben nach Maximalprofit) bedingt. Er unterschätzte auch den Einfluss dieser Marktwirtschaft auf die Gesellschaft und die noch ungefestigte sozialistische Perspektive Chinas."¹⁵ Eine ähnliche Kritik trägt Peters auch an den Plänen zur Wirtschaftsreform der Regierung unter Xi Jinping von Ende 2013 vor, dass die Parteiführung die Gefahren, die von Marktwirtschaft und ausländischem Kapital ausgehen, unterschätzen würde. Eine vollständige Durchsetzung

¹³ Peters, 2009.

¹⁴ Peters, 2015, S. 19-20.

¹⁵ Peters, 2015, S. 20.

China auf dem Weg zum Sozialismus?

der kapitalistischen Kräfte und eine Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft chinesischen Typs seien heute möglich.¹⁶

Peters knüpft an einen chinesischen Wissenschaftler an und spricht von einer "kapitalistischen Basis" und einem "sozialistischen Überbau" in der VR. Es entsteht der Eindruck, dass Peters glaubt, die Regierung könne China wieder stärker in Richtung Sozialismus führen, wenn sie nur wolle. Dem Autor ist durchaus die Transformation der Klassenverhältnisse in China bewusst. Warum die KPCh selbst von diesem Wandel unberührt bleiben soll, ist mir ein Rätsel. Die mit dem Staat eng verbundenen "roten Kapitalisten" haben riesige Vermögen und Eigentum angehäuft. Sie dürften wenig Interesse daran haben, es wieder zu verlieren. Das Vermögen der Familie des ehemaligen Premierministers Wen Jiabao wird zum Beispiel auf ca. 4,3 Milliarden US-Dollar geschätzt.¹⁷

Fraglich ist auch, ob die Führung um Deng die Notwendigkeit der Schaffung einer Klasse von "freien Lohnarbeitern" wirklich nicht erkannt hatte. Seit den 1980ern wurde in den offiziellen Medien immer wieder von der Notwendigkeit der "Zerschlagung der eisernen Reisschüssel" gesprochen, sprich die Abschaffung der lebenslangen Anstellung und Versorgung der Arbeiter in den Staatsbetrieben. Das bedeutete wohl nichts anderes, als die Arbeitskraft wieder zu kommodifizieren und einen Arbeitsmarkt zu schaffen. Bezogen auf das Kapital mag Deng naiver gewesen sein. 1985 verkündete er, dass durch die Reformpolitik auf keinen Fall eine neue Kapitalistenklasse entstehen solle.¹⁸

Alternative zum Liberalismus: Die nichtkapitalistische Marktwirtschaft

Eine Gruppe von Autoren gesteht ein, dass Chinas Entwicklung mit klassischen Vorstellungen von Sozialismus nichts mehr zu tun habe. Sie hoffen aber, dass die VR eine Alternative zum Neoliberalismus und zur US-dominierten Welt darstelle könne. Seit den 1980ern wurde in weiten Teilen der Welt der sogenannte "Washington-Konsens" etabliert, der Freihandel, Deregulierung der Wirtschaft und Finanzmärkte sowie die Privatisierung von staatlichen Leistungen beinhaltet. Der "Beijing-Konsens" setze hingegen auf eine staatliche Regulierung von Märkten im Interesse der Allgemeinheit, Zählung von kapitalistischen Einzelinteressen, gemischte Eigentumsformen sowie eine friedliche Außenpolitik.¹⁹ Mittlerweile haben Länder des globalen Südens bei der Aufnahme von Krediten Alternativen zum IWF (Internationalen Währungsfonds), der von den USA dominiert wird.

Der verstorbene Weltsystemtheoretiker Giovanni Arrighi, Professor an der John-Hopkins-Universität, knüpft an die Debatte um "ReOrient" an.²⁰ Der Be-

¹⁶ Peters, 2014.

¹⁷ Li, 2011.

¹⁸ Deng, 1993, S.123.

¹⁹ Diese Positionen werden zum Beispiel vertreten von Goldberg, 2015, und Losurdo 2017b, S.304-314.

²⁰ Deutsche Übersetzung: Frank, 2016.

griff bedeutet, dass China bis in das 18. Jahrhundert das Zentrum der Welt war und diese Position erst im 19. Jahrhundert durch die industrielle Revolution und das Eindringen des westlichen Kolonialismus und Japans verlor. Der gegenwärtige Aufstieg Chinas sei daher nicht Neues, sondern ein Wiederaufstieg. Arrighi glaubt, dass die späte Qing-Dynastie auf ihrem Höhepunkt im 18. Jahrhundert schon ein Gegenmodell zum westlichen Liberalismus darstellte. Das Tributsystem unter chinesischer Hegemonie hätte einen 500-jährigen Frieden (12. bis 18. Jahrhundert) in Asien geschaffen. Im Vergleich dazu sei die US-Hegemonie über Asien seit 1945 fragil und habe in Korea und Vietnam zwei blutige Kriege verursacht. Während Bergmann die friedliche und defensive Außenpolitik der VR auf deren sozialistischen Charakter zurückführt, sieht Arrighi schon in der Qing-Dynastie ein nicht-imperialistisches Reich, das zwar symbolischen Tribut von Vasallenstaaten einforderte, jedoch diese nicht wirtschaftlich ausgebeutet hätte.²¹

Arrighi baut zumindest auf der Forschung der letzten Jahrzehnte auf, die den Abstieg Chinas nicht auf das 15. Jahrhundert, sondern das 19. Jahrhundert datieren. Mit der Auswahl von Beamten durch Prüfungen, einer hoch kommerzialisierten Landwirtschaft im Yangzi-Delta, einem komplexen System der Hungerhilfe durch Getreidespeicher sowie sozialstaatlichen Elementen war China lange "moderner" als der Westen. Dass China 1949 eines der ärmsten Länder der Welt war, lag also keinesfalls an seiner generellen Rückständigkeit, sondern war Resultat vom Niedergang des Qing-Imperiums 1911 und Jahrzehnten von Krieg, Besatzung und Bürgerkriegen. Obwohl Arrighi aus einer anderen Theorieschule als die KPCh-Führung kommt, gibt es erstaunliche Parallelen zum offiziellen Narrativ der chinesischen Regierung vom "friedlichen Wiederaufstieg" Chinas.

Das Wirtschaftssystem der Qing habe laut Arrighi mit dem der Reformpolitik unter Deng nach 1978 gemein, dass es eine "nichtkapitalistische Marktwirtschaft" sei. Der Staat würde verhindern, dass Privatpersonen zu großen Reichtum anhäufen bzw. eine Klasse von Kapitalisten Einfluss auf die Regierung bekommen würden. Arrighi argumentiert: "Man kann einer Marktwirtschaft beliebig viele Kapitalisten hinzufügen, solange der Staat ihren Klasseninteressen nicht unterstellt ist, bleibt die Marktwirtschaft nichtkapitalistisch."²² Damit knüpft Arrighi an eine These von Fernand Braudel an, der einen ähnlichen Zustand für die Geschäftswelt im Europa des 16. Jahrhunderts ausgemacht habe. Warum leitet Arrighi den Charakter einer Gesellschaft nicht aus den Produktionsverhältnissen ab, sondern daraus, ob eine bestimmte Klasse sich den Staat unterstellt hat?

Die in China traditionelle Verbindung von Landwirtschaft und handwerklichem Kleingewerbe würde sich auch in der Entwicklungsstrategie der 1980er wiederfinden. Arrighi behauptete außerdem noch im Jahr 2007, dass in China

²¹ Arrighi, 2008, S.391-298.

²² Arrighi, 2008, S.412.

China auf dem Weg zum Sozialismus?

auf dem Land eine dezentralisierte Akkumulation ohne Enteignung des Bodens der Bauern stattfinden würde.²³ Das scheint nicht der Realität zu entsprechen. Laut offiziellen Statistiken verloren bis 2005 40 Millionen Bauern ihr Land. Jährlich kommen mehrere Millionen hinzu. Laut einer Schätzung von Sally Sargeson haben bis 2008 allein 88 Millionen Bauern durch Enteignung ihr Land verloren.²⁴ Arrighis Thesen sind innovativ, aber teilweise unhaltbar, wenn man die soziale Umwälzung in China betrachtet.

Die VR China: Eine (staats)kapitalistische Gesellschaft

Im letzten Teil dieses Aufsatzes werde ich meine eigenen Auffassungen darlegen, ob China "kapitalistisch" ist.

Offensichtlich gibt es Elemente im chinesischen Modell, die nicht zum westlichen Neoliberalismus passen wie die starke Rolle des Staates in Industrie und Finanzwesen. Der Staat finanziert seine Investitionen unter anderem durch gewinnbringende Monopole. Die VR hat sich außerdem bisher relativ gut von internationaler Währungsspekulation abgesichert, indem der Wechselkurs der Währung *Renminbi* zum Dollar weiterhin vom Staat festgelegt wird. Es gibt Beschränkungen, Geld aus China ins Ausland zu transferieren. Weiterhin existieren Fünfjahrespläne, die makroökonomische Entwicklung strategisch planen und technische Innovation nicht nur "sich selbst regulierenden Märkten" und Unternehmern überlassen. Die Zentralregierung hat keinerlei Skrupel, große Ressourcen in "Zukunftstechnologien" wie Gentechnik, künstliche Intelligenz oder Digitalisierung zur Überwachung der Bürger zu investieren. Wie das Beispiel der Solartechnik zeigt, werden Produkte notfalls staatlich subventioniert, um Konkurrenten auf dem Weltmarkt in den Bankrott zu treiben. Außerdem gibt es in der VR kein Privateigentum an Grund und Boden. In der Stadt ist der Boden Staatseigentum und auf dem Land Kollektiveigentum, das heißt, der Boden wird von den Dorfgemeinschaften verwaltet und den Bauernfamilien zur Nutzung übergeben.

Sozialistisch ist die chinesische Gesellschaft deshalb allerdings nicht.

Definition von Kapitalismus und "ursprünglicher Akkumulation"

Teil des Problems der linken Debatten um den Charakter der VR scheinen mir die unklaren Definitionen von Kapitalismus zu sein. Man kann gerne "über Marx hinausgehen", sollte aber erst mal mit dessen Definitionen anfangen. Meiner Meinung dreht sich die Debatte um China viel zu sehr um die Frage des Marktes. Der Zweck der Produktion im Kapitalismus ist die Generierung von Mehrwert für das Kapital durch die Ausbeutung von Lohnarbeit. In "Das Kapital" nennt Marx viele Beispiele dafür, dass es Märkte fast in jeder Gesellschaft gab wie im alten Rom, das deshalb noch lange nicht kapitalistisch war. Mehr-

²³ Arrighi, 2008, S.451-453.

²⁴ Walker, 2008, S.472; Sargeson, 2016.

fach betont Marx in allen drei Bänden von "Das Kapital", dass die "Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln" die entscheidende Voraussetzung für die Herausbildung einer kapitalistischen Gesellschaft sei. Für Marx hat der Kapitalismus die Tendenz zu Kommodifizierung der Arbeit, sprich dass Lohnarbeit die dominante Form der Beschäftigung wird. Marx sprach von einem "doppelt freien Lohnarbeiter", der einerseits kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt, andererseits seine Arbeitskraft aber nicht an einen bestimmten Herrn oder Herrin verkaufen muss. Er oder sie ist zwar den ökonomischen Zwängen des Marktes ausgesetzt, aber nicht einer persönlichen Herrschaft unterworfen wie ein Sklave oder Leibeigener.

Klassenverhältnisse werden auch in der Produktion selbst reproduziert. Marx schrieb: "Der kapitalistische Produktionsprozess, im Zusammenhang betrachtet oder als Reproduktionsprozess, er produziert nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der anderen den Lohnarbeiter."²⁵ Eine Fabrik produziert daher nicht nur ein Auto als Ware und macht damit Gewinn, wenn es Käufer auf dem Markt gibt, sondern auch ein Klassenverhältnis, indem der Lohnarbeiter arbeitet und der Kapitalist sich den Mehrwert aneignet. Von daher ist es abwegig "kapitalistische Mechanismen" als rein technische und neutrale Elemente zur "Entwicklung der Produktivkräfte" zu sehen und zu glauben, man könne gleichzeitig verhindern, dass die dazu gehörigen Klassenverhältnisse nicht reproduziert werden würden. Diese Illusion hatten einige Parteiführer im China der 1980er.

Sicher hatte Marx in der Regel bei seinen Ausführungen Privatkapitalisten vor Augen. Im 3. Band von "Das Kapital" zeigte er jedoch, dass in Form des modernen Bankenwesens gesellschaftliches Geld konzentriert wird und Kapitalisten Kredite aufnehmen, um zu investieren. Aktiengesellschaften stellen für Marx eine Form der Vergesellschaftung der Produktion da, wenn auch nicht der Aneignung, die weiterhin privat bleibt.²⁶ Durch die Aktiengesellschaft würden Eigentum und Leitung des Betriebs generell getrennt werden. In Folge hätten die Kapitalisten überhaupt keine gesellschaftlich notwendige Funktion mehr inne.

Vereinfacht könnte man sagen, dass die juristische Form des Eigentums keine entscheidende Rolle spielt, um die Frage nach dem kapitalistischen Charakter der Produktion zu beantworten. Produktionsverhältnisse sind dann kapitalistisch, wenn Lohnarbeit von Kapital eingesetzt wird, um Mehrwert zu generieren und diese Form der Arbeit die Gesellschaft dominiert. Engels machte sich Gedanken zum modernen Staat als "ideellen Gesamtkapitalisten". Seine Ausführungen passen meiner Meinung nach auch zum heutigen Staatskapitalismus in China: "Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Ak-

²⁵ MEW, Band 23, S.604.

²⁶ Marx, 1961, S.655.

China auf dem Weg zum Sozialismus?

tiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben."²⁷ Die Lösung sah Engels in einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel. In China ist interessanterweise der Staatskapitalismus aus der Umwandlung der Arbeitseinheiten der Mao-Ära hervorgegangen, in denen es zumindest in den Kernbelegschaften keine "freie" Lohnarbeit gab.

An anderer Stelle habe ich ausführlicher ausgeführt, dass die Entwicklung in China seit 1978 als "ursprüngliche Akkumulation des Kapitals" verstanden werden kann. Marx schrieb zum englischen Fallbeispiel im letzten Kapitel des 1. Bands von "Das Kapital": "Historisch epochemachend in der Geschichte der ursprünglichen Akkumulation sind alle Umwälzungen, die der sich bildenden Kapitalistenklasse als Hebel dienen; vor allem aber die Momente, worin große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden. Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Prozesses. Ihre Geschichte nimmt in verschiedenen Ländern verschiedene Färbung an und durchläuft die verschiedenen Phasen in verschiedener Reihenfolge und in verschiedenen Geschichtsepochen. Nur in England, das wir daher als Beispiel nehmen, besitzt sie klassische Form."²⁸ Marx betonte in diesem Prozess die zentrale Rolle des Staates. Er schrieb über England, Spanien, Holland, Portugal und Frankreich: "Alle aber benutzten die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie selbst ist eine ökonomische Potenz."²⁹ Ironischerweise geht der Prozess der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in China in einem noch schnelleren Tempo vonstatten, da der Staat über Grund und Boden verfügen kann. Er ist in der Lage, Millionen Menschen für Industrieprojekte, Sonderwirtschaftszonen oder Stadtentwicklung einfach umzusiedeln. Kommerzialisierung der Bodenrechte und Landwirtschaft werden durch die Zentralregierung "treibhausmäßig" gefördert, ohne Grund und Boden zu privatisieren. In

²⁷ Engels, 1988, S.88.

²⁸ Marx, 1986, S.8-9.

²⁹ Marx, 1986, S. 52.

dieser Hinsicht unterscheidet sich der chinesische Kapitalismus von europäischen Entwicklungswegen.

Atemberaubend ist das Tempo der Reduzierung des Anteils der Landbevölkerung. In der Ära vor 1978 unterband die Regierung durch das *hukou*-System zumindest zwischen 1962 und Ende der 1970er Jahre effektiv Landflucht und Urbanisierung. Diese Haushaltregistrierung (*hukou*) unterteilte die Bevölkerung in "Agrar-" und "Nicht-Agrar-Haushalte". Das Verhältnis von Stadt- zu Landbevölkerung blieb mit 20 zu 80 Prozent relativ konstant. Ohne Erlaubnis der Behörden konnten Bauern weder die Dörfer verlassen noch in die Städte übersiedeln. Gingen die Bauern ohne Erlaubnis in die Städte, hatten sie weder legalen Zugang zu Lebensmittelrationen noch zu Wohnraum. Die Auflösung der Volkskommune Anfang der 1980er stellte die Mobilität der ländlichen Arbeitskräfte her. Allein zwischen 2002 und 2015 sank der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 62 Prozent auf 43 Prozent. Insgesamt reduzierte sich der Prozentsatz von Arbeitskräften in der Landwirtschaft von 70 Prozent 1978 auf 28 Prozent 2015.³⁰ Dieser Prozess ist nicht nur Resultat der Pull-Faktoren des städtischen Arbeitsmarkts, sondern auch des gezielten Urbanisierungsprogramms der Regierung.

Man kann die zentralen Aspekte der "ursprünglichen Akkumulation des Kapitals" in China seit 1978 zusammenfassen als die Auflösung und Proletarisierung der alten Staatsarbeiterklasse sowie die Herausbildung einer neuen Klasse der "Bauern-Arbeiter", bei deren zweiten Generation seit den 2000ern der Bezug zur Landwirtschaft deutlich abgenommen hat. "Bauern-Arbeiter" bedeutet, einen ländlichen *hukou* zu haben, aber hauptsächlich in der Stadt zu arbeiten. Offiziell waren 2014 379 Millionen Menschen als "Bauern" registriert, von denen ein großer Teil entweder überhaupt nicht oder nur teilweise in der Landwirtschaft involviert war. 253 Millionen Menschen der sogenannten "fließenden Bevölkerung" arbeiteten im selben Jahr über sechs Monate abseits des Ortes ihrer *hukou*-Registrierung. Davon ist die große Mehrheit ländlicher Herkunft. In der Generation von Menschen mit ländlichen *hukou* im Alter zwischen 16 und 35 Jahren sollen nach einer Statistik von 2012 87 Prozent Vollzeit außerhalb der Landwirtschaft arbeiten.³¹ Diese Zahlen erscheinen ausreichend, um eine Tendenz der Durchsetzung der Lohnarbeit bei der zweiten Generation der "Bauern-Arbeiter" als zentrale Verdienstquelle zu zeigen.

Abermillionen Bauern werden jedes Jahr landlos. Es entstehen kapitalistische Großbetriebe als Pächter und eine Klasse der Lohnarbeiter auf dem Land. Seit 2008 ist es möglich, dass agroindustrielle Großunternehmen das Nutzungsrecht von Tausenden Bauern für 20 oder sogar mehr Jahre pachten. Besonders in der Produktion von Fleisch, Meeresfrüchten und Obst für die urbanen Konsumenten

³⁰ <http://www.stats.gov.cn/tjsj/ndsj/2016/indexeh.htm> , aufgerufen, 3.September 2017.

³¹ Sargeson, 2016.

China auf dem Weg zum Sozialismus?

steigt der Anteil der Lohnarbeit deutlich. Durch die von der Regierung forcierte Kommerzialisierung der Landwirtschaft nimmt die Bedeutung der bäuerlichen Selbstversorgung ab. Sally Sargeson hat sogar argumentiert, dass in China Subsistenzbauern (*peasants*) als Klasse in Zukunft dem Untergang geweiht seien.³²

Mein Verständnis der "ursprünglichen Akkumulation" in China soll nicht heißen, dass Kleinbauern oder Lohnarbeit in den Städten in Kombination mit Subsistenzwirtschaft auf den Dörfern in den nächsten ein oder zwei Jahrzehnten komplett verschwinden werden. Die KPCh war seit Gründung des Staates 1949 mehrfach gezwungen, gegenüber den Bauern Zugeständnisse zu machen.³³ Allerdings sind die Bauern mittlerweile nicht mehr die Mehrheit, sondern eine Minderheit der Bevölkerung. Durch die Schwächung ihrer Subsistenzwirtschaft und dörflichen Gemeinschaften haben sie an Möglichkeiten eingebüßt, sich Plänen des Staates und Zwängen des Marktes zu entziehen.

Offene Fragen

Wie schon mehrfach betont, hat der chinesische Kapitalismus auch seine Besonderheiten, da er aus der Revolution von 1949 und dem Scheitern eines klassischen staatssozialistischen Modells hervorgegangen ist. In China vollziehen sich die klassischen Paradigmen der westlichen Modernisierungstheorien (Urbanisierung, Kommerzialisierung, Differenzierung, von der Gemeinschaft zur Gesellschaft, vom *peasant* zum *farmer* usw.), trotz der Abwesenheit von Privateigentum an Grund und Boden unter Führung eines Staates, der auch in strategisch wichtigen Branchen der Wirtschaft die "Kommandohöhen" kontrolliert. Im Fall von China ist noch zu beantworten, ob man von verschiedenen Sektoren wie "privatkapitalistisch" und "staatskapitalistisch" sprechen sollte oder das ganze System als "Staatskapitalismus" bezeichnet. China unterscheidet sich heute grundlegend von der sowjetischen Staatswirtschaft der 1970er, wo es weder Privatkapitalisten noch "freie Lohnarbeiter" gab. Der Begriff "Staatskapitalismus" trifft meiner Meinung nach für die Sowjetunion deshalb nicht zu.

Um den Charakter der VR genauer zu verstehen, ist sowohl eine Debatte um die marxischen Kategorien von Kapitalismus als auch eine Untersuchung der konkreten sozialen Prozesse in China nötig. Viele Forscher haben bisher entweder zu den Arbeitskonflikten in den Städten oder zur Umwälzung auf dem Land geforscht. Es gibt bisher nur wenige Versuche, die Klassenverhältnisse der Gesellschaft als Ganzes zu analysieren.

Jörg Goldberg argumentiert, dass im globalen Süden gegenwärtig Formen des Kapitalismus entstehen würden, in denen es keine Bourgeoisie im marxischen Sinne gebe. Nach Marx bedeute das eine Klasse, die nicht nur die Produktionsmittel besitzt und Lohnarbeiter beschäftigt, sondern auch auf staatlicher und

³² Sargeson, 2016.

³³ Siehe: Wemheuer, 2007, S. 11–31.

gesellschaftlicher Ebene durch Bündnisse politische Hegemonie herstellen könne.³⁴ Damit stellt sich auch die Frage, ob Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft identische Begriffe sein müssen. Eine Zivilgesellschaft (politische Partizipation der Bürger), gesichertes Privateigentum oder der Rechtsstaat in Form von Gewaltenteilung sind in der VR bisher nur in Ansätzen vorhanden. Es ist vielleicht an der Zeit, die Idee aufzugeben, dass Kapitalismus und liberale Demokratie zusammengehören. Auch die Entwicklungen in Russland, Osteuropa und der Türkei zeigen, dass der autoritäre Kapitalismus als Modell für die Zukunft auf dem Vormarsch ist.

Dennoch gibt die Entwicklung in China auch Anlass zu Hoffnung, da es Kämpfe und Widerstand gibt, besonders durch die junge Arbeiterklasse, die über 200 Millionen Menschen umfasst. Dass sich auch die KPCH immer wieder zu Mao positionieren muss, zeigt, dass weder das Erbe der Revolution von 1949 noch das der kulturevolutionären Rebellion von 1966/67 tot ist. Das gilt für die emanzipatorischen Elemente dieses Erbes genau sowie wie für die reaktionären. In diesem Sinne erscheint die Zukunft Chinas offen.

Literatur

Arrighi, Giovanni: Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts; Hamburg: VSA-Verlag 2008

Bergmann, Theodor, **Menzel**, Ulrich und **Menzel-Fischer** Ursula (Hrsg.): Liu Shaoqi. Ausgewählte Schriften und Materialien. Band 2; Stuttgart: Edition Cordeliers 1982

Bergmann, Theodor: Der chinesische Weg. Versuch, eine ferne Entwicklung zu verstehen; Hamburg: VSA-Verlag 2017

Deng Xiaoping Wenxian, di san quan [Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping, Band 3]; Beijing: Renmin chubanshe 1993

Dillmann, Renate: China. Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht; Hamburg: VSA-Verlag 2009

Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft; Berlin: Dietz Verlag 1988

Frank, Andre G.: ReOrient. Globalwirtschaft im Asiatischen Zeitalter; Wien: Promedia 2016

Goldberg, Jörg: Die Emanzipation des Südens: Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt; Köln: Papyrossa 2015

³⁴ Goldberg, 2016, S. 181.

China auf dem Weg zum Sozialismus?

Goldberg, Jörg: "Die Bourgeoisie und der Kapitalismus in den Ländern des Südens", in Felix Wemheuer (Hrsg.): *Marx und der globale Süden*; Köln: Papyrossa 2016, S. 170-201

Harvey, David: Kleine Geschichte des Neoliberalismus; Zürich: Rotpunktverlag 2007

Li, Minqi: "The Rise of the Working Class and the Future of the Chinese Revolution", *Monthly Review*, Vol. 63, No. 2, 2011, <https://monthlyreview.org/2011/06/01/the-rise-of-the-working-class-and-the-future-of-the-chinese-revolution/>, aufgerufen am 13.2.2018

Marx, Karl: Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band; Berlin: Dietz Verlag 1961

Marx, Karl: Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation; Berlin: Dietz 1986

Losurdo, Domenico: Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende; Köln: Papyrossa Verlag 2012

Losurdo, Domenico: "Eine aufschlussreiche Reise nach China. Bemerkungen eines Philosophen", *Marxistische Blätter*, 11.11 2010 <https://linksnet.de/artikel/26101>, aufgerufen 13.2.2018

Losurdo, Domenico: "China und das Ende der ‚kolumbianischen Epoche‘", *Marxistische Blätter*, Nr. 3 2017a, S. 52-62

Losurdo, Domenico: Wenn die Linke fehlt... Gesellschaft des Spektakels, Krise, Krieg; Köln: Papyrossa Verlag 2017b

Peters, Helmut: Die Volksrepublik China: Aus dem Mittelalter zum Sozialismus. Auf der Suche nach der Furt; Essen: Neue-Impulse-Verlag 2009

Peters, Helmut: "Das Kapital und die ‚sozialistische Marktwirtschaft‘ in der Volksrepublik China", in: Marlies Linke, Thomas Sablowski, Klaus Steinitz (Hrsg.): *China: Gesellschaftliche Entwicklung und globale Auswirkungen*, Manuskripte Neue Folge, Rosa Luxemburg-Stiftung, Berlin 2015

Peters, Helmut: "China: Wohin tendiert die ‚allseitig vertiefte Reform‘? Pluralisierung gesellschaftlicher Kräfte und Vormarsch des Privatkapitals", *Marxistische Linke*, 2014, <http://www.kommunisten.de/news/analysen/5202-wohin-geht-china-zu-einem-modernen-kapitalismus-oder-zum-sozialismus>, aufgerufen 14.2.2018

Sargeson, Sally "The Demise of China's Peasantry as a Class", *The Asia-Pacific Journal*, No 14, 2016, <http://apjjf.org/-Sally-Sargeson/4918/article.pdf>, aufgerufen 3.9.2017

Walker, Kathy Le Mons, "From Covert to Overt: Everyday Peasant Politics in China and the Implications for Transnational Agrarian Movements", *Journal for Agrarian Change*, Vol. 8, No. 2 and 3 (2008), S.462-488

Wemheuer, Felix: Der Große Hunger: Hungersnöte unter Stalin und Mao; Berlin: Rotbuch Verlag 2012

Wemheuer, Felix: "Die Waffen der Schwachen: Alltäglicher Widerstand der chinesischen Bauern in der Ära der kollektiven Landwirtschaft (1953–1982)", Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007), S. 11–31

Rezension zu Theodor Bergmann: Der chinesische Weg - Versuch, eine ferne Entwicklung zu verstehen (VSA, Hamburg 2017)

In diesem Taschenbuch hat Theodor Bergmann mehrere von ihm bereits in anderen Büchern und Zeitschriften veröffentlichte Beiträge in zum Teil überarbeiteter und ergänzter Weise zusammengefasst.¹

Er versucht, wie er im Vorwort schreibt: „die Entwicklungen in der Volksrepublik China für zweifelnde deutschsprachige Sozialisten und Kommunisten verständlich zu machen“, weil auch sie oft bezweifeln, „dass die VR China sich auf dem Weg zum Sozialismus nach vorne entwickelt“. (S. 9) Er wendet sich gegen die Kritiker (sowohl bürgerliche als auch marxistische), die wie er meint, auch aus unterschiedlichen Interessen, entweder das Scheitern des Aufbaus des Sozialismus in China wünschen oder aber als weitere Niederlage der kommunistischen Bewegung befürchten.

Er stellt im Vorwort klar, dass er „weder Historiker noch Sinologe, aber ein vorsichtig-kritischer Optimist (ist), der die Überwindung des Kapitalismus erhofft. Meine Hoffnung wird dadurch bestärkt, dass die chinesischen Kommunisten aus der Fehlentwicklung der UDSSR gelernt und die Irrtümer der Mao-Ära in öffentlicher Selbstkritik auf vorbildliche Weise aufgearbeitet haben.“ Weiter stellt er fest, dass er „in diesem Buch versuchen (will), die Probleme der Volksrepublik China zu erklären, ohne alle Lösungsvorschläge zu billigen. Und gewiss kann auch der Erfolg der chinesischen Entwicklung zum Sozialismus kein Modell für die Sozialisten der Industrieländer sein.“ (S. 9)

Er stellt fest, dass es in China „keinen paradiesischen Endzustand (gibt); vielmehr gibt es immer Widersprüche, Schichten-Interessen, neue Entwicklungen, neue Bedürfnisse, neue Aufgaben. Und diese Interessen suchen sich ihre Ausdrucksformen.“ (S. 10/11) Dieses Buch ist mehr eine Beschreibung der Entwicklung und der vorhandenen Probleme sowie Besonderheiten der VR China, weniger eine ausführliche Analyse derselben.

¹ Insbesondere ist hier zu erwähnen: Theodor Bergmann: Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung, Irrwege – Kritik – Erneuerung; VSA-Verlag 2012

Das Buch unterteilt sich in 3 Teile :

Im Teil 1 stellt Bergmann der „Revolutionsperspektive von Marx“ die reale Geschichte gegenüber.

Er stellt fest, dass Marx und Engels, obwohl sie sich auch mit China und Indien beschäftigten, davon ausgingen, „die Revolution würde zuerst in einem hochindustriellen Land siegen können, mit einer demokratisch erfahrenen, gebildeten, klassenbewussten Arbeiterklasse.“ ... „Entgegen den Vorstellungen der Klassiker siegte die erste proletarische Revolution in einem überwiegend agrarischen, >rückständigen< Land.“ (S. 13) Da die Revolutionen in den industriell fortgeschrittenen Industrieländern des Westens scheiterten, war die Sowjetunion nach dem Bürgerkrieg gezwungen einen eigenständigen Weg beim Aufbau des Sozialismus zu suchen. Mit der „Neuen ökonomischen Politik (NÖP)“ sollte die Industrialisierung des Landes vorangetrieben und die Rückständigkeit überwunden werden.

Im Weiteren werden die Krisen des „sozialistischen Lagers“ und der damit verbundenen Auseinandersetzungen zwischen „Stalinisten“ sowie „Maoisten“ einerseits und den von Bergmann so genannten „kommunistischen Reformern“ andererseits, in den verschiedenen Ländern, sowie die Konflikte zwischen den kommunistischen Parteien und der Arbeiterklasse innerhalb der sozialistischen Länder, als auch zwischen den verschiedenen sozialistischen Ländern beschrieben. Dabei wird vor allem „die durch die Dominanz der KPDSU - ein Geburtsfehler der Komintern - und deren Führung durch die Stalin-Equipe erzwungene >>Einheit<< der kommunistischen Welt mit einem >>Generalstab<< in Moskau“ kritisiert. (S. 19)

Ein wesentliches Merkmal für die Einstufung als sozialistischer Staat ist nach den Ausführungen Bergmanns der selbst erklärte Wille der jeweils regierenden kommunistischen Partei, am Aufbau des Sozialismus festzuhalten. Diese Einstufung wird nur durch die grundsätzliche Einschätzung Bergmanns, mit der er an die Geschichte der Kommunistischen Bewegung herangeht, zu verstehen. Danach hat die „Kommunistische Bewegung wichtige Beiträge zum internationalen Klassenkampf geleistet. Sie hat die ersten historischen Großversuche unternommen, ein neues Gesellschaftssystem zu schaffen. Mit dem ersten Versuch ist sie trotz unübersehbarer Leistungen nach 75 Jahren gescheitert. Der zweite Großversuch – mit einem Fünftel der Menschheit – geht weiter und ist gegenwärtig sehr erfolgreich, bietet ein Kontrastprogramm zur tiefen Weltkrise des Kapitalismus.“²

Im Teil 2 werden die „Entwicklungsprozesse und -probleme des kommunistischen China“ dargestellt.

Bergmann beschreibt die Entwicklung der Volksrepublik China anhand einer „riesigen“ Aufgabe: dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft bei gleichzeitiger Verdreifachung der Gesamtbevölkerung, „um die ganze Größe der

² Siehe Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung..., S.205)

Rezension: Der chinesische Weg

Entwicklungsleistung vorstellbar zu machen“ (S. 24) Außer den verschiedenen Tabellen und statistischen Zahlen zur Entwicklung in der VR China zeigt er einen „Vergleich der Entwicklungsstrategien“ zwischen China und Indien während des gleichen Zeitraums. Wie schon in früheren Veröffentlichungen erwähnt, ist für ihn „die Entwicklungs-Aufgabe in China ... nur zu vergleichen mit der in Indien“ (S. 27)

Für Bergmann „(ist) die Reform und Öffnung, die Deng Xiaoping mit seinen Helfern sofort nach seiner erneuten und nun endgültigen Rückkehr in die Führungsposition der KP Chinas im Jahr 1978 forderte und betrieb, offensichtlich eine Analogie zu Lenins NÖP.“ (S. 29/30) Er wehrt sich gegen die Behauptung (z.B. von Helmut Peters) „Sozialismus und Marktwirtschaft sind im Wesen unvereinbar“ (S.30), da es dafür bei den Klassikern keine Belege gäbe. Außerdem sei sie wirklichkeitsfremd. „Markt gab es unter Mao und gibt es vermutlich immer; ob dieser legal, grau oder schwarz ist, hängt von der Versorgungslage und der Härte der staatlichen Kontrolle ab. Wenn die Behauptungen von Peters stimmen würden, müsste man Deng Xiaoping, Raul Castro und allen anderen sozialistischen Reformern ihre Intention absprechen, als Sozialisten zu handeln und den Sozialismus aufzubauen und den Reformen selbst ihren sozialistischen Charakter. Davon kann aber nicht die Rede sein. Es ist nur so, dass diese komplizierte historische Aufgabe nicht mit Stalins Ungeduld (>>den Fünfjahresplan in vier Jahren erfüllen<<) und mit Maos >>großem Sprung nach vorn<< durchzuführen ist.“ (S. 30) Stattdessen bezieht er sich positiv auf den „marxistischen Ökonomen Klaus Steinitz“ der meint, „Markt und Plan gehören zusammen, ergänzen einander“ und der eine ähnliche Position wie Bucharin bezieht, „dass der Staat in einer sozialistischen Marktwirtschaft den Markt kontrolliert und nur >>die Kommandohöhen der Wirtschaft<< als Volkseigentum beherrscht“ (S.30)

In diesem längeren Zitat wird die Grundhaltung von Theodor Bergmann nochmals deutlich:

Er geht einerseits von einer sehr langfristigen Entwicklung aus, und unterstellt den Reformern grundsätzlich den ernsthaften Willen, zum Aufbau des Sozialismus in ihren Ländern beizutragen, trotz aller dabei auftretenden Widersprüchen und negativen gesellschaftlichen Phänomenen (wie die vorhandene Korruption oder die zunehmende soziale Spaltung etc.). Diese werden nicht verschwiegen, teilweise auch kritisiert, aber als erklärbare, zeitlich begrenzte aber notwendige Begleiterscheinung behandelt.

Andererseits macht er die Rückschläge beim Aufbau des Sozialismus in der Hauptsache weniger an den gesellschaftlichen Widersprüchen fest, sondern am jeweiligen „Personenkult“ oder aber am „Voluntarismus“ von Stalin und Mao Tse-tung, d.h. an der grundsätzlich falschen Politik bzw. deren subjektiven Verfehlungen. Vor allem kritisiert er dabei die, seiner Meinung nach, falsche Position (das von Stalin formulierte und von Mao Tsetung übernommene >>Gesetz<<), dass der Klassenkampf sich nach der erfolgreichen Revolution ver-

schärft. „Dieses angebliche Gesetz diene als Vorwand sowohl für die Moskauer Schauprozesse und auch für die >>große proletarische Kulturrevolution<<“. (S.64) Stattdessen befürwortet Bergmann die Position des Reformers „Liu Shaoqi, der Klassiker des chinesischen Marxismus“. Dieser „erklärte dagegen ausdrücklich, dass nach dem Sieg der Revolution die bisher herrschende Klasse zerschlagen ist. Die wichtigste neue Aufgabe der Partei sei nun nicht weiterer Klassenkampf, sondern die Entwicklung der Produktivkräfte und die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Da man dafür neue Wege suchen muss, gibt es >>den Kampf zweier Linien<<, die Debatte über Alternativen.“ (S. 65)

Bergmann fordert neue Begriffsbestimmungen, um die Probleme im Sozialismus besser zu verstehen. „In diesem langwierigen Prozess des sozialistischen Aufbaus bedienen wir uns der Begriffe eines anderen Systems und einer anderen Geschichtsetappe, ohne zu fragen, ob diese alten Begriffe unter neuen sozialen Verhältnissen noch adäquat sind.“ (S. 31) Er selbst aber wendet diese alten Begriffe in unterschiedlichen Zusammenhängen an, ohne die unterschiedliche Bedeutung dieser Begriffe klar zu machen.

Um ein Beispiel zu nennen: Er greift Lenins Frage auf, „ob man nach den siegreichen sozialistischen Revolutionen noch von Klassenverhältnissen sprechen kann, ob dieser Begriff der Klasse noch auf die unterschiedlichen Interessengruppen anwendbar ist“. (S. 31) Nach einem längeren Leninzitat, in dem dieser den Begriff der Klasse definiert, stellt Bergmann, mit Bezug und Abgrenzung zu H. Peters fest, dass man es durchaus „als marxistisch akzeptieren kann“, wenn „Xi Jinping (seit 2012 Generalsekretär der KP CH) nicht mehr von Klassen (sondern von Schichten) spricht“. „Widersprüche werden auch im Sozialismus in Form von Streiks ausgetragen.“ „Diese Widersprüche sind nicht antagonistisch“, da „der von einer kommunistischen Partei geführte Staat unterstützt heute im Allgemeinen die Arbeitenden bei betrieblichen Auseinandersetzungen.“ (ebda).

Dies steht allerdings im Widerspruch zu seiner Feststellung, die er bei der Beschreibung der größten Massenorganisationen der KP Chinas, dem allchinesischen Gewerkschaftsverbund, macht. Nachdem er feststellt, dass die spontanen Streiks der Wanderarbeiter im Jahr 2010 durch diesen nicht unterstützt wurden, weil sie in den Privatunternehmen, in denen oft frühkapitalistische Verhältnisse herrschen, kaum vertreten sind, macht er die folgende Aussage: „Die Mobilität, die erhöhte berufliche Qualifikation und das wachsende Klassenbewusstsein der Arbeitenden, die Abnahme ihrer Zahl und das steigende Lohnniveau erleichtern die Interessenvertretung der Beschäftigten – aus der Klasse an sich wird die Klasse für sich“. (S.67) Gegen oder in Abgrenzung zu welcher anderen Klasse sich diese neue arbeitende Klasse herausbildet, bleibt bei ihm allerdings unbeantwortet.

Rezension: Der chinesische Weg

Was Bergmann hierbei allerdings selbst auch nicht leistet, ist eine konkrete Untersuchung der Klassen in China, sowohl bei der Gründung der VR China, als auch in der heutigen Zeit. Er geht davon aus, dass die ehemals herrschenden Klassen in China (Großgrundbesitzer und Komprador-Bourgeoisie) im Bürgerkrieg geschlagen wurden und die nationale Bourgeoisie mit den Kommunisten nach ihrem Sieg kooperierte. Die Frage nach der möglichen Rückeroberung der Macht stellt er nicht, gerade weil die Kommunistische Partei anfangs in den Städten und in der Arbeiterklasse wenig Einfluss hatte.

Die Frage nach dem Charakter der Revolution wird von ihm nicht direkt gestellt. Nach der Beschreibung des Sieges im Bürgerkriegs stellt er allerdings fest: „Soziale Revolution und nationale Befreiung waren in China also eng mit einander verbunden. Ohne die Masse der Kleinbauern hätten den Roten Armeen die Kämpfer gefehlt, und ohne die gemeinsam erkämpfte ökonomische und politische Souveränität hätte es keine Bauernbefreiung vom Feudalismus gegeben. Die nationale Befreiung konnte nur von der KP Chinas durchgesetzt werden. Die Wiederherstellung der vollen nationalen Souveränität war immer auch ein historisch berechtigtes und notwendiges Anliegen der Arbeiterklasse; die Großbourgeoisie dagegen konnte für diese Anliegen nicht kämpfen – aus Furcht vor einer sozialen Revolution. Das berechtigte nationale Anliegen der Kommunisten war – wie erwähnt – kein aggressiver Nationalismus, andererseits war ohne Souveränität, ohne die Befreiung von den imperialistischen Mächten, eine soziale Revolution nicht durchzusetzen.“ (S.73) In der Vergleichstabelle der Entwicklungsstrategien der VR China mit der Indischen Union benennt er als Merkmal der Führung die „Kommunistische Partei der Bauern und Arbeiter“. (S.28)

Für Bergmann ist „die Entwicklung von der Agrar- zur Industriegesellschaft, die sich gegenwärtig in den Entwicklungs- und Schwellenländern vollzieht“ entscheidend. (S. 23) Er unterscheidet zwischen dem Agrarsektor, dem Industriesektor und dem sich neu entwickelnden Dienstleistungssektor. Auch werden die sich wandelnden Eigentumsverhältnisse beschrieben, ohne aber zu untersuchen, ob sich hieraus auch neue Klassenverhältnisse entwickeln.

Darüber hinaus gibt Bergmann eine konzentrierte, aber umfassende Beschreibung der Entwicklung und dem erreichten Stand in der VR China mit vielen Daten, soweit dies auf ca. 90 Seiten möglich ist: Die Erfolge im Bildungswesen, seit Einführung der Schulpflicht 1949, werden benannt und anhand der heutigen Bildungsinfrastruktur dargestellt. Ausführlich wird die widersprüchliche Entwicklung des Agrarsektors, incl. der Schwierigkeiten und der politischen Konflikte beschrieben. Dabei wird vermerkt: „Die große Transformation vom Agrar- zum Industriestaat führt zu einer Umkehr der Rolle des Agrarsektors. Hatte dieser anfangs einen hohen Faktorbeitrag zum Entwicklungsstart leisten müssen, kann der Staat jetzt den Agrarsektor durch moderne Produktionsmittel (Landmaschinen, Pflanzenschutzmittel, Handelsdünger, HochleistungsSaatgut) und durch verschiedene Transferleistungen (Subventionen, Sozialversicherung) fördern.“ (S.37) Am Ende wird nochmals als Ergebnis der widersprüchlichen

Entwicklung festgehalten: „Der Staat ist heute in der Lage, Landwirtschaft und Dorfbevölkerung planmäßig und gezielt zu fördern – und die Vorleistungen des Agrarsektors zurückzugeben. Man sucht vorsichtig nach neuen Formen der Kooperation. Ferner werden neue Formen der Zusammenarbeit geschaffen. ... Die Nöte und Wünsche der Bauern werden öffentlich erörtert und in den Fünfjahresplänen behandelt. Es fehlt jedoch eine autonome organisierte Interessenvertretung der Bauern.“ (S.41) Es werden aber auch die „Hauptprobleme auf dem Land heute“ (Wanderarbeiter, Einkommensunterschiede, Soziale Sicherung, Urbanisierung, Familienplanung); ihre Entwicklung sowie die angedachten Lösungen, ausführlich behandelt.

Die Reform des Industriesektors, die Mitte der 1980er Jahre begonnen hat und die verschiedenen Unternehmenstypen, sowie die verschiedenen Methoden, mit denen der Staat die Kontrolle über die wichtigsten Branchen und Unternehmen ausübt, werden beschrieben. Die Struktur der „Industriebetriebe nach Unternehmenstyp 2014“ und die Verteilung der Beschäftigten „nach Ort und Unternehmenstyp“ werden in zwei Tabellen dargestellt.

Wie schon erwähnt, zitiert Bergmann ausführlich Klaus Steinitz, der u.a. feststellt: „Es geht nicht primär um den Gesamtumfang dieses öffentlichen Eigentums, sondern vor allem um die Rolle, die dieses Eigentum aufgrund seiner Qualität und seiner Dominanz in Schlüsselbereichen der Wirtschaft und darunter besonders in der Finanzwirtschaft, in den sozialen Sicherungssystemen und in der Infrastruktur spielt.“ (S.31) Dies sieht Bergmann als gegeben. Für ihn ist die chinesische Volkswirtschaft immer noch in der ersten Phase der NÖP, in der durch die Reformpolitik die beschleunigte Modernisierung der Industrie durch Technologie-Transfer gefördert wird.

Er sieht aber die Möglichkeit, dass „die chinesische Volkswirtschaft allmählich die zweite Phase der NÖP (erreicht)“ (S.29), in der „ausländische Unternehmen das Land aus unterschiedlichen Gründen (wieder verlassen)“. „Vor allem wegen steigender Löhne... und sinken (der) Extraprofite“, weil „die chinesischen Unternehmen die neuen Technologien erlernt (haben) und konkurrenzfähig geworden (sind).“ (S. 29)

Die aktuelle Entwicklung beschreibt Bergmann wie folgt: „Die Industriestruktur wird modernisiert. Anfangs förderte der Staat dörfliche Fabriken, township and village enterprises (TVE), die mit lokalen Rohstoffen einfache Produkte herstellten. Diese waren und sind in der Rohstoffverwendung und in der Arbeit wenig effizient, oft auch umweltschädlich. In der nächsten Phase wurden bei niedrigen Löhnen einfachere Industrieprodukte in großen Mengen erzeugt und auf den Weltmarkt geworfen .

Die 110 staatseigenen Großunternehmen (unter zentraler Kontrolle der Behörde SASAC) und die viel zahlreicheren Unternehmen im Eigentum der Provinzen und Städte bleiben staatlich, sollen effizienter werden. Einen Teil ihres Kapitalbedarfs sollen sie sich an der Börse und bei den Banken beschaffen oder ihren Beschäftigten Aktien verkaufen. Der Staat bleibt Mehrheitsaktionär. Die Unter-

Rezension: Der chinesische Weg

nehmen werden neu klassifiziert in Produktionsbetriebe und solche für gesellschaftliche Dienstleistungen. Was die Betriebsorganisation betrifft, soll das Führungssystem gestrafft werden, zugleich werden weitere Wege der Beteiligung der Beschäftigten an Eigentum und Verwaltung gesucht. Die externe Kontrolle wird intensiviert, um den Verlust von Staatseigentum zu verhindern (siehe Zhou Xiaoyan 2015).

>>Ziel ist, die staatliche Kontrolle durch den Staatsanteil am Kapital zu erhalten, bei gleichzeitiger Verkleinerung des staatlichen Kapitalanteils. Die jetzt geplanten Reformen sollen gleiche Bedingungen für Staats- und Privatunternehmen schaffen, mit denen sie untereinander kooperieren oder konkurrieren<< sollen (siehe Market socialism 2015). Ähnlich forderte N. I. Bucharin Anfang der 1920er Jahre für die Sowjetunion, dass die Staatsunternehmen nach einer beschützten Phase die gleiche Effizienz wie die Privatbetriebe erreichen, also gleiche Leistungsfähigkeit beweisen sollten.

Im Gegensatz zu Maos Entwicklungspolitik haben die Reformer einen Technologietransfer (mit ausländischen Kapitalinvestitionen in verschiedenen Kooperationsformen) befördert. Große Gemeinschaftsunternehmen bleiben unter effektiver staatlicher Kontrolle. Die gegensätzlichen Interessen der Partner werden vertraglich fixiert; dennoch wird um die Fertigungstiefe, >>Indigenisierung<< (inländische Produktion aller Komponenten, auch der Präzisionsteile), Verwendung des Profits, Dividenden der ausländischen Aktionäre gerungen. Der Staatssektor (State owned enterprises, SOE) wird modernisiert und umstrukturiert. In vielen Branchen wird die billige Massenproduktion durch High-tech-Produktion ersetzt.

Fred Schmid (2015: 51) fasst die Ziele zusammen: China will zu einem neuen Wachstumsmodell übergehen >>durch Abbau der Überkapazitäten in energie- und rohstoffintensiven Bereichen, Stilllegung von Umweltdreckschleudern, Übergang zu Hochtechnologie und ressourcenschonender Produktion<<. Da die Löhne steigen, wandern bereits manche Unternehmen in asiatische Niedriglohnländer ab, die keine großen Investitionen getätigt hatten.

Auch in China haben wir es bei der >>zweiten Phase der NÖP<< mit den Problemen zu tun, die bereits Lenin und Deng Xiaoping voraussahen: Es gibt durchaus private Profiteure oder >>Nepleute<< und >>Moskitos<<. (S.49/50)

In diesem längeren Zitat wird die beschreibende Methode von Bergmann nochmals deutlich: Er führt verschiedene Aussagen und Fragestellungen aus unterschiedlichen Untersuchungen zur Entwicklung in der Volksrepublik China zusammen, um den seiner Meinung nach immer noch positiven Entwicklungsweg zu dokumentieren. Bestimmte Fragestellungen, wie zum Beispiel nach der Preisbestimmung auf den Märkten klammert er aus, obwohl er von der Existenz einer sozialistischen Marktwirtschaft ausgeht. Ebenso beschreibt er die Ein-

flussnahme des Staates auf die Unternehmen, ohne die Frage aufzuwerfen, in welcher Funktion der Staat in China dies tut.³

Auch die „sozialistische Krisenstrategie“ in der Weltwirtschaftskrise 2007 und die „Chinesische(n) Auslandsinvestitionen“ (vor allem in Afrika) incl. des Projekts „Neue Seidenstraße“ werden ausführlich referiert und diskutiert. Die „Neue (zentrale) Planungsmethode“ (statt quantitativer Detailplanung, strategische Planung mit indirekten Methoden) wird anhand der Erstellung des 13. Fünfjahresplanes (2016 – 2020) erläutert und die Hauptziele des vom nationalen Volkskongress beschlossenen Planes sind aufgeführt (S.58ff).

Im Kapitel über die Rolle des Staatsapparates, der KP und der Massenorganisationen werden die Veränderungen in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft der KP Chinas in den letzten Jahren beschrieben. Einerseits wird das gewaltige quantitative Wachstum der KP CH (88 Mio. in 2016) erwähnt (wobei auch viele ‚Karrieristen‘ den Weg in die Partei gefunden haben), andererseits wird auf die Veränderung der Sozialstruktur hingewiesen (der Anteil mit höherer, akademischer Ausbildung wächst) und dass es seit einigen Jahren Bestrebungen gibt, höhere Anforderungen an die Beitrittskandidaten zu stellen, um die Qualität zu verbessern. Dabei geht es auch um die Trennung von Partei und Staatsapparat. Eine Forderung, die schon von Deng Xiaoping erhoben wurde. Die neuen Regeln zur Aufnahme neuer Mitglieder stehen für Bergmann in engem Zusammenhang mit der „Antikorruptionskampagne“. „Die Kommunistische Partei soll sich nur noch um überzeugte Kommunisten bemühen, die als politische Erzieher und Vorbilder wirken können.“ (S. 62/63)

Die Außenpolitik Chinas seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird referiert und festgestellt, dass „Soziale Revolution und nationale Befreiung in China eng miteinander verbunden (waren)“. (S. 73) Sie bedingten sich gegenseitig. Der Wandel in der Außenpolitik der VR China, sowohl gegenüber den führenden kapitalistischen, als auch gegenüber den sozialistischen Ländern, sowie die derzeitige Stellung in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft wird sehr ausführlich beschrieben.

Dabei kommt Bergmann zu der Einschätzung, dass im Unterschied zu China,

³ Dass diese Fragestellungen und die Untersuchung der spezifischen Besonderheiten der ökonomischen Verhältnisse in der VR China zu sehr unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Antworten führen können, zeigen z.B. die Darstellungen von Stephan Krüger in „Wirtschaftspolitik und Sozialismus“ (VSA 2016) S. 346 ff und von Tobias ten Brink „Chinas Kapitalismus“ (Campus 2013). Während Krüger die „Vorbildfunktion“ der „sozialistischen Marktwirtschaft chinesischer Prägung“ als „erfolgreiche systemische Transformation“ mit der Herausbildung wirklicher Marktverhältnisse einschließlich „wirklicher Kosten- bzw. Marktpreise“ auch für andere sozialistische Staaten ausdrücklich anerkennt, sieht ten Brink in der VR China seit ihrer Gründung nur „eine neuartige Variante der kapitalistischen Modernisierung“. (S. 314) Für ihn wird der Versuch scheitern. Der „Versuch einer sich kommunistisch nennenden Machelite, den Staat gewissermaßen zu genau jenem Instrument zu machen, welches Friedrich Engels einmal kritisch als ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘ bezeichnete, (wird) genau von jenen Wettbewerbsmechanismen konterkariert werden, die dieser in Gang setzte.“ (S.327)

Rezension: Der chinesische Weg

das „lange Objekt der Weltpolitik“ war, „die VR China heute zu einem wichtigen Subjekt der Weltpolitik geworden“ ist. Er schreibt: „Chinas gegenwärtige Außenpolitik ist im Ganzen defensiv, zurückhaltend und wirkt in gewissem Ausmaß stabilisierend“. (S. 77) Dies gilt für ihn auch ausdrücklich für die Politik des Ziels der „Verwirklichung des nationalen Traums“ von Xi Jinping. (S.88) Er widerspricht auch W.F. Haug, dass die VR China sich „mit ihrem Schritt auf den Weltmarkt (und ihrem WTO-Beitritt in 2001) in den nach den Regeln der kapitalistischen Führungsmächte funktionierenden Weltmarkt >ein- und untergeordnet< (habe)“. (S. 89)

Auch wenn man nicht alle Bewertungen im Detail unterstützen kann, ist die Beschreibung eine knappe, gute, übersichtliche und lesenswerte Darstellung der Außenpolitik Chinas und ihrer derzeitigen Stellung in der Welt. Sie ist auch eine gute Grundlage für eine kritische Diskussion. Das Gleiche gilt für Bergmanns Beschreibung und Bewertung des Übergangs „Von der Mao – Ära zur Reformpolitik“. Hier benennt er insbesondere „den Kampf der zwei Linien“ und die Debatte über Alternativen, als den besonderen Unterschied der Geschichte der KP Chinas zur Geschichte der KPdSU. Diese Politik sei allerdings von Mao Tse-tung etwa ab 1956 abgebrochen worden und erst seit der öffentlichen Selbstkritik der Partei nach der „Kulturrevolution“ wieder umgesetzt worden, weil die KP CH über eine große Anzahl „erfahrener Kämpfer des langen Bürgerkrieges“ hatte, die in dieser Zeit „in ihrer großen Mehrheit zusammengehalten“ habe und „Ministerpräsident Zhou Enlai alles getan (hat), um die erfahrenen Funktionäre zu schützen.“ (S.102) Hier werden auch die strukturellen Veränderungen in der Führung von Staat und Partei, die nach der Kulturrevolution rasch eingeführt wurden, erwähnt.

Seit Beginn der Reformpolitik gibt es - nach Bergmann - einen neuen Arbeitsstil, der „auch deutlich in den fünf parteiöffentlichen Debatten“ (von der Debatte über die Fehler der KP in der Mao-Ära, über die Debatten zu Agrarpolitik, der Industriepolitik, der sozialistischen Demokratie bis zur Debatte über die Ursachen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in der UDSSR und Osteuropa) wurde, die er skizziert. 2012 wurde eine neue Debatte in einer neu gegründeten Akademie für Marxismus angestoßen, in der es um die Weiterentwicklung des Marxismus geht.

Auch um „die Zukunft der sozialistischen Marktwirtschaft“ gibt es eine Debatte. Bergmann gibt hier die „sieben Strömungen sozialen Denkens und ihre Entwicklung im gegenwärtigen China“, die der marxistische Forscher Cheng Enfu im Jahr 2008 referierte, ausführlich wieder, weil er der Meinung ist, „dass hier über zentrale Probleme der Zukunft der sozialistischen Marktwirtschaft in China gesprochen wurde“. (S.105) Diese „sieben Strömungen“ reichen vom Neoliberalismus, dem Demokratischen Sozialismus, der Neuen Linken, dem Revialismus, dem Eklektischen Marxismus, dem Traditionellen Marxismus bis zum Innovativen Marxismus, dem sich auch Cheng Enfu zuordnet und „die kon-

form ist mit dem ZK der KP China in ihrer grundlegenden Richtung und Theorie“ (S. 108)

Im Teil 3 wird „Ein Neuer Internationalismus – ohne Generalstab der Weltrevolution“ als Form der Zusammenarbeit in der sozialistischen Bewegung gefordert. Hier geht es Bergmann darum, „einige Grundzüge (der Zusammenarbeit) aus der geschichtlichen Erfahrung und dem aktuellen Stand des internationalen Klassenkampfes abzuleiten, da die Aufgaben in den verschiedenen Ländern unterschiedlich sind. Seine Vorstellungen über die weitere Entwicklung fasst er in 13 Thesen zusammen.

Abschließend werden „die sozialistischen Inseln und ihre Reformen“ kurz beschrieben. Dazu zählt er, außer der VR China, noch die Länder Vietnam, Kuba und mit Einschränkungen und Fragezeichen (auch aus Mangel an Informationen) Laos und Nordkorea.

Im Anhang sind „Kurzbiographien der wichtigsten Reformer in der VR China“ abgedruckt und „einige irriige Prognosen in der Süddeutschen Zeitung (SZ) und anderen Medien ... über die Volksrepublik China ... über Kuba ... über Nordkorea“ zusammengestellt. Weiter sind zur Dokumentation einige Bilder der verschiedenen Reisen von Theodor Bergmann in der VR China und eine Karte der chinesischen Provinzen und ihre Bevölkerungsdichte angehängt.

Mein Fazit: Theodor Bergmann hat eine lesenswerte und umfassende Beschreibung des derzeitigen Entwicklungsstandes in der VR China geschrieben. Sein Blick auf die VR China wird bestimmt von einem Ansatz „kritischer Solidarität“ ohne die vorhandenen Probleme und Widersprüche zu umgehen. Auch wenn man nicht alle seine Bewertungen teilt, ist es eine gute Grundlage für weitere Diskussionen. Dazu können auch die 13 Thesen herangezogen werden. Für Bergmann geht es darum, dass die Aufgaben, die sich die sozialistische Bewegung gestellt hat, weiter akut bleiben: „Denn die Aufgabe, die sich die sozialistische Bewegung gestellt hat, muss im Interesse der Menschheit gelöst werden: eine Welt ohne Ausbeutung, Krieg, Faschismus, Armut, Unwissenheit, Unterdrückung. Es ist eine Welt zu schaffen, in der die volle Entwicklung jedes Einzelnen die Voraussetzung ist für die Entwicklung der Gesellschaft.“ (Strukturprobleme der Kommunistischen Bewegung, S. 204)

Erwin Maurer, im Juni 2017

"Immer schreibt der Sieger die Geschichte
der Besiegten." Berthold Brecht

Alfred Schröder

Die Macht der Geschichtsschreibung

Über die Langzeitwirkung des "Kurzen Lehrgangs"

Der 100. Jahrestag der russischen Revolutionen hat die Aktualität der Brecht'schen Aussage wieder vor Augen treten lassen, und dies gleich in zweifacher Hinsicht – sowohl für die bürgerliche als auch für die marxistische Geschichtsschreibung. So war es nicht anders zu erwarten, dass fast drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR, dem Zerfall der Sowjetunion und dem noch unrühmlichen Ende des sozialistischen Aufbaus in den osteuropäischen Staaten die bürgerliche Geschichtsschreibung diese Niederlagen feiern und erneut das theoretische wie politische Scheitern des Marxismus verkünden würde. Der Jahrestag der russischen Revolutionen bot dazu einen willkommenen Anlass.

Die bürgerliche Kritik am russischen Oktober ...

Die Frankfurter Allgemeine vom 07.11.2017 tat dies denn auch standesgemäß mit einem Artikel von Manfred Hildermeier, einem führenden Vertreter der bürgerlichen Russland-Forschung: "Wenn es 1917 in Russland eine Revolution im üblichen Sinn gab, dann fand sie nicht im Oktober, sondern Ende Februar statt. Nur im Februar gingen Massen auf die Straße, deren Protest eine jahrhundertalte Herrschaft ins Wanken brachte. Dagegen entsprach der 'Rote Oktober' eher dem Drehbuch eines Militärputsches. Das Zentralkomitee der Bolschewiki beschloss ihn. Ein gefügiges Komitee des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats bereitete ihn sorgfältig vor, und eine parteitreue Miliz half bei der Besetzung strategisch wichtiger Einrichtungen. Wie ein scharfsinniger Augenzeuge kommentierte, war der Umsturz militärisch schon vollzogen, bevor er politisch überhaupt begonnen hatte. ...

Das Friedensdekret verkündete zum Entsetzen der Alliierten und zur Freude der deutschen Generäle den endgültigen Rückzug Russlands aus dem Ersten Weltkrieg. Das Landdekret sagte sich faktisch von einem Grundsatz des Marxismus los, indem es auch im neuen Staat, der ja ein sozialistischer sein sollte, nichtöffentliches Eigentum erlaubte. Sowohl die Radikalität als auch der taktische Opportunismus, der darin zum Ausdruck kam, machten Schule. Lenin zeigte sich schon in den ersten Stunden nach seinem Sieg als Politiker, der die endlich erungene Macht um keinen Preis wieder abgeben würde – nicht einmal, wenn dafür lang bekämpfte Positionen übernommen wurden."

Diese Interpretation war zu erwarten gewesen, und inhaltlich wurde von dieser Seite eigentlich nichts Neues ins Feld geführt. Was Hildermeier in der FAZ

Die Macht der Geschichtsschreibung: Der "Kurze Lehrgang"

schreibt, hatte vor ihm bereits Richard Pipes in seinem Standardwerk über die russische Revolution ausgiebig entwickelt.¹

... und das Schweigen der Linken

Interessant ist etwas ganz anderes: die Sprachlosigkeit, mit der die Linke dieser zu erwartenden und inhaltlich keineswegs überraschenden Interpretation der russischen Revolutionen bis dato entgegentritt. Sie meidet die offene Auseinandersetzung über den Charakter der Februarrevolution ebenso wie die Auseinandersetzung über die Oktoberrevolution. Dies war im direkten Nachgang der Oktoberrevolution bis in die 20iger Jahre des 20. Jahrhunderts ganz anders gewesen. Da wurde von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Paul Levy, Karl Kautsky, Georg Lukacs sowie Lenin und Trotzki heftig über diese Revolutionen, ihre Klassen Grundlagen und ihren Charakter gestritten. In den im Jubiläumsjahr erschienenen Publikationen finden wir bisher noch nicht einmal ein Anknüpfen an diesen Auseinandersetzungen, in denen die Grundfragen der Revolutionen in Russland durchaus herausgearbeitet wurden.

Die heutige Linke weiß, insofern sie ehrlich zu sich selbst und den Tatsachen ist, dass der bewaffnete Aufstand in Petrograd ebenso wie die "Erstürmung des Winterpalais" in heroischen Bildern von Sergej Eisenstein dargestellt wurden, aber eben im Film. Dies war nicht die Wirklichkeit des russischen Oktobers. Da liegen die Beschreibungen der bürgerlichen Kritiker deutlich näher an der damaligen Realität. Warum wird diese Diskrepanz nicht aufgedeckt und erklärt? Warum überlässt man dieses historische Terrain den bürgerlichen Kritikern?

Nicht anders bei dem von Hildermeier angesprochenen "Landdekret". Dieses "Landdekret sagte sich faktisch von einem Grundsatz des Marxismus los", schreibt Hildermeier, und die große Mehrzahl linker Publikationen behandelt die Kernfrage der russischen Revolutionen, die Landfrage, bestenfalls am Rande, ohne den Leninschen "Sündenfall" wider den Marxismus überhaupt näher zu betrachten. Auch dies war bei den oben angeführten Zeitgenossen der russischen Revolutionen in Europa ganz anders. Für Luxemburg und Levy war die Bauernpolitik der Bolschewiki der zentrale Kritikpunkt an der russischen Revolution.

¹ "Obgleich es sich eingebürgert hat, von zwei russischen Revolutionen zu sprechen, die 1917 stattgefunden haben, eine im Februar und eine im Oktober, hat nur die erste diesen Namen wirklich verdient. Im Februar 1917 erlebte Russland eine echte Revolution, weil damals die Unruhen, die zum Sturz des zaristischen Regimes führten, wenn auch *nicht unproviziert* oder *unerwartet*, so doch spontan ausbrachen und weil die provisorische Regierung, die anschließend die Macht übernahm, sogleich überall im Land anerkannt wurde. Nichts davon trifft für den Oktober 1917 zu. Die Ereignisse, die zum Sturz der Provisorischen Regierung führten, traten nicht spontan ein, sondern wurden von einer gut organisierten Verschwörergruppe geplant und inszeniert. Diese Verschwörer benötigten drei Jahre Bürgerkrieg und blinden Terror, um sich die Mehrheit der Bevölkerung zu unterwerfen. Der Oktober war ein klassischer Staatsstreich, die Usurpierung der Regierungsgewalt durch eine kleine Minderheit, die mit Rücksicht auf die demokratischen Gepflogenheiten der Zeit nach außen hin unter der Teilnahme der Massen erfolgte, ohne dass die Massen dabei mitgewirkt hätten." (Richard Pipes: Die russische Revolution Bd. 2, Die Macht der Bolschewiki; Berlin 1992, S. 89; Hervorhebungen von mir, A.S.)

Von diesem "Landdekret" kann es keinen direkten Weg zum Aufbau des Sozialismus geben, so die – durch die Geschichte belegte – Position der deutschen Kommunisten.²

Und ebenso wenig weiß die heutige Linke den von Hildermeier paraphrasieren "scharfsinnigen Augenzeugen", der vom militärisch bereits vollzogenen Umsturz spricht, "bevor er politisch überhaupt begonnen hatte", zu interpretieren oder gar zu widerlegen. Wer so sprachlos vor den Kritikern und historischen Fakten kapituliert, darf sich nicht darüber beschweren, von der bürgerlichen Historiographie ignoriert zu werden, wie die linken Publikationen zum Centennium der Revolutionen. Der akademische Marxismus in Deutschland ist tot, das hat das Jubiläumsjahr jedem Interessierten deutlich gemacht.

Die marxistische Geschichtsschreibung der russischen Revolutionen

Und damit zurück zu der Geschichte, die von den Siegern geschrieben wird. Auf die russischen Revolutionen trifft dies, wie bereits eingangs bemerkt, gleich zweifach zu. Nicht nur die bürgerliche Geschichtsschreibung konnte am Ende des letzten Jahrhunderts ihren Triumph über den sogenannten orthodoxen Marxismus feiern, zuvor hatte in der ersten Hälfte des 20ten Jahrhunderts die bolschewistische Interpretation der russischen Revolutionen ihren Siegeszug über die Tatsachen angetreten.

Im Oktober/November 1917 hatte die Bolschewistische Partei gestützt auf die Arbeiterklasse gesiegt, danach den Bürgerkrieg siegreich beendet und während der Weltwirtschaftskrise eine erfolgreiche Industrialisierung des Agrarlandes begonnen. Die Sieger des Oktoberumsturzes, des Bürgerkrieges und der Industrialisierung haben in den 30iger Jahren die Geschichte ihres Sieges geschrieben und dabei das tatsächliche historische Geschehen genauso "geglättet" und "uminterpretiert", wie Hildermeier z.B. fortwährend die Rolle der russischen Bourgeoisie und des zaristischen Generalstabs in der Februarrevolution "uminterpretiert".³ 20 Jahre nach den Ereignissen wurde die Geschichte der Revolutionen "kodifiziert", so wie die Sieger die Interpretation der Geschichte für die politischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit benötigten. An die Stelle der Klassen und ihres politischen Handelns trat die bolschewistische Partei und ihre entschlossene Führung durch Lenin und Stalin.

Der 100. Jahrestag der russischen Revolutionen wäre nach den politischen und theoretischen Niederlagen der Linken in den letzten Jahrzehnten Anlass genug gewesen, diese Geschichtsschreibung ernsthaft zu hinterfragen, zurück zum

² "Die Parole nun, die von den Bolschewiki herausgegeben wurde: sofortige Besitzergreifung und Aufteilung des Grund und Bodens durch die Bauern, musste geradezu nach der entgegengesetzten Richtung wirken. Sie ist nicht nur keine sozialistische Maßnahme, sondern sie schneidet den Weg zu einer solchen ab, sie türmt vor der Umgestaltung der Agrarverhältnisse im sozialistischen Sinne unüberwindliche Schwierigkeiten auf." (Rosa Luxemburg, ><https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1918/russrev/index.html><)

³ Siehe dazu: Schröder/Karuscheit: Das Revolutionsjahr 1917; Hamburg 2017, S. 41-42, sowie AzD Nr. 85, S. 14-16

Die Macht der Geschichtsschreibung: Der "Kurze Lehrgang"

Revolutionsjahr selbst zu gehen, um die Klassen, ihre Parteien und politischen Programmatiken neu zu bewerten. Doch was finden wir?

Die Mehrzahl der Publikationen zum Revolutionsjahrestag wiederholt – vermutlich von den Autoren noch nicht einmal bewusst reflektiert⁴ – die von Josef Stalin im "Kurzen Lehrgang"⁵ kanonisierte Fassung der Ereignisgeschichte des Revolutionsjahres samt passend gemachter politischer Interpretation. Wir erfahren, dass die Arbeiterklasse die Februarrevolution zum Siege führte,⁶ hören von den Menschewiki und Sozialrevolutionären, die die frisch eroberte Macht der Bourgeoisie "auslieferten",⁷ von der dadurch entstehenden "Doppelherrschaft",⁸ die mit den Juliereignissen in Petrograd ihr Ende fand. Ab Juli soll dann die Bourgeoisie uneingeschränkt und ungeteilt die gesamte politische Macht besitzen,⁹ obwohl sie dieselbe ja schon im März 1917 von den Menschewiki und So-

⁴ Die über 600 Seiten starke Veröffentlichung von Alfred Kosing, ("Aufstieg und Untergang des realen Sozialismus", Berlin 2017), bildet hier eine Ausnahme. Der Autor ist sich der Wirkung und Bedeutung des "Kurzen Lehrgangs" bewusst und schreibt: "Das Verständnis der wirklichen Geschichte des Sozialismus wird allerdings durch die Legenden und Mythen über die Geschichte der KPDSU, den Bolschewismus, den Leninismus und auch den Trotzismus erschwert, die insbesondere in der berühmt-berüchtigten stalinschen Geschichte der KPDSU (B) Kurzer Lehrgang sowie durch die stalinsche Version des Marxismus-Leninismus über viele Jahre verbreitet wurden. Leider sind viele von uns diesen Auffassungen mehr oder weniger lange Zeit in gutem Glauben allzu unkritisch gefolgt, wovon ich mich keineswegs ausnehmen kann." (S. 16) Soweit so ehrlich.

Nur nutzt diese Ehrlichkeit wenig, wenn der Autor bei keiner einzigen inhaltlichen Frage der russischen Revolution von der im Kurzen Lehrgang vorgenommen Interpretation der Ereignisgeschichte abweicht. Vom feudalen Charakter des zaristischen Staates (S.78 – hier dokumentiert der Autor auch seine Unkenntnis der russischen Agrarverhältnisse) und der Schwäche der russischen Bourgeoisie bis zum sozialistischen Charakter des Oktobers (S. 100) wird der Kurze Lehrgang nacherzählt, mit einem Unterschied: Stalin wird zum zwielichtigen Gesellen, der zwischen Lenin und Kamenev laviert, und Trotzki zum Akteur der Revolution.

⁵ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Stuttgart 1974, S. 210ff

⁶ "Die Revolution siegte, weil die Arbeiterklasse Vorkämpfer der Revolution war und die Bewegung der Millionenmassen der Bauern im Waffenrock ... leitete." (Kurzer Lehrgang, S. 212)

⁷ "Aber die übergroße Vertrauensseligkeit spielte den Arbeitern und Soldaten einen schlimmen Streich. ... Die sozialrevolutionär-menschewistische Leitung des Petrograder Sowjets (traf) alle ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen, um ... der Bourgeoisie die Macht auszuliefern." (Kurzer Lehrgang, S. 214)

⁸ "Somit ergab sich eine eigenartige Verflechtung von zwei Gewalten, zwei Diktaturen: der Diktatur der Bourgeoisie in Gestalt der Provisorischen Regierung und der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in Gestalt des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Es ergab sich eine Doppelherrschaft." (Kurzer Lehrgang, S. 215) Der Begriff der Doppelherrschaft stammt von Miljukow, dem Führer der Kadettenpartei, der ihn während der Februarrevolution als Kampfbegriff gegen den sich gerade konstituierenden Sowjet prägte. (Siehe dazu Suchanow: 1917. Tagebuch der russischen Revolution; München 1967, S. 87)

⁹ "Die Doppelherrschaft war zu Ende. Sie endete zugunsten der Bourgeoisie, ... und die Sowjets verwandelten sich in ein Anhängsel der Provisorischen Regierung." (Kurzer Lehrgang, S. 235) Nur war die Provisorische Regierung ab ihrer zweiten Auflage eine Koalitionsregierung,

zialrevolutionären "ausgeliefert" bekommen hatte. Im alleinigen Besitz dieser Macht hatte die Bourgeoisie nichts Eiligeres zu tun, als eine militärische Erhebung zu organisieren und zu finanzieren, um die zum "Anhängsel der Provisorischen Regierung" (siehe Fußnote 9) degradierten Sowjets zu zerschlagen.¹⁰ Die sich anschließende Niederlage Kornilows war dann die Ouvertüre zur "Großen Sozialistischen Oktoberrevolution".¹¹ Mit leichten Nuancen, zumeist der Unkenntnis des Originals geschuldet (und teilweise auch noch fehlerhafter als das Original), wird uns diese Geschichte der russischen Revolutionen, die der "Kurze Lehrgang" dekretiert hat, wenig hinterfragt bis heute als "marxistische Interpretation" der Ereignisse präsentiert.

Dabei ist der "Kurze Lehrgang" beileibe keine Analyse der russischen Revolutionen, sondern, leicht erkennbar, im Wesen eine Rechtfertigungsschrift zu den parteiinternen Säuberungen der 30er Jahre, die den Verurteilten ihren "Opportunismus" in allen Phasen der Parteigeschichte nachweisen will. Eine fast endlose Auflistung von Opportunismus und Verrat durchzieht den Text und schafft schlussendlich ein Melodram über Lenin und eine Handvoll Getreuer, die der russischen Arbeiterklasse den Weg zum Sieg weisen. Statt einer Geschichte von Klassenkämpfen wird eine Geschichte von "Abweichlern" und Leningetreuen, von Parteitagsbeschlüssen und Resolutionen erzählt, hinter der die wirkliche Geschichte der Klassen und ihrer Auseinandersetzungen in der russischen Revolution verschwindet bzw. bestenfalls zur Illustration herangezogen wird. Und doch bildet diese Schrift, bildet die stalinsche Kodifizierung der Revolutionsgeschichte¹² bis heute die Grundlage für die marxistisch geprägte Publizistik zu den Ereignissen des Jahres 1917, von der sich auch die Publikationen zum 100. Jahrestag in Deutschland nicht zu lösen vermögen.

Da hat es schon etwas Amüsantes, wenn sich Stefan Bollinger über die "ewiggestrigen Kreise"¹³ in Russland 1917 mokiert, ohne zu merken, wie treffend (dieser an sich unpolitische Begriff) auf die deutsche Linke und ihr Geschichtsbild anzuwenden ist. Seit siebzig Jahren erzählt sie, ohne einen einzigen ernstzunehmenden Erkenntnisgewinn, ein und dieselbe Geschichte über Verlauf und Ergebnis der russischen Revolutionen. Wen wundert es dann, dass die Zahl der Interessenten für solche Geschichten immer geringer wird und Veranstaltungen zum Jahrestag der russischen Revolutionen mehr den Charakter nostalgisch-

bestehend aus führenden Vertretern des Sowjets und zweitrangigen Vertretern der Kadettenpartei.

¹⁰ "Nachdem die Bourgeoisie die ganze Macht an sich gerissen hatte, begann sie Vorbereitungen zu treffen, um die entkräfteten Sowjets zu zerschlagen und eine unverhüllte konterrevolutionäre Diktatur zu errichten." (Kurzer Lehrgang, S. 240 f)

¹¹ "Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hatte gesiegt." (Kurzer Lehrgang, S. 255)

¹² Auch Leo Trotzki's Geschichte der russischen Revolution erzählt mit einer eher noch stärkeren Betonung der Rolle Lenins und der bolschewistischen Partei dieselbe Ereignisgeschichte mit weitgehend identischen politischen Interpretationen, nur spannender lesbar und literarisch anspruchsvoller. Die Rolle Stalins wird erwartungsgemäß anders dargestellt.

¹³ Stefan Bollinger: Oktoberrevolution. Aufstand gegen den Krieg 1917-1922; Berlin 2017, S. 11

Die Macht der Geschichtsschreibung: Der "Kurze Lehrgang"

scher Rentnertreffs zur Selbstvergewisserung der Gesinnung haben, als der kritischen Aufarbeitung der historischen Ereignisse zu dienen?

Vom Februar zum Oktober

Man muss in den Publikationen des letzten Jahres lange suchen, um solche Sätze zu finden wie: "Die innere Dynamik der Revolution wurde weniger durch die Beschlüsse des Rates der Volkskommissare bzw. des Rätekongresses bestimmt als vielmehr durch die Massenbewegungen im Lande, die von den Bauern, den Soldaten, von den Arbeitern in den Städten ausgingen und darauf gerichtet waren, die alten Eliten zu entmachten und die alte Ordnung abzuschaffen."¹⁴ Doch wer hofft, dass dieser treffende Satz, (denn auch Lenin war, ebenso wie die Führer der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Kadetten, ein von den Massenbewegungen getriebener Politiker) den Autor veranlasst, gerade diese Massen, mit ihrem speziellen russischen Gesicht, mit ihren politischen Führern und deren Programmen herauszuarbeiten, der wird von Deppes Buch enttäuscht. Auf den wenigen Seiten, die den russischen Revolutionen gewidmet sind,¹⁵ finden wir nicht eine wirkliche Neuinterpretation oder Korrektur der Ereignishistoriographie.

Bei W. Hedeler finden wir in seiner lesenswerten Sammelrezension¹⁶ einen Hinweis auf eine andere Sicht des damaligen Revolutionsgeschehens. Er schreibt, dass "die meisten russischen Autoren in der Einschätzung der Februarrevolution als bäuerlicher, von den Soldatenmassen getragenen Revolution einig sind", während "ihre Meinungen über die Ereignisse im Oktober weit auseinander (gehen)".¹⁷ In den deutschen Publikationen, allen voran die beiden bereits zitierten Veröffentlichungen von F. Deppe¹⁸ und S. Bollinger, suchen wir solche Auseinandersetzungen und Neuinterpretationen vergeblich.

¹⁴ Frank Deppe: 1917/2017. Revolution und Gegenrevolution; Hamburg 2017, S. 85-86

¹⁵ Deppe, S. 61- 86. Dabei beginnt er seine Darstellung mit dem Briefwechsel zwischen Marx und Sassulitsch zur russischen Dorfgemeinde. Eine Auseinandersetzung mit der Marxschen Position zur russischen Dorfgemeinde und der Politik der russischen Sozialrevolutionäre *findet nicht statt*. Marx und Engels werden zitiert, aber nicht hinterfragt, wie dies z.B. Kurt Mandelbaum in seiner Schrift zur Vorgeschichte der russischen Revolution versucht hat (im Netz zu finden unter ><https://de.scribd.com/document/28980501/Kurt-Mandelbaum-Marx-Engels-Lenin-Zur-Vorgeschichte-der-Russischen-Revolution-1929><)

¹⁶ W. Hedeler: Ein Revolutionsjahr und seine Folgen, Berliner Debatte Initial 2/2017. Inzwischen gibt es einen umfangreicheren zweiten Teil, der weitere Publikationen und Veranstaltungen zum Revolutionsjahrestag vorstellt: Berliner Debatte Initial 4/2017.

¹⁷ Berliner Debatte Initial 2/2017, S. 123

¹⁸ Wobei die Veröffentlichung von F. Deppe nicht speziell die russischen Revolutionen zum Thema hat, sondern den Versuch unternimmt, auf ein ganzes Jahrhundert von Revolution und Konterrevolution zurückzublicken. Der Versuch einer erneuten Analyse und Neubewertung der russischen Ereignisse hätte dem Autor, dessen ehrliches Bedauern des letztendlichen Scheiterns der Revolution man auf jeder Seite seines Buches spürt, manch einen Umweg über vergleichende Revolutionstheorien etc. ersparen können. Im russischen Oktober ist die Möglichkeit des Scheiterns des Sozialismus erkennbar und wurde durch Luxemburg und Levy bereits formuliert.

Denselben Gedanken vom bäuerlichen Charakter der Februarrevolution entwickelt eine interessante Netz-Publikation zum russischen Revolutionsjahr aus der Sicht der bäuerlichen Massenbewegung. Hier wird der Ansatz der russischen Sozialrevolutionäre verfochten und die Revolutionen werden aus diesem Blickwinkel betrachtet. Allein der Versuch einer Neuinterpretation der Ereignisse macht die Publikation bereits lesenswert. "Das soziale Subjekt, seine Kampfhalte und sozialen Bewegungsformen bestimmten die Revolution – das sind Bäuerinnen und Bauern, Bauernsoldaten und die bäuerlich geprägten Arbeiter/innen in der Stadt. Sie haben aus einer sich gerade transformierenden Riesenkluft zum herrschenden Komplex heraus und in genügender quantitativer Stärke die Revolution zusammen mit einem Spektrum von politischen Militanten aus der radikalen Linken gemacht. Demgegenüber war die Taktik der Bolschewiki für den Radikalisierungsprozess nicht ursächlich. Schon gar nicht konnte eine einzelne Partei wie die Bolschewiki die revolutionäre Bewegung führen; das soziale Massensubjekt der russischen Revolution hatte seine ökonomische Grundlage vor allem in der familienzentrierten Selbstversorgungswirtschaft von Kleinbauern ..."¹⁹

Hier wird mit Recht herausgearbeitet, dass die russische Bauernschaft "das soziale Massensubjekt der russischen Revolution" bildete. Und dieses "Massensubjekt" hat durch das Überlaufen der bäuerlichen Regimenter in der Hauptstadt das Schicksal der vom Proletariat begonnenen Februarrevolution entschieden. Wohlgemerkt: die Bauernschaft hat die Revolution nicht *begonnen* – wie unsere Volkstümmler unterstellen²⁰ –, aber sie hat *ihren Ausgang entschieden*. Die daraus resultierenden Konsequenzen schildert Suchanow: "Die unmittelbare Beteiligung der Armee an der Revolution war nichts anderes als eine Form der Einmischung der Bauernschaft in den revolutionären Prozess gewesen. (...) Jetzt war die Bauernschaft in graue Militärmäntel gekleidet. Das war der erste Punkt. Außerdem fühlte sie sich als Hauptheld der Revolution. Sie stand ... nicht abseits, sondern beugte sich hier mit dem vollen Gewicht ihrer Masse und dazu noch mit dem Gewehr in der Hand über die Wiege der Revolution. Und sie erklärte: Ich bin der Herr nicht nur des Landes, nicht nur des russischen Staates, nicht nur der nächsten Periode der russischen Geschichte, ich bin der Herr der Revolution, die ohne mich nicht hätte vollzogen werden können."²¹ Die den Sieg der Februarrevolution sichernde bäuerliche Armee bestimmte letztendlich den politischen Kurs des Sowjets. Und sie behielt diese Stellung bis zum Oktober 1917.

¹⁹ ><http://materialien1917.org/>< Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Nr. 10/2017. Zur Kritik an diesem Bauernsozialismus siehe den hier abgedruckten Artikel von Ewgeniy Kasakow: "Mythologie der linken Debatten über die Russische Revolution 1917" aus PROKLA 187

²⁰ Unsere neuen Volkstümmler behandeln die ArbeiterInnen Petrograds in der Februarrevolution als Bestandteil der Bauernschaft.

²¹ Suchanow, S. 204ff

Die Macht der Geschichtsschreibung: Der "Kurze Lehrgang"

Dies war nicht das Ergebnis eines "ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins des Proletariats", wie Lenin dies in seinen April-Thesen verfocht²² und Stalins "Kurzer Lehrgang" wiederholt²³, sondern Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse. Konsequenterweise kam damit auch nicht die Bourgeoisie an die Macht, wie Lenin es behauptet, sondern der Sowjet. Die Bildung der 1. Provisorischen Regierung als *bürgerliche* Regierung war ein Wunsch der Sowjetführung,²⁴ die sich selbst acht Monate lang weigerte, die Regierung zu übernehmen. "Die provisorische Regierung war vollkommen machtlos. Sie bestand, aber sie regierte nicht und konnte es auch nicht. Nach einer Formulierung Gutschkows besaß sie 'keines der Attribute, die eine Staatsgewalt überhaupt zu haben pflegt.' Die sowjetische Mehrheit aber wollte nicht die Staatsgewalt übernehmen und fürchtete sich vor ihr. Doch ob sie wollte oder nicht – die Staatsgewalt ruhte in ihren Händen."²⁵

Sie ruhte in den Händen des Sowjets und dieser Sowjet war fest in der Hand der Sozialrevolutionäre und rechten Menschewiki, die zusammen die Bauernschaft, das städtische Kleinbürgertum und die sozialpatriotischen Teile des Proletariats vertraten. Ab März 1917 herrschte in Russland damit die "demokratische Diktatur" des Kleinbürgertums, dessen entscheidender Kern die bewaffnete Bauernschaft war, über das revolutionäre Proletariat und die Bourgeoisie.

Was macht es so schwer, mit der "orthodox marxistischen" Erzählung von der Herrschaft der Bourgeoisie aufgrund der mangelnden Organisiertheit des russischen Proletariats zu brechen? Im Kontext des westlichen Marxismus und nach den Erfahrungen der unzähligen russischen Bauerunruhen war es 1917 - und wie wir sehen, bei vielen bis heute - kaum vorstellbar, dass die russische Bauernschaft die Führung einer Revolution übernimmt. Wie sollte diese unorganisierte Bauernschaft mit ihrer zersplitterten Produktionsweise zu einem koordinierten politisch-militärischen Vorgehen in der Lage sein? Dies traute man nur dem Proletariat oder der Bourgeoisie zu. Im Frühjahr 1917 aber waren die mobilsten und politisch bewusstesten Teile der Bauernschaft nicht nur in der Armee organisiert, sondern durch ihre revolutionsentscheidende Rolle im Februar war ihre politische Partei, die Sozialrevolutionäre Partei, die bestimmende Kraft im entscheidenden Sowjet geworden. Der hieß zwar noch immer Arbeiter- und Soldatenrat, wurde aber selbst in Petrograd zahlenmäßig und politisch von den Deputierten der Bauernsoldaten dominiert.

Natürlich war die Bauernschaft 1917 nicht die *Avantgarde* der Revolution. Sie war vielmehr ein Bleigewicht an den Füßen des revolutionären Proletariats, wie Suchanow es in seinem Tagebuch der Revolution immer wieder herausarbeitet. Sie hat weder die Februarrevolution "gemacht", noch die Oktoberrevolution organisiert. In beiden Fällen war das russische Proletariat Initiator der Re-

²² Siehe dazu Schröder/Karuscheit 2017, S. 114 ff

²³ Kurzer Lehrgang, S. 228

²⁴ Siehe dazu das interessante Gespräch von Suchanow mit Zereteli zur Bildung der 1. Provisorischen Regierung, in: Suchanow, S. 267

²⁵ Suchanow, S. 345

volutionen, aber die Bauernschaft hat über den Ausgang beider Revolutionen entschieden.

Die Oktoberrevolution

Mit der Oktoberrevolution wird die politische Dominanz der Bauernschaft über die russische Revolution gebrochen. Im Gegensatz zum "orthodoxen Marxismus" und der großen Mehrzahl der Centennium-Publizisten der deutschen Linken haben die neuen "Antiimperialisten" (besser ausgedrückt: die Anhänger der alten russischen Volkstümmer) dies sehr wohl begriffen: "Es gab einen politischen Höhe- und Wendepunkt 1917 in Gestalt der Oktoberrevolution. In ihr kulminierte die Tatsache, dass die sozialen Bewegungen eine Zeitlang Gebrauch von politischen Organisationen machen konnten, v.a. von den Bolschewiki, bis die Hauptkampfinhalte von Landverteilung, Ende der Repression und zaristischer Elitenmacht sowie Demobilisierung des Heeres durch die Bewegungen von unten autonom durchgesetzt waren.

Es waren die sozialen Bewegungen, die die Inhalte und Abfolge der revolutionären Dynamik bestimmten und der Politik ihren Stempel aufdrückten. Nach der Oktoberrevolution trennten sich die Wege, weil mit der Remigration von Millionen von Soldaten und Arbeiter-/innen in die Dörfer die städtische Kongruenz von politischer Führungskraft/Propaganda etc. und sozialer Militanz an ihr Ende gekommen war.²⁶

Dies kann man auch anders formulieren. Mit dem Landdekret der Oktoberrevolution – auf das noch einzugehen sein wird – löste sich die Armee auf. Die formelle Auflösung Anfang 1918 durch Trotzki vollzog diesen Tatbestand nur nach. Die Bauernschaft strömte von der Armee in die Dörfer, was zugleich bedeutete: von den städtischen- und Frontsowjets in die Dorfgemeinden. Die Bauernschaft verlor so sowohl ihre Organisationsform (Armee und Sowjet) als auch ihre politische Vorherrschaft über die Revolution. Ab 1918 haben wir wieder regionale Bauernaufstände, wie wir sie aus der russischen Geschichte seit Jahrhunderten kennen. Aber diese regionalen Bauernaufstände können aus sich heraus keine gesamtstaatliche Macht erringen. Voraussetzung dieser Entwicklung war die Anerkennung *ihres* Agrarprogramms, das weder "marxistisch" noch "sozialistisch", sondern schlichtweg rückwärtsgewandt war und auf die Wiederherstellung der Umteilungsgemeinde zielte. Darauf wird im Zusammenhang mit dem "Landdekret" der Oktoberrevolution noch näher einzugehen sein.

Staatsstreich oder Revolution?

Zurück zu Hildermeiers (und Pipes) Kritik an der Oktoberrevolution. Beiden fehlt an der Oktoberrevolution, dass die "Massen auf den Straßen" sind, die Massen, die der Februarrevolution die Form einer spontanen Volksrevolution gegeben hatten. Und damit verfällt die Oktoberrevolution dem Verdikt des Staatsstreiches oder Militärputsches. Die Oktoberrevolution war aber eine prole-

²⁶ ><http://materialien1917.org/>< Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Nr. 10/2017

Die Macht der Geschichtsschreibung: Der "Kurze Lehrgang"

tarische und damit in Russland notwendig eine *Minderheitenrevolution*. Sie konnte siegen, weil sie der Bauernschaft das Land gab und dieselbe darum ihren bisherigen politischen Parteien die militärische Gefolgschaft verweigerte. Als Minderheitenrevolution konnte der Oktober nicht die Erscheinungsform einer Volksrevolution, wie im Februar, annehmen.

Dies ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Um den Oktoberumsturz richtig zu verstehen, ist es unumgänglich, die Machtfrage von Februar bis Oktober richtig zu beantworten. Herrscht die Bourgeoisie vermittelt der Provisorischen Regierung und gestützt auf eigenständige bewaffnete Organe in Russland oder herrscht das Kleinbürgertum, repräsentiert durch die Sowjets und gestützt auf die Bajonette der bäuerlichen Armee? Ist das erste der Fall, so muss das Proletariat die Macht der Bourgeoisie im bewaffneten Aufstand brechen. Ist das zweite der Fall, kann das Proletariat die Macht ergreifen, indem es die Mehrheit im Sowjet gewinnt, die Provisorische Regierung verhaftet und eine Sowjetregierung bildet. Das letztere war die Wirklichkeit des Oktobers.

Und hier kommen wir nochmals auf Hildermeiers anonymen "scharfsinnigen Augenzeugen" zurück, der kommentierte, dass "der Umsturz militärisch schon vollzogen (war), bevor er politisch überhaupt begonnen hatte." Lassen wir diesen Augenzeugen die Geschichte selbst erzählen, sie ist spannend und lehrreich zugleich:

"Im Grunde vollzog sich der Umsturz in dem Augenblick, als die Petersburger Garnison, die die Stütze der provisorischen Regierung sein sollte, den Sowjet als ihre oberste Autorität und das militärrevolutionäre Komitee als ihren unmittelbaren Vorgesetzten anerkannte. Wir haben gesehen, dass ein solcher Beschluss auf der Versammlung der Vertreter der Garnison am 21. Oktober angenommen worden war. Doch in der damaligen beispiellosen Situation hatte dieser Vorgang, wenn man so sagen darf, abstrakten Charakter. Niemand hielt ihn für einen Staatsstreich. Das braucht uns auch nicht zu verwundern, denn dieser Beschluss änderte ja nichts an der tatsächlichen Situation. Die Regierung hatte auch bis dahin weder reale Macht noch Autorität gehabt. Jetzt erklärte die Garnison offiziell, dass sie die Regierung nicht anerkenne und sich dem Sowjet unterstelle. ...

Und dennoch war die Regierung schon am 21. Oktober abgesetzt ... Jetzt blieb im Grunde nur noch, das schon Durchgeführte abzuschließen, also erstens, dem Umsturz eine formelle Gestalt zu geben, indem man die neue Regierung ausrief, und zweitens, die Prätendenten auf die Staatsgewalt tatsächlich zu beseitigen, um damit die allgemeine Anerkennung der vollzogenen Tatsache zu erreichen. Die Bedeutung dieser am 21. Oktober vollzogenen Tatsache war nicht nur dem Mann auf der Straße und dem abseitigen Beobachter unklar, selbst die Führer des Umsturzes legten sich darüber keine Rechenschaft ab."²⁷

Und dabei ist es bis heute geblieben. Die Legende von der Herrschaft der Bourgeoisie, die im Oktober vom Proletariat gestürzt wurde, verhindert bis heu-

²⁷ Suchanow, S.620 ff.

te, die Rolle der Bauernschaft in der russischen Revolution zu erkennen und das Wesen der Oktoberrevolution als proletarische Minderheitenrevolution, die von der Bauernschaft geduldet wurde, zu begreifen. Diese Revolution konnte *äußerlich die Form eines Staatsstreiches* annehmen, da die tatsächliche Macht seit März 1917 beim Sowjet lag. Es musste kein bürgerlicher Staatsapparat zerschlagen werden, das war bereits im Februar/März geschehen, und es musste auch keine bürgerliche Regierung "gestürzt" werden. Es reichte völlig aus, sie zu verhaften, da sie über keinerlei reale Macht verfügte.

Die von den "Siegern" geschriebene Geschichte der russischen Revolutionen ist sowohl in ihrer bürgerlichen Fassung (Pipes/Hildermeier) als auch in ihrer bolschewistischen Ausformulierung falsch. Sie muss anhand der Klassen und ihrer Kämpfe um die politische Macht neu geschrieben werden.

(Die Themen "Landdekret", "Marx und die russische Dorfgemeinde" sowie die Frage der "Sozialistischen Allparteienregierung" sollen demnächst in einem weiteren Artikel behandelt werden.)

Ewgeniy Kasakow

Bewegung versus Avantgarde?

Mythologie der linken Debatten über die Russische Revolution 1917

(aus PROKLA. Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 187, 47. Jg. 2017, Nr. 2, 325–336)

Die linken Debatten zur Russischen Revolution folgen seit Jahrzehnten zwei konkurrierenden Paradigmen. Das erste betont vor allem die schwierigen Bedingungen, mit denen die sozialistischen Experimente konfrontiert wurden. Die Politik der Bolschewiki wird in erster Linie als Reaktion auf den widrigen Bedingungen, auf die Rückständigkeit des Russischen Reiches, die feindliche Umgebung und die durch den Krieg überlastete Infrastruktur gesehen. Das zweite Paradigma misstraut diesem Narrativ als eine indirekte Entschuldigung der diktatorischen Maßnahmen der Bolschewiki und betont demgegenüber vor allem den Kampf zwischen der bolschewistischen Partei als selbst ernannte Avantgarde und der Bewegung „von unten“. Das erste Paradigma sieht in der industriellen Unterentwicklung Russlands ein grundlegendes Problem für den Sozialismus, das zweite interpretiert sie als einen Hinweis auf die Intensität des Widerstandes gegen die kapitalistische Modernisierung. Das erste Paradigma beerbt die russischen MarxistInnen, also Bolschewiki und Menschewiki, das zweite die Narodniki („Volkstümmler“) und ihre Nachfolger, die Sozialrevolutionäre. Das erste Paradigma findet seine Anhänger vor allem unter den LinksozialistInnen, TrotzkiInnen und verbliebenen Anhängern der ehemaligen prosowjetischen Parteien; das zweite wird vor allem von AnarchistInnen, einige RätekommunistInnen und OperaistInnen geteilt und war in der 1960er Jahren für die ganze „antiautoritäre Linke“ prägend.

Es mag erstaunen, aber die Öffnung der Archive und die darauf folgende intensive Forschungstätigkeit nach dem Ende der Sowjetunion hat in der Debatte nur wenig Spuren hinterlassen. Viele russischsprachige Veröffentlichungen blieben unbeachtet, dagegen werden gelegentlich die Werke, die prägend für die Entstehung der Paradigmen waren, unkommentiert neu aufgelegt (z.B. Volin 2013) oder die Thesen daraus ungeprüft übernommen (Gietinger 2011).

Im Folgenden werden einige Kernargumente des zweiten Paradigmas anhand der neueren Veröffentlichungen einer Überprüfung unterzogen. Dies sollte nicht als ein Plädoyer für das erste Paradigma verstanden werden, sondern vielmehr als ein Beitrag zur Überprüfung der beiden Ansätze im Lichte sowohl der neueren empirischen Erkenntnisse als auch der seit Jahrzehnten diskutierten Kritik an der Kapitalismusanalyse der Bolschewiki.

Die linke Kritik an dem sowjetischen Projekt ist bis heute geprägt von der Vorstellung, es ließe sich der von dem bolschewistischen Parteiapparat vertretenen autoritären Tendenz ein vermeintlicher „Sozialismus von unten“ entgegen-

halten, den die breiten Bevölkerungsschichten zwar anstrebten, aber aufgrund von Repressionen der neuen Machthaber nicht verwirklichen konnten. Bei aller mehr als berechtigten Kritik sowohl an der Programmatik als auch an den Herrschaftspraktiken der Bolschewiki erscheint diese Vorstellung äußerst fragwürdig, sobald ein Blick in neu veröffentlichte Quellen und Studien geworfen wird.

Daniel Cohn-Bendit formulierte 1968 prägnant die Kritik an den leninistischen Vorstellungen von der Rolle der Kaderpartei in den Ereignissen von 1917. Seine Kritik richtete sich sowohl gegen die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung als auch gegen die im Westen gerade einen Aufschwung erlebenden TrotzkiInnen und MaoistInnen. Den AnhängerInnen Lenins aller Couleur hielt Cohn-Bendit, damals ein aufstrebender Star der antiautoritären Linken, entgegen, dass die Rolle der Bolschewiki als Avantgarde-Partei schon aufgrund der Aussagen ihrer Führer, wie Lenin und Trotzki, bezweifelt werden könnte (Cohn-Bendit 1968: 226ff.). Während die AdeptInnen der leninistischen Konzeptionen bei jeder gescheiterten Revolte die Ursachen im Fehlen der Führung einer richtigen Avantgardepartei suchten, kam Cohn-Bendit zu folgendem Fazit über die Partei der Bolschewiki 1917: „[D]ie Bewegung hat ohne ‚Führer‘ begonnen und sie hat eine Richtung genommen, die der der Führung zuwiderlief.“ (Ebd.: 228)

Die Spontanität der „revolutionären Massen“ bildet einen der wichtigsten Gründungsmythen der radikalen Linken nach 1917 – das weltweite Aufflammen der Protestbewegungen trug stark zu seiner Zementierung bei. Die These von Cohn-Bendit wird auch von den Ergebnissen der neuesten Forschung jenseits der politischen Lagerkämpfe bestätigt. Doch gleichzeitig entlarven diese Ergebnisse auch die Idealisierung der spontanen Bewegung.

So zeichnen Vladimir Buldakov (Wladimir Buldakow) und Orlando Figes in ihren Studien, von der These ausgehend, dass die Bolschewiki nicht so sehr die Revolution vorantrieben, sondern vielmehr selbst von der revolutionären Dynamik getrieben wurden, ein Panorama der revolutionären Gewalt, das deutlich zeigt, dass die revolutionäre Gewalt „von unten“ die staatlichen Maßnahmen häufig übertraf. Nicht zufällig verlief die spontane Februarrevolution wesentlich blutiger als der generalstabmäßig vorbereitete Oktoberumsturz (vgl. Buldakov 1997; Figes 1998). Die Exzesse der Lynchjustiz, die so typisch für den Februar 1917 waren, blieben im Oktober aus.

Allein schon die Tatsache, dass die Bolschewiki an die Macht kamen, indem sie die Forderungen der Sozialrevolutionäre nach Übergabe des Bodens der Gutsherren an die BäuerInnen übernahmen, sagt viel aus über das Verhältnis der sich selbst als Avantgarde verstehenden Partei zu den angeblich von ihr geführten Massen. Der Sturz der provisorischen Regierung fand primär unter dem Slogan „Land und Frieden“ statt. Im Gegensatz zu diffusen Begriffen wie „Sozialismus“ waren es allgemein verständliche und paradoxerweise teilweise schon erfüllte Forderungen. Das Land der Gutsherren wurde von den BäuerInnen bereits im Sommer 1917 angeeignet, der Zerfallsprozess der Armee schritt schnell voran (Karsch 2006: 86). So gesehen haben die Bolschewiki mit ihren Dekreten

Bewegung versus Avantgarde

lediglich die bereits stattgefundene Landumverteilung ins Recht gesetzt sowie an die Kriegsparteien appelliert, den Krieg zu beenden. Die Bolschewiki befanden sich in einer paradoxen Situation: Sie kamen zwar in den Genuss der Massenunterstützung, allerdings für Forderungen, die mit ihren eigentlichen Zielen nur indirekt zusammenhingen. Die Forderung nach dem Ende des Krieges war nicht genuin sozialistisch. Lediglich die Hartnäckigkeit, mit der die russischen Liberalen und gemäßigten Sozialisten den Krieg gegen die Mittelmächte nach der Februar-Revolution fortsetzen wollten, trieb die kriegsmüde Bevölkerung in die Reihen der radikalen Linken. Diese Forderung zu erfüllen, lag nur bedingt in den Händen der neuen Machthaber – wie der weitere Verlauf der Beziehungen mit den Mittelmächten gezeigt hat, sind politische Feindschaften – im Unterschied zu Freundschaften – nicht einseitig aufkündbar. Die Forderung nach der Übergabe des Landes an die BäuerInnen widersprach direkt der marxistischen Kritik am Eigentum und machte die Einrichtung einer Planwirtschaft perspektivisch unmöglich.

Die Bolschewiki, die bislang unermüdlich die Notwendigkeit der Verbreitung der marxistischen Theorie, die Schulung der Kader und die wissenschaftliche Erkenntnis betont hatten, erlebten einen rasanten politischen Aufschwung, den sie größtenteils Menschen zu verdanken hatten, die ihre Analysen kaum kannten, geschweige denn teilten. Das wirft natürlich die Frage auf, ob in den breiten Bevölkerungsschichten eine genuin eigene, von den bolschewistischen bzw. marxistischen Vorstellungen abweichende Sozialismuskonzeption vorhanden war. Für Cohn-Bendit ist die Frage eindeutig beantwortet: „Es waren die Massen, die sich jetzt zum sozialistischen Bewusstsein ‚erhoben‘ hatten, und nicht die Partei.“ (Cohn-Bendit 1968: 234)

Der Konflikt zwischen der Avantgarde und ihrer Basis war unter diesen Umständen vorprogrammiert. Bezeichnend ist, dass die ersten Fälle der Anwendung der Todesstrafe nach dem Oktober 1917 nicht wirkliche oder vermeintliche Konterrevolutionäre, sondern Plünderer und Kriminelle betrafen. Schon im Dezember war die Situation in Petrograd geprägt von Straßenkriminalität, Überfällen auf Lebensmittellager Räume und Spirituosen Geschäfte sowie Lynchjustiz (Buldakov 1997: 224f.). Noch lange bevor sich die bewaffnete Konterrevolution zu einem relevanten Problem entwickelte, griff die neue Regierung zu drastischen Maßnahmen gegen Ladenplünderer. Nachdem die Macht nun offiziell bei den Räten lag, wurden die Überfälle auf die Brotdepots nicht mehr als sozialer Protest, sondern als Sabotage gewertet (Leonov 2013). Mangelndes „Bewusstsein“ der ehemaligen Unterdrückten, das sich in „antisozialem“ Verhalten niederschlug, erschien sogar gefährlicher als der Widerstand der ehemaligen Unterdrücker.

Doch die ganze Dimension der Differenzen kam ab Frühling 1918 ans Licht, als sich die Frage stellte, wie die sozialistische Wirtschaft in Russland aussehen könnte. Die Bolschewiki konnten BäuerInnen kaum etwas für die dringend benötigten Lebensmittel anbieten. Es wurde unmissverständlich klar: die bäuerlichen Vorstellungen von Sozialismus waren mit gesamtgesellschaftlicher Pla-

nung kaum kompatibel, während die bolschewistische Konzeption durchaus Zwangsmaßnahmen gegen vormals Verbündete in Kauf nahm.

Dabei schienen beide Konfliktparteien der Meinung zu sein, den Sozialismus gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Die BäuerInnen verteidigten faktisch vom Eigentümerstandpunkt ihr Land und ihre Arbeitsprodukte gegen den fremden Zugriff; der neue Staat forderte von ihnen im Namen der Revolution die Produkte ihrer Arbeit, ohne ihnen etwas anbieten zu können. Zumal solche politischen Termini wie „Sozialisierung“ oder „Nationalisierung“ von Grund und Boden von Anfang an sehr unterschiedlich interpretiert wurden. (Šmelev 2002) Dass der Boden den Grundbesitzern entrissen werden sollte, darin waren sich alle linken Kräfte im Russischen Reich einig. Uneinigkeit herrschte vor allem darüber, wem der Boden dann gehören sollte: der Dorfgemeinschaft, den einzelnen BäuerInnen, den Kommunen, dem Staat? Darf der enteignete Boden verpachtet werden? Was sollte mit denjenigen BäuerInnen passieren, die in der Folge der Stolypin-Reform aus der Obschtschina austraten und nun alleine wirtschafteten? Außerdem war die Obschtschina keineswegs überall in Russland verbreitet. 1917 und auch Anfang 1918 sprachen Bolschewiki nicht von Verstaatlichung des Bodens (ebd.). Über die konkrete Verwirklichung des Slogans „Land den Bauern“ herrschte Uneinigkeit, sogar derart, dass sie ab Frühling 1918 die Form eines bewaffneten Konflikts zwischen den Bolschewiki und den BäuerInnen annahm. Dieser Konflikt wirkt bis heute identitätsstiftend für verschiedene Fraktionen der Linken.

Der wahre Preis für die Machtübernahme im Oktober 1917 war wesentlich höher, als die Bolschewiki zunächst erwartet hatten. Wie Sergej Pawljučenkow (1997: 150) zeigt, verloren diese in der ersten Hälfte von 1918 nicht nur die Unterstützung der BäuerInnen, selbst die Angehörigen der Roten Garden in den Städten waren in einigen Regionen bereit, gegen die Bolschewiki zu kämpfen.

Für einige Autoren ist die gewaltsame Unterdrückung der ArbeiterInnen- und BäuerInnenproteste ein eindeutiger Beleg sowohl für den antisozialistischen Charakter der Bolschewiki als auch für das emanzipatorische Potenzial der besagten Proteste. Wie Cohn-Bendit sehen bis heute viele AutorInnen in den Räten und Fabrikkomitees eine linke Gegenkraft zur bürokratisierten Kaderpartei. (vgl.: Cohn-Bendit 1997: 240ff.; Danyluk 2012). Dabei werden diese Institutionen immer nur als Ausdruck des Radikalismus der arbeitenden Bevölkerung gesehen, während die inzwischen gut erforschten Beispiele für die Kompromissbereitschaft gegenüber den bürgerlichen Kräften aus dem Blickfeld geraten. (Vgl. hierzu Badcock 2007) Die obsessive Suche nach den linken Alternativen zu Bolschewismus umfasst nicht nur politische Parteien und Institutionen. Der Widerstand von unten wird häufig unter Abstraktion von deren politischen Forderungen zum Hoffnungsträger der Emanzipation ausgerufen. Viele AutorInnen der besagten Richtung sehen in den Bolschewiken lediglich eine Variante der kapitalistischen Modernisierung, die sich gegen die solidarische russische Dorfgemeinschaft („Obschtschina“, „Mir“) bzw. die „revolutionäre Basisgemeinde“

Bewegung versus Avantgarde

mit „kommunitären und egalitären Werten“ durchsetzte (vgl. Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells 1992: 9-27; Dam'e 2013, Hartmann 2016).

Die Tatsache, dass im „Kriegskommunismus“ massiv Zwang und Kontrolle zum Zug kamen, macht es in den Augen dieser AutorInnen zu einem Fall von kapitalistischer Modernisierung, zwar mit ausgeprägten Besonderheiten, aber dennoch nicht zu einem sich vom Kapitalismus unterscheidenden Wirtschaftsmodell (zur Kritik vgl. van der Linden 1993, 158f.). Diese an die Vorstellungen der Narodniki unmittelbar anknüpfende Konzeption ignoriert einerseits beharrlich die marktwirtschaftlichen Elemente, die in der Dorfgemeinschaft durchaus vorhanden waren und Bauern zu aktiven Teilnehmern des Handels machten (Christoforov 2016); sie abstrahiert zudem von den unterschiedlichen Produktionszwecken des bolschewistischen und des marktwirtschaftlichen Wirtschaftsmodells.

Wie sich die Vorstellung von zum Sozialismus strebenden BäuerInnen, die lediglich von der Staats- und Parteibürokratie daran gehindert wurden, mit deren massenhafter Beteiligung an Schwarzmarktaktionen verträglich ist, ist eine Frage, die die VertreterInnen dieser Theorie kaum beantworten können (zum Schwarzmarkt während des „Kriegskommunismus“ vgl. Davydov 2007). Vadim Damier stellt die These auf, die Gemeinschaft der BäuerInnen war nicht an Handel, sondern am „direkten Tausch von Gütern“ interessiert, gibt aber selber zu, dass das Desinteresse an Geld durch Inflation verursacht wurde (Dam'e 2013: 59).

Die Probleme, die die Bolschewiki mit den BäuerInnen hatten, prägten auch das Verhältnis der Landbevölkerung zu ihren GegnerInnen, sowohl der Weißen Armeen, als auch zu den diversen Nationalbewegungen. Die Dorfbevölkerung hätte im Zweifelsfall subsistenzwirtschaftlich überleben können, der Rest des Landes hatte diese Möglichkeit nicht. Daher griff jede politische Macht in den Städten früher oder später zu Zwangsmaßnahmen gegen das Dorf. So hat das von den rechten SozialrevolutionärInnen dominierte Komitee der Mitglieder der konstituierenden Versammlung (Komutsch) gegen Herbst 1918 faktisch den freien Handel mit Brot eingefroren und Getreiderequisition eingeführt. (Kondrašin 2009: 95) In der Folge waren die unzähligen ländlichen Aufstände oft gegen alle Kriegsparteien gerichtet. Der Verklärung dieser „dritten Macht“ des Bürgerkrieges dürften neuere Studien wie die Biografie von Felix Schnell (2012) über die Gruppenmilitanz in der Ukraine oder der von Anton Posadskij (2014) herausgegebene Sammelband über die Entwicklung der bäuerlichen Veteranen des Ersten Weltkrieges zu Warlords des Bürgerkrieges entgegenwirken. Pogrome und Raubzüge gegen die Städte waren ständige Begleiterscheinungen der Aufstände, die Dorfgemeinschaften agierten als kollektive Eigentümer ihres Bodens und waren durchaus bereit, von der Hungersnot in den Städten zu profitieren.

Der Widerstand der ArbeiterInnen während des Kriegskommunismus genießt ebenfalls zunehmendes Forschungsinteresse. Dmitrij Curakovs Studie zu den Fabrikkomitees („Fabzawkomy“) zeigt, dass diese Organe, die sowohl zu den

Gewerkschaften als auch zu den Räten in Konkurrenz standen, vor der Verstaatlichung der Industrie oft um staatliche Hilfe für ihre Betriebe kämpfen mussten (Curakov 2004; 2005). Die bolschewistische Führung verdächtigte die Komitees, „Schornsteinpatriotismus“ zu pflegen und mit den UnternehmerInnen zu kooperieren. Tschurakow sieht, durchaus dem Narodniki-Paradigma folgend, einen Antagonismus zwischen denjenigen Aktivisten, die in Jahren des politischen Exils die großen Gewerkschaften der Industrieländer kennengelernt haben, und den AnhängerInnen des aus der Dorfgemeinschaft kommenden Solidaritätsmodells, die überbetriebliche Organisation ablehnten. Die Fabrikkomitees waren wichtige Organisatoren des „direkten Austauschs“ mit dem Dorf, indem sie Ausnahmegenehmigungen für das Einführen von auf dem Land eingetauschten Brot vergaben (Borrero 2003: 89ff). Generell begannen immer mehr Angehörige des Industrieproletariats während des Kriegskommunismus sich an den illegalen und halblegalen Tauschgeschäften zu beteiligen. Die bolschewistische Führung und diverse Zeitzeugen konstatierten nicht nur den Verfall der Arbeitsdisziplin in den Fabriken, sondern auch ein zunehmendes Abrutschen der ArbeiterInnen in die Kriminalität (Buldakov 2012: 206ff.). Selbst aus den ArbeiterInnen zusammengesetzte „Prodtrjady“ (Requisitionseinheiten) begannen sich an Schmuggel und Tausch von Lebensmitteln zu beteiligen (Davydov 2014: 332f.). Währenddessen war die schlechte Versorgung einer der häufigsten Gründe, warum Rotarmisten desertierten (Levšin 2011).

Der „Kriegskommunismus“ schuf einen Teufelskreis bei der Versorgungslage der Bevölkerung: Der Schwarzmarkt machte dauerhafte Planung unmöglich, die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung schufen neue Wellen der Unzufriedenheit und korrumpierten häufig diejenigen, die die Aktionen unmittelbar ausführten. Die Duldung von Schwarzmarkt untergrub den egalitären Anspruch der neuen sowjetischen Ordnung. Wer als halbverhungertes Stadtbewohner die Zulassung von Freihandel forderte, vermisste das Angebot an Lebensmitteln; aber das Problem, wie die eigene Nachfrage bezahlt werden könnte, wurde dann nur mit Diebstählen im Betrieb oder durch die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für den Tausch während der eigenen Arbeitszeit gelöst.

Die Landbevölkerung, die sich ihren Traum vom eigenen Boden erfüllte, machte keinen Unterschied zwischen Ausbeutung und Mehrarbeit. Das Dorf wollte nicht wissen, wer aus den Städten die Lebensmittel haben wollte und wofür – es sah seine historische Chance, dem Rest der Gesellschaft die eigenen Bedingungen zu diktieren. Wenn die staatlichen Preise zu niedrig waren, wurde weniger gesät. Die Folge war, dass immer weniger Lebensmittel vorhanden waren. Die Loyalität musste wiederum mit Privilegien erkaufte werden. Die Entscheidungen über gesellschaftliche Arbeit, die eine gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Voraussetzung hat, wurde faktisch unmöglich. Im Mai-Juni 1918 kam es zu einer Welle von ArbeiterInnenprotesten, die sich an manchen Orten als Bewegung der „Fabrikbeauftragten“ (Vertrauensleute) organisierten. Es lässt sich aus den Forderungen der Protestierenden kaum eine linksradikale Kritik an den Bolschewiki ablesen. Als Reaktion auf die schlechte Versorgung verlangten

Bewegung versus Avantgarde

sie unter anderem die Wiedereinberufung der im Namen der Rätewacht aufgelösten Konstituierenden Versammlung, als Kritik am Lebensmittelkartensystem wurde teilweise die Wiedezulassung von Marktmechanismen verlangt (Pavlov 2002).

Die größten Erfolge verzeichnete der Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Bolschewiki dort, wo die Industriearbeit noch im Zarenreich gewisse Privilegien in Form von höheren Löhnen und sozialen Schutzmaßnahmen genoss – wie in den staatlichen Waffenfabriken von Ischewsk, wo ein Drittel aller Schusswaffen Russlands hergestellt wurde. Dort gingen die Proteste der ArbeiterInnen im August 1918 in einen bewaffneten Aufstand über. Der Hintergrund war das Anwachsen der Spannungen zwischen den alteingesessenen ArbeiterInnen, die teilweise eigene Häuschen und Gärten besaßen, und den neu hinzugezogenen, unqualifizierten ArbeiterInnen, die an den Privilegien nicht teilhatten. Die ersten unterstützten die gemäßigten sozialistischen Parteien, die zweiten Bolschewiki und Sozialrevolutionäre-MaximalistInnen –, eine linksradikale Abspaltung der Sozialrevolutionäre, die in Ischewsk alsbald ihre Hochburg haben sollten. Das bolschewistisch-maximalistische Bündnis versuchte, die Häuser der Alteingesessenen zu „vergesellschaften“ und ihren meist in Baracken wohnenden Unterstützern zur Verfügung zu stellen. Nachdem die Bolschewiki und MaximalistInnen zweimal die Wahlen zum örtlichen Sowjet gegen die gemäßigten SozialistInnen verloren, griffen sie zu repressiven Mitteln und lösten den Sowjet auf. Dies brachte das Fass zum Überlaufen.

Die Aufständischen brachten ein Gebiet mit ca. einer Million Menschen unter ihre Kontrolle. Jedoch fanden sich auch die Ischewsker Verteidiger der Räte gegen den Führungsanspruch der bolschewistischen Partei schon bald im Lager der „weißen“ Konterrevolution wieder. Sie erkannten die „weißen Regierungen“ – erst das von Sozialrevolutionären dominierte Komitee der Mitglieder der konstituierenden Versammlung (Komutsch), später das bürgerlich-liberale Ufimer Direktorium und schließlich den Militärmachthaber Admiral Koltschak – an und lieferten ihnen Munition, gleichzeitig kämpfte die bis zu 25.000 Personen zählende aufständische Armee gegen die Bolschewiki unter der roten Fahne. Bis November 1918 kontrollierten die Aufständischen die Umgebung, danach räumten sie Ischewsk und schlossen sich den weißen Truppen von Koltschak an (Fel'dman 2012). Bezeichnenderweise hatte die aufständische Lokalverwaltung am Ende zu ähnlichen Maßnahmen greifen müssen wie zuvor die Bolschewiki: Zwangsmobilisierung, unbezahlte Extraschichten in den Fabriken, Lebensmittelabgaben zu festen Preisen (Curakov 2007: 202f.).

Die Protestgeschichte von ArbeiterInnen und BäuerInnen in Sowjetrußland zeigt, wie widersprüchlich die Vorstellungen davon waren, was die sich bekämpfenden Akteure als „Sozialismus“ bezeichneten. Die streikenden ArbeiterInnen und die rebellierenden BäuerInnen übten eher selten Kritik von „links“ an der bolschewistischen Politik. Sie waren fast immer gegen die Rückkehr der KapitalistInnen und Großgrundbesitzenden, sahen aber in der Produktion für den Verkauf auf den Märkten, sei es durch Handwerk, sei es durch BäuerInnen, kei-

nen Widerspruch zum Sozialismus. Die Bolschewiki, die solche Märkte mit allen Mitteln zu unterbinden versuchten, konnten bis zum Ende des Bürgerkrieges die regen Schwarzmarktaktivitäten nicht verhindern. Vor diesem Hintergrund wird nicht klar, was solche Autoren wie Detlef Hartmann oder Vadim Dam'e (Vadim Damier) zu der Schlussfolgerung verleitet, die Bolschewiki hätten von Anfang an für einen Staatskapitalismus gekämpft, während der Widerstand der ArbeiterInnen und BäuerInnen per se so etwas wie eine authentische sozialrevolutionäre Perspektive dargestellt habe (Dam'e 2013; Hartmann 2016).

Für Hartmann (2016) belegt schon der positive Bezug der Bolschewiki auf den Taylorismus die kapitalistische Ausrichtung ihres Projekts, während er bei den BäuerInnen eine ominöse „moralische Ökonomie“ zu entdecken vermag. Dass der Hunger in den Städten den Tauschkurs für die Lebensmittel in die Höhe trieb, was den „direkten Tausch“ für die BäuerInnen sehr profitabel machte, wird in dieser Betrachtungsweise schlicht unterschlagen. Am Ende des „Kriegskommunismus“ verschwanden aus manchen städtischen Wohnungen die Möbel – sie wurden für Brot eingetauscht. (Vgl.: Ball 1990: 88; Buldakov 2012: 238) Womit hätten die StadtbewohnerInnen im nächsten Jahr ihre Lebensmittel bei den „sozialistischen“ BäuerInnen bezahlen sollen? Der verklärende Blick solcher Autoren sieht in allen Regungen „von unten“ vor allem das, was er sucht. Aus der Kritik an der Avantgardekonzeption wird schlicht der Umkehrschluss gezogen, dass die Massen bereits alles über die Gesellschaft wissen und die Versuche der Intellektuellen, ihre theoretische Konzeption „von außen“ an sie heranzutragen, lediglich das authentische widerständige Potenzial verfälschen und bändigen würden.

Letztendlich offenbaren solche Diagnosen die Problematik des eigenen Begriffsapparats. Hartmann (2016) zeigt sich überzeugt: „Nach allem stellte der durch den ‚Roten Oktober‘ eingeleitete Prozess nur einen Strang im Gesamtspektrum der globalen fordistisch/tayloristischen Offensive auf dem kapitalistischen Weg in eine Gesellschaft von Massenproduktion und -konsum dar.“ Wenn als Indiz für das Vorhandensein der kapitalistischen Verhältnisse schon Massenkonsum und die ihn ermöglichende Massenproduktion dienen, dann verschwindet jeglicher Unterschied zwischen den Produktionszielen in der Markt- und der Planwirtschaft. Schließlich ist es noch keine Parteinahme für den Realsozialismus sowjetischer Prägung, festzustellen, dass die Wirtschaft in diesen Gesellschaften sich wesentlich von Kapitalismus unterschied, auch wenn der Arbeitsalltag hier und dort gleichermaßen hart war. Die Existenz von Fließbändern ist ein Indiz für die Härte, aber sie erklärt noch nicht, was mit den Produkten, die mit ihrer Hilfe produziert werden, weiter geschieht. Die fehlende Möglichkeit, die Entscheidungen über Rhythmus der Produktion zu treffen, ist noch kein hinreichender Beweis dafür, dass sie mit der kapitalistischen Produktionsweise identisch ist. Soll der Begriff „Kapitalismus“ eine analytische Kategorie sein und nicht bloß ein pejorativer Ausdruck, muss nicht nur die „Mikroebene“ des Arbeitsalltags, sondern auch die „Makroebene“, die Ziele des neuen Staates und die Wirtschaft berücksichtigt werden.

Bewegung versus Avantgarde

Unter der Berücksichtigung all dessen, was heute über die Forderungen der antibolschewistischen Proteste in Sowjetrussland während des „Kriegskommunismus“ bekannt ist, kann keine ernst zu nehmende Kritik an den Bolschewiki, ihren Praktiken und ihren Vorstellungen die kritische Auseinandersetzung mit den Programmen ihrer proletarischen und bäuerlichen GegnerInnen außer Betracht lassen. Die Widersprüchlichkeit ihrer Forderungen erlaubt es nicht, sie zu den „wahren TrägerInnen“ der sozialen Revolution zu verklären.

Dass die Differenzen zwischen den Bolschewiki und den sozialen Gruppen, die sie im Oktober 1917 an die Macht brachten bzw. ihren Aufstieg tolerierten, rasant wuchsen, lässt sich nicht bestreiten. 1918 scheiterte die bolschewistische Vorstellung, dass die Räte den sozialistischen Kurs in ihrem Sinne garantieren würden. Mehr noch: In diesem Jahr erfuhr die Konzeption, dass der exklusive Klassencharakter der Räte, die die ehemals unterdrückten Klassen mit aktivem und passivem Wahlrecht ausstatteten, Sicherheit gegen die restaurativen Tendenzen liefern würde, unübersehbaren Schiffbruch. In den Räten erhoben sich die Stimmen für die Rückkehr zum parlamentarischen Modell und für die Zulassung des Privathandels. Der Ischewsker Aufstand war kein Einzelfall – in Baku und in Transkaspien (heutiges Turkmenistan) schlossen die im Sommer 1918 gegründeten antibolschewistischen Räteregierungen binnen kurzer Zeit Bündnisse mit der Entente und den Weißen (Suny 1972; Kasakow 2014). Faktisch gaben die von der bolschewistischen Kontrolle befreiten Räte ihre exklusiven Machtpositionen freiwillig auf.

In der bolschewistischen Vorstellung war der Bürgerkrieg ein Krieg der Klassen. Doch es hat sich schnell erwiesen, dass die Zugehörigkeit zu den ausgebeuteten Klassen keineswegs eine prorevolutionäre politische Position garantierte, sodass die zum revolutionären Subjekt erklärten Proletarier in Wirklichkeit oft die Seiten wechselten. Das Eingeständnis, dass die von ihnen ausgerufenen „Diktatur des Proletariats“ keineswegs eine Diktatur der ehemaligen Unterdrückten über ihre früheren Unterdrücker war, sondern sich immer häufiger gegen die eigenen „Klassenbrüder“ mit mangelhaftem „Bewusstsein“ richtete, fiel den Bolschewiki nicht leicht. Sergej Pawljucenkov (1997: 149f; vgl. auch Poršneva 2013) verweist darauf, dass die ArbeiterInnen teilweise einen Friedensschluss mit den Weißen mit der Begründung forderten, auf der anderen Seite kämpften auch ProletarierInnen.

Dass die Bolschewiki die von ihnen zuvor selber propagierte Rätewacht bereits 1918 zugunsten der Macht der eigenen Partei ausschalteten, ergab sich nicht aus einem bereits vor dem Oktober 1917 angestellten Kalkül, sondern aus einer überraschenden gegenseitigen Enttäuschung zwischen der Partei und den Klassen, die die Bolschewiki an die Macht brachten, ohne ihr Programm jenseits von „Land und Frieden“ zu teilen. Die theoretischen Differenzen über das Wesen von Kapitalismus und Sozialismus bekamen sehr schnell eine praktische Bedeutung; und es ist nicht einfach nur dem Streben der „Kaderparteien“ nach theoretischer Klarheit anzulasten, dass die Gegensätze blutig ausgetragen wurden. Es gibt keine glaubhaften Belege dafür, dass Privilegien für FunktionärIn-

nen und loyale SpezialistInnen, wie sie im Laufe des Bürgerkrieges zugestanden wurde, das eigentliche Ziel der Bolschewiki war, auch wenn AutorInnen wie Hartmann und Dam'e es suggerieren (vgl. Dam'e 2013; Hartmann 2016)

Die Räte, deren Untergang von vielen linken KritikerInnen als Ursache für das Scheitern eines „irgendwie besseren“ Sozialismus gilt (Pirani 2008), boten meist auch keine Alternativen jenseits von Markt und Staat. Ein Vorschlag, „Handel mit Brot wieder zu zulassen“, der zum Beispiel von den Matrosen von Kronstadt 1921 kam, konnte die Interessengegensätze zwischen Käufer und Verkäufer nicht aufheben. Gleichzeitig sahen sich diejenigen, die solche Vorschläge machten, keineswegs als RestauratorInnen des Kapitalismus, sondern waren ihrem Selbstverständnis nach überzeugte SozialistInnen (Kasakow 2012).

Die Räte sind bis heute ein fester Orientierungspunkt im linken Diskurs. Die Vorstellung, ein anderes Demokratiemodell bringe per se auch inhaltlich andere Beschlüsse, scheiterte während der Russischen Revolution radikal. Die AnhängerInnen dieser Vorstellung gingen und gehen bis heute davon aus, dass in ihrem Sinne richtige Positionen sich in einem irgendwie richtig justierten Demokratiemodell durchsetzen würden. Als die Bolschewiki feststellten, dass diese Erwartung keineswegs aufging, verwarfen sie die Form zugunsten des Inhalts. Diejenigen KritikerInnen, die heute deren Politik im Namen einer „wahren“ Rätemacht kritisieren, wiederholen lediglich deren Ausgangsirrtum.

Literatur

- Badcock, Sarah (2007): *Politics and the People in Revolutionary Russia. A Provincial History*. Cambridge.
- Ball, Alan M. (1990): *Russia's Last Capitalists. The Nepmen, 1921–1929*. Berkeley/LA.
- Borrero, Mauricio (2003): *Hungry Moscow: Scarcity and Urban Society in the Russian Civil War, 1917–1921*. New York.
- Buldakov, Vladimir (1997): *Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revoljucionnogo nasilija*. Moskva.
- (2012): *Utopija, agresija, vlast'. Psychosocial'naja dinamika, postrevoljucionnogo vremeni. Rossija, 1920–1930 gg.* Moskva.
- Christoforov, Igor' (2016): *Moment istiny? Pervaja rossijskaja revoljucija i krest' janskij vopros*. In: *Rossijskaja istorija* Nr. 4: 90-96.
- Cohn-Bendit, Daniel/Cohn-Bendit, Gabriel (1968): *Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus*. Reinbek bei Hamburg.
- Curakov, Dmitrij (2004): *Revoljucija, gosudarstvo, rabocij protest: Formy, dinamika i priroda massovyh vystuplenij rabocich v Sovetskoj Rossii. 1917–1918 gody*. Moskva.
- (2005): *Fabzavkomy v bor'be za proizvodstvennuju demokratiju: Rabocee samoupravlenie v Rossii 1917–1918*. Moskva.

Bewegung versus Avantgarde

– (2007): Buntujuščie proletarii. Rabocij protest v Sovetskoj Rossii (1917–1930 gg.). Moskva.

Dam'e, Vadim (2013): Stal'noj vek. Social'naja istorija sovetskogo občestvo. Moskva.

Danyluk, Roman (2012): Befreiung und soziale Emanzipation. Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus. Lich.

Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells (1992). Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontationen mit dem sozialistischen Akkumulationskommando [Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4], Berlin-Göttingen.

Davydov, Aleksandr (2007): Mešocniki i diktatura v Rossii. 1917–1921. SPb., 2007.

– (2014): Narod I Sovetskoe gosudarstvo v Graždanskoj vojne: Protivostojanie v bor' be za chleb, in: Malen' kij celovek i bol'sčaja vojna v istorii Rossii. Seredina XIX–Seredina XX v. SPb: 318-335

Fel'dman, Michail (2012): Iževsko-Votkinskoe rabocee vosstanie skvoz' prizmu social'noj istorii Rossii, In: Rossijskaja istorija Nr. 3: 14-20.

Figes, Orlando (1998): Die Tragödie eines Volkes: Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924. Berlin.

Gietinger, Klaus (2011): Die Kommune von Kronstadt. Berlin.

Hartmann, Detlef (2016): Revolution und Gegenrevolution. URL: www.materialien.org/texte/hartmann/Revolution_und_Gegenrevolution.html, Zugriff: 29.4.2017.

Karsch, Stefan (2006): Die bolschewistische Machtergreifung im Gouvernement Voronez (1917– 1919). Stuttgart.

Kasakow, Ewgeniy (2012): Mythos Kronstadt. Im Spiegel aktueller, russischer Veröffentlichungen. In: Gai Dào Nr. 17: 27-33.

– (2014): „Tendenz zeigt Tendenz“. Eine Replik auf die Kritik von Roman Danyluk und Stefan Junker. In: Grundrisse Nr. 50: 43-49.

Kondrašın, Viktor (2009): Krest' janstvo Rossii v Graždansko vojne: k voprusu ob iskokach stalinizma. Moskva.

Leonov, Sergej (2013): Rospusk Petrogradskogo VRK i sozdanie VCK. In: Voprosy istorii Nr. 11: 38-52.

Levšin, Konstantin (2011): Priciny desertirstva v Krasnoj Armii (1918–1921 gg.) In: Novejšaja istorija Rossii. Nr. 2: 73-79.

Pavljučenkov, Sergej (1997): Voennyj kommunizm v Rossii: Vlast' i massy. Moskva.

- Pavlov, Dmitrij (2002): Sobranija upolnomocennyh fabrik i zavodov Rossii. Problemy izucenija rabocego dviženija v Rossii posle oktjabrja 1917 goda. In: Otecestvennaja istorija Nr. 2: 134-146.
- Pirani, Simon (2008): The Russian revolution in retreat, 1920–24: Soviet workers and the new communist elite. London.
- Poršneva, Ol'ga (2013): Vlast' i rabocie Urala: evoljucija vzaimootnošenij v uslovijach Graždanskoj vojny. In: Rossijskaja istorija Nr. 1: 47-62.
- Posadskij, Anton (Sost.) (2014): Ot „germanskoj“ k graždanskoj. Stanovlenie korpusa narodnyh vožakov russkoj smuty. Sbornik statej i materialov. Moskva.
- Šmelev, Gelij (2003): Nacionalizacija zemli v teoreticeskich schemach bol'shevikov i v real'nosti, in: Voprosy istorii. Nr. 2: 31-49.
- Schnell, Felix (2012): Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905-1933. Hamburg.
- Suny, Reginald G. (1972): The Baku Commune 1917–18. Class and Nationality in the Russian Revolution. Princeton.
- van der Linden, Marcel (1992): Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion. Frankfurt/M.
- Volin (2013): Die unbekante Revolution, mit Einleitungen von Roman Danyluk und Philippe Kellermann. Berlin.

Fritz Gött

Die "Epigenetik" und der Klassenkampf

Die Überschrift meines Artikels mag verwundern. Was hat eine Genregulation bzw. ein Aspekt der Vererbungslehre, kurz die sogenannte "Epigenetik", mit dem Klassenkampf (oder umgekehrt der Klassenkampf mit der Epigenetik) zu schaffen? Sollten sie überhaupt in Verbindung gebracht werden? Um sich diesem ‚Rätsel‘ zu nähern, ist es sinnig, die "Epigenetik" näher zu betrachten.

1. Historisches: Der Biologe Paul Kammerer macht eine Entdeckung und wird bewusst fehlinterpretiert

Paul Kammerer (1880 - 1926) gehörte einst zu den bekanntesten Lamarck-Anhängern seiner Zeit, erfolgreich als Lehrbuchautor und als experimentell arbeitender Biologe.

Anfang des vorigen Jh. führte er folgendes Experiment durch: "Er besorgt sich Geburtshelferkröten, die sich normalerweise an Land paaren. Andere Krötenarten pflanzen sich im Wasser fort. Damit das Männchen dabei nicht vom Weibchen abrutscht, entwickelt es an den Vorderbeinen sogenannte Brunftschwienel. Kammerer will zeigen, dass sich erworbene Eigenschaften vererben, eine These, die etwa 100 Jahre zuvor Jean-Baptiste de Lamarck aufgestellt hat. Dann begann Darwins Evolutionstheorie die lamarckistische Lehre infrage zu stellen, und wer ihr um Beginn des 20. Jahrhunderts noch anhängt, gilt selbst in der konservativen Wiener Wissenschaftsszene als reaktionär.

Kammerers Versuche bringen neuen Schwung in die Debatte. Er lässt Geburtshelferkröten in heißen Terrarien heranwachsen, in denen sich die Kröten nur in einem Wasserbecken abkühlen können. So zwingt er die Amphibien, sich entgegen ihrem natürlichen Verhalten im Wasser zu paaren. In der vierten Generation seien dann die Brunftschwienel an den Vorderbeinen der Männchen aufgetaucht berichtet Kammerer."

Der 1. Weltkrieg unterbricht die Versuchsreihen. Die konservierten Präparate, in wenigen Exemplaren vorhanden, leiden. Dann passiert das Unglück. Im Zuge der Wirren nach dem 1. Weltkrieg wird das Labor, in dem Kammerer gearbeitet hatte, verwüstet. Von den Belegexemplaren bleibt nur eines übrig. Nach dem Krieg und der Inflation hat Kammerer jedoch keine eigenen Mittel, um die Versuchs-Züchtungen neu zu starten. - Jahre später wird Kammerer Schnitte der Brunftschwienel anfertigen und sie fotografieren. Er präsentiert die Bilder 1923 in Yale, London, und Cambridge, hält Vorträge. In den USA wird er von der "New York Times" als nächster Darwin gefeiert, nicht jedoch in der Heimat. "Wieder zurück in Wien, erhält Kammerer Besuch vom amerikanischen Reptilienkundler Gladwyn Noble. Der begutachtet nicht nur die Fotografien, sondern lässt sich ... auch das präparierte Krötenbein selbst zeigen. Der Aufsatz, den er daraufhin im August 1926 in der Fachzeitschrift Nature veröffentlicht, findet ebenso viel Gehör wie zuvor Kammerers Vorträge. Der Wiener Biologe habe einfach Tusche in das Krötenbein gespritzt, um auf seinen Fotos den Ein-

druck vorzutäuschen, die Geburtshelferkröten hätten Brunftschwielien entwickelt, schreibt Noble."

Schon damals, nach dem 1. Weltkrieg ist Kammerer im deutschsprachigen Raum ein Gezeichnete. Er ist bekennender Pazifist und Sozialist, von der politischen Rechten geschmäht; zudem ein Anhänger Lamarcks, dessen Evolutionslehre in der Fachwelt spätestens seit den 20er Jahren als Fehlweg, wenn nicht gar als "anrühiger, uralter Aberglaube" gebrandmarkt ist; jetzt wird ihm auch noch ein Wissenschaftsbetrug unterstellt. Als Kammerer 1926, entnervt und durch eine unglückliche Liebesaffäre gebeutelt, den Freitod wählt, gilt dies unter Zeitgenossen als Eingeständnis seiner Schuld als Fälscher, zu Unrecht, wie man heute weiß. Auch der "Lamarckismus" schien damit erledigt.

Dennoch stellen sich **Fragen an die ‚Geschichte‘**: Hatte Noble Recht? War Kammerer nur ein dreister Fälscher? Dass er tatsächlich Tusche benutzt hat, bezweifelt heute kaum ein Wissenschaftshistoriker mehr. Trotzdem ist sich Olaf Breidbach von der Universität Jena sicher: "Der Kerl hat nicht getrickst. Vermutlich hat er mit der Tusche die Farbkontraste auf den Photographien stärken wollen. Das ist heute aber auch noch üblich, nur nimmt man jetzt elektronische Hilfsmittel." Zum gleichen Schluss kam vor drei Jahren auch Breidbachs Kollege Sander Gilhoff, der penibel Kammerers Aufzeichnungen und die seines Biographen Arthur Koestlers neu ausgewertet hatte.

Nun lieferte Alexander Vargas von der Universität von Chile in Santiago noch eine mögliche Erklärung aus Sicht des Genetikers: Umwelteinflüsse können dazu führen, dass sich chemische Gruppen an die Verpackungsproteine der DNS heften und so Gene stilllegen oder aktivieren. Diese Methylierungen genannten Änderungen können Eltern auch an ihre Nachkommen weitergeben - das habe dazu führen können, dass Kammerers männliche Geburtshelferkröten über mehrere Generationen hinweg Brunftschwielien ausbildeten.

Zu Kammerers Zeiten ist jedoch weder die Struktur der DNS bekannt noch deren Variationsmöglichkeiten. So kann Kammerer den Anschuldigungen wenig entgegensetzen, außer seinen Unschuldsbeteuerungen. Wenige Tage nach der Veröffentlichung von Nobles Artikel ist Kammerer in Wien als Betrüger verschrien. Einzig die Moskauer Akademie lädt ihn noch ein, in ihrem Auftrag in Russland zu forschen ...". (1) Kammerer sagt zwar zu, wählt aber dann doch den Freitod ...

Wollte Kammerer, der Anhänger Lamarcks, mit den *Ergebnissen* seiner Krötenexperimente den Lamarckismus beweisen? Das wird oft kolportiert. Diese Behauptung stimmt jedoch nicht mit der Selbstreflektion des Autors überein. Kammerer hatte 1923 geschrieben: "Meiner Meinung nach bietet es keineswegs einen schlüssigen Beweis für die Vererbung erworbener Eigenschaften." (2) Tatsächlich war Kammerer bei seinen speziellen Laborexperimenten auf ein bisher unbekanntes (gleichwohl in der Natur vorkommendes) Phänomen gestoßen, das es erst noch einzuordnen und zu erforschen galt. Bei seinen Gegnern oder Interpreten las sich das freilich anders. Ebenso wenig war (oder ist) Kammerer als "Vater der Epigenetik" zu kennzeichnen, wie dies kürzlich ein geschäftstüchti-

Epigenetik und Klassenkampf

ger Buchvertrieb tat. Ein Phänomen zu beschreiben, wertvoll im Einzelnen, ist eben noch keine wissenschaftliche Erklärung oder der Beginn eines Aufbruchs. Obige Mythen oder Unterstellungen sollten in der modernen Wissenschaftsgeschichte keinen Platz mehr haben.

Bereits 1924 fand man in der freien Natur ein erstes Exemplar der Geburtshelferkröte mit Brunftschwielen, kaum beachtet, im wissenschaftlichen Disput der Zeit nicht präsent - doch eine Tatsache. Offenbar ist bei dieser Gattung die Möglichkeit von Brunftschwielen im genetischen Code angelegt. Doch aus der Möglichkeit wird nur unter bestimmten (Umwelt-) Bedingungen Wirklichkeit.

2. Umbrüche

In den 70ern scheiterte der Versuch des kommunistischen Dissidenten und Querdenkers Arthur Koestler, die Fachwelt zur Wiederaufnahme der Versuche Kammerers zu bewegen. (3) Auch sein Plädoyer für eine "Vererbungslehre ohne Dogma"(4) verhallte ungehört. Das hatte Gründe und lag nicht an der ‚Bösartigkeit‘ oder Widerborstigkeit seiner Widersacher. Koestler konnte zwar auf Widersprüche und Probleme in der tradierten Vererbungslehre seiner Zeit verweisen (also jene bei August Weismann, oder die in der "Synthetischen Theorie" des Ernst Mayr et.al.), doch wirklich *Zwingendes* für sein Anliegen, Lamarck und Verwandtes in der Vererbungslehre zu rehabilitieren, hatte er nicht an der Hand - gegen ein biologisches Weltbild, dem zufolge die Evolution nichts als "Zufallsmutation plus Auslese" sei. Zudem war die ‚Atmosphäre‘ der Epoche durch eine alte politische Kontroverse (mit der Sowjetunion) vergiftet. So schrieb z.B. die Nobelpreisträgerin für Medizin Christiane Nüsslein-Volhard auf eine Frage der "Zeit" noch 2008: "Was war der größte Irrtum in der Geschichte ihrer Disziplin?: Die Theorie, nach der erworbene Eigenschaften weitervererbt werden können, die von Lyssenko verbreitet wurde."(5) - Keine guten Voraussetzungen für eine Überprüfung, Modifikation oder Revision der bestehenden Vererbungslehre(n), (deren Vertreter im Übrigen von mehr Zweifel geplagt waren als bei Koestler nachzulesen).

Die Wissenschafts-Situation änderte sich dann erneut in den 80er/90er Jahren des 20.Jh. - Schritt für Schritt. Neue spezielle biologische Tatsachen, tierexperimentelle Befunde, sozialwissenschaftliche Erkenntnisse usw. ließen sich nicht mehr befriedigend in der ‚traditionellen‘ Vererbungs- und Evolutionslehre erklären. Eine Umbruchsituation entstand. Eine Reaktion darauf war das Entstehen der *aktuellen* "Epigenetik" sowie das Auftreten des *modernen* "Neo-Lamarckismus"(6) - ein Ansatz, der hier aber nicht thematisiert wird: Zwei Neuerungen *neben* den etablierten Lehrmeinungen, die überaus kritisch beäugt wurden.

Heute jedenfalls geht man dann auch ‚nachsichtiger‘ mit dem ‚Erbe‘ Paul Kammerers in Sache "Geburtshelferkröte" um: Noch Ende der 80er hieß es bei Franz W. Wuketits: "Kammerer glaubte, die Frage nach einer Vererbung individuell erworbener Merkmale sei endgültig zu bejahen, räumte aber ein, daß nicht jede beliebige körperliche Veränderung sich auch erblich manifestieren muß. Er

versuchte, an Amphibien zu zeigen, daß sich Anpassungsmerkmale durch einen Standortwechsel (von Land- und Wasserleben) erblich übertragen lassen. Überzeugen konnten diese Versuche aber nicht, weil Anpassungsmerkmale durch Tuscheinjektionen vorgetäuscht worden waren, vermutlich nicht von Kammerer selbst, sondern von Leuten, die ihm eine Fälschung unterschieben wollten. Jedoch wurde Kammerer dadurch in den Selbstmord getrieben (ein häßliches Kapitel der Wissenschaftsgeschichte)."(7) Nach der Entdeckung und Verbreitung der "Epigenetik" wurden die Stimmen noch nachdenklicher, aber - wie oben ausgeführt - auch aufmerksamer: Kammerer sei im *Ergebnis* seiner Experimente wohl auf die *Epigenetik* gestoßen und für seine Mutmaßungen seelisch ‚hingegerichtet‘ worden. (8) Soweit endete ein trübes Kapitel dieses ‚Wissenschaftskrimis‘. Abgeschlossen ist er nicht.

3. Was ist die "Epigenetik" heute

Kurz gesagt: a) Sie ist eine noch relativ junge, in Entwicklung begriffene neue Forschungsrichtung.

b) Sie ist eine ‚neue - epigenetische - Anschauung‘ und Erkenntnis, dass Organismus und Umwelt sehr wohl miteinander interagieren.

Aber wie? Indem epigenetisch wirksame Faktoren und Prozesse (über die noch zu reden sein wird) in die Genaktivitäten eingreifen (können), *ohne dass sich die Gene selber ändern*. Die Genaktivität einer Zelle (oder eines Verbundes) kann dabei sowohl hoch- und runter-, ja auch ein- und abgeschaltet werden. Zudem postuliert die "Epigenetik", dass sich diese (zumeist situativen) Neujustierungen in der Genregulation auch *zeitweise* erblich fixieren können, sich also generationsübergreifend wiederfinden. - Die "Epigenetik" unterscheidet sich mit diesen ‚begrenzten‘ Feststellungen vom modernen "Neo-Lamarckismus", der tiefer und weitergehend den Spuren Lamarcks in der Evolutionstheorie folgt, einer Spur, deren Berechtigung oder Unmöglichkeit - wie oben gesagt - jedoch *kein* Gegenstand dieser Abhandlung ist.

Was weiß man derzeit über die "Epigenetik"?

Gene sind unsere Erbsubstanz. Gene wirken nicht nur über die Abfolge ihrer Bausteine, sondern auch über den Grad ihrer Aktivität. Und diese Arbeitsweise ist veränderbar. Gene im Körper sind nun beileibe keine Autisten, keine ‚Eigenbrötler‘, die ihre Programme abspulen, unbeeindruckt von den Bedingungen des Lebens. Die Umwelt kann sehr wohl vermittelt epigenetisch wirksamer Faktoren auf die *Genaktivitäten* zugreifen, wie umgekehrt auch der tätige Mensch auf die Umwelt und der Mensch auf sich selber einwirken kann.

Gene steuern im Körper nicht nur, sie werden auch gesteuert. Ein bestimmtes Wechselspiel zwischen Organismus und Umwelt, das dem Körper mithin eine bestimmte Feineinstellung zur Umwelt, zur gesellschaftlichen Wirklichkeit erlaubt - und der Umwelt Zugriffe auf das Erbgut. Auch dem menschlichen Gehirn, der menschlichen Psyche, werden noch eigene Eingriffsmöglichkeiten und Aktivitäten auf die eigentliche, vorgegebene körperliche Konstitution sowie die äußere Lebenswelt eröffnet. Diese Einsichten sind nicht völlig neu. (9) Die

Epigenetik und Klassenkampf

"Epigenetik" als weitere Disziplin (10) neben der "Stresstheorie", der "Psycho-neuroimmunologie" usw. bereichert ‚nur‘ unser Wissen.

Epigenetisch wirksame Faktoren sind vielgestaltig. Wissenschaftlich untersucht werden da z.B. Ereignisse, Erlebnisse, individuelle und gesellschaftliche Lebensstile, Umweltbedingungen, chemische Noxen usw.

Doch wie übersetzen sich diese Faktoren *gegebenenfalls* ins Physiologische? Das ist Gegenstand der Forschung. - Wie beschreibt die Fachwissenschaft die *wichtigsten* physiologischen **Mechanismen, um in das Schaltprogramm der Gene einzugreifen?**

- "Einerseits wirkt die Umwelt gezielt auf die Aktivität einzelner Gene ein, indem sich bestimmte chemische Moleküle an die DNA anheften. Diese 'Methylgruppen' hängen wie Flaggen am Erbgut und können Gene an- und abschalten."

- "Andererseits wirken Umwelteinflüsse über die "Verpackung" der DNA auf die Genregulation. Das Erbmolekül liegt nicht "nackt" im Zellkern, sondern ist auf bestimmte Proteine (Histone) gewickelt. So entsteht ein dichtes Knäuel aus DNA und Histonen. Doch damit Gene abgelesen werden können, müssen sie für die Zellmaschinerie zugänglich sein. Sprich: die Histonhülle muss die DNA zeitweise freigeben."

"Beide Mechanismen ändern nichts an der Abfolge des genetischen Codes." Das ist noch nicht das Ende des menschlichen Erkenntnisweges, zumal sich nicht nur die theoretische Medizin (Naturwissenschaft) sondern auch die praktische Medizin für die Epigenetik interessiert, interessieren muss. (11)

4. Stress und Co: Es gibt mögliche, vererbare Nachwirkungen epigenetisch wirksamer Faktoren -als genetische Reaktionsmuster - bis in die 3./4. Generation (oder mehr), die dann erlöschen

Wir haben hier nicht den Raum, die Wirkung der "Epigenetik" auf die Arbeitsweise der Gene bzw. auf die genetische Vererbung ausführlich darzustellen. Ich verweise auf die Literaturliste mit ihren Querverweisen (10); Literatur, die sich immer noch ‚explosionsartig‘ vermehrt. Zwei **Beispiele aus dem Themenkomplex** müssen uns hier genügen:

- Hungerkatastrophen

"In Herbst 1944 traten Eisenbahner in den deutsch besetzten Niederlanden in einen Streik, um die vordringenden Alliierten zu unterstützen. Der erste britische und amerikanische Vorstoß schlug fehl, und die Nazis rächten sich durch die Verhängung eines verheerenden Nahrungsmittelembargos. Der daraufhin ausbrechenden Hungersnot fielen mindestens 20 000 Niederländer zu Opfer. Dieser *Hongerwinter* sollte noch lange nach der Befreiung im Jahr 1945 Spätfolgen zeitigen. Bei den Kindern von Frauen, die während dieser Zeit schwanger waren, stieg das Risiko für ein breites Spektrum von Gesundheitsproblemen, darunter Diabetes, Fettleibigkeit und Herzkrankheit. In einigen Fällen war sogar noch bei ihren Enkelkindern die Gefahr gesteigert, untergewichtig zur Welt zu kommen. Während man sich die Gesundheitsschäden der ersten Generation noch mit Unter- und Mangelernährung während der Schwangerschaft erklären kann, ist dies für die zweite Generation unmöglich: Zur Zeit ihrer Geburt waren

die Niederlande längst wieder wohlhabend. Es musste also ein erblicher Effekt sein."... Das Beispiel "deutet darauf hin, dass die Gesundheit von Menschen von der Ernährung der Großeltern beeinflusst wird. Doch nach der herkömmlichen Evolutionstheorie sollte das unmöglich sein. ... Die niederländischen (und schwedischen, d.V.) Erfahrungen lassen sich durch die sogenannte Epigenetik erklären. Das Genom scheint sich an gewisse Umwelteinflüsse, denen es ausgesetzt war, zu 'erinnern'. Normalerweise beschränken sich epigenetische Effekte auf somatische Zellen, in denen sie Gene abschalten oder ihre Aktivität regulieren. Manchmal werden aber auch Spermien und Eizellen modifiziert, sodass der Effekt auf die nächste Generation übertragen wird. Erworbene Eigenschaften können, wie sich zeigt, gelegentlich doch erblich werden."... "Die Ernährung der Eltern hat offenbar zu einer epigenetischen Reprogrammierung der Kinder und Enkelkinder geführt und deren Stoffwechsel auf die damalige Ernährungssituation ausgerichtet. Das wiederum hatte ein erhöhtes Diabetesrisiko usw. zur Folge."(12)

Auch aus Schweden liegt eine entsprechende historische Studie zu Hungerereignissen vor. Sie bestätigt die oben angegebenen epigenetischen Schlussfolgerungen.

- Stress

Historisches: Bereits in den 30er Jahren stieß der kanadische Biochemiker Hans Selye auf das sogenannte "Stress-Syndrom": Belaste man nämlich, womit auch immer, einen höher stehenden tierischen oder menschlichen Organismus, so ließen sich, jenseits der spezifischen Wirkung des Agens, so Selye, schablonenhafte Körperreaktionen aufzeigen. - Also ein Syndrom, das sich in "Symptomen und Anzeichen" darstelle; sich in umschriebenen Organveränderungen, in der Ausschüttung hormoneller (biochemischer) Signalstoffe, in Nervenaktivitäten, usw. äußere. - Selye definierte Stress dann auch als die "unspezifische Antwort des Körpers auf die an ihn gestellten Anforderungen aller Art."

Wie kann man sich diese Kennzeichnung bildhaft vorstellen? Unzweifelhaft sind Kälte, Infektionen oder Emotionen unterschiedliche Faktoren, die spezifische Wirkungen haben. Selye fasste sie jedoch auch als Stressoren, als treibende Kräfte, die unbeschadet ihrer konkreten Gestalt Stress auszulösen in der Lage seien. Der Stressor ist als Begriff also eine Abstraktion. Wie aber wirkt ein Stressor im Körper? Doppelt – antwortet da der Stress-Theoretiker. Betrachten wir beispielsweise die normale Antwortreaktion des menschlichen Körpers auf einen Kältereiz. Was wir sehen, ist das Zittern der Gliedmaßen, um mehr Wärme verfügbar zu machen. Das ist nach Selye eine ebenso *spezifische* Antwort des Organismus (auf die spezifische Wirkungsqualität eines Stressors) wie die Kontraktion der Gefäße bei Kälte, um einen Wärmeverlust an der Körperoberfläche zu vermeiden. Parallel dazu reagiere der Körper aber auch *unspezifisch*, sozusagen schablonenhaft, mit "Stress". Stress sei also eine Anpassungsleistung des Körpers, um einer Belastung entgegenzutreten, sie zu bändigen. Das festgeschriebene Paket an Gegenmaßnahmen nannte Selye das "Allgemeine Anpassungssyndrom"(weil es eine umschriebene Ansammlung von Gegenreaktionen

Epigenetik und Klassenkampf

beinhaltet). - Stress in der Definition Selyes (bzw. der Wissenschaft) ist also das Gegenteil von dem, was die breite Öffentlichkeit umgangssprachlich dazu meint: Nicht ‚äußere‘ Belastung, die auf den Menschen zukommt, ist Stress, sondern die körperliche Reaktion auf einen "Stressor" ist Stress. Umgekehrt, alles was Stress erzeugt, jenseits seiner Gestalt, ist per Definition ein Stressor. Und zu guter letzt, Stress ist das, was übrig bleibt, wenn wir von den spezifischen körperlichen Veränderungen auf einen ‚äußeren‘ Reiz absehen.- Biologisch und sozial gesehen ist das Stress-Phänomen ein evolutionärer Vorteil. Es ermöglicht dem menschlichen Körper, "Kraftreserven" bei Anforderung zu mobilisieren; es ermöglicht Flucht oder Kampf, ja auch Erdulden, hilft aber auch in den größeren oder kleineren Belastungssituationen des Alltags - indem es hormonelle und nervale Anpassungsleistungen im Körper zur Verfügung stellt. Kurz: Wer keinen Stress hat, ist eigentlich tot.

Selye beschrieb das "Allgemeine Anpassungssyndrom" *in Aktion* dann so: 1. "die Alarmphase", d.h. die Wahrnehmung des Stressors, die Veränderungen der Körperfunktionen durch den Stressor; 2. die "Phase des Widerstands", d.h. den Zustand der Gegenreaktion und der Anpassung; 3. die "Phase der Erschöpfung", bei übermäßigem oder Dauerstress, die Überleitung in die unkontrollierbaren Stresswirkungen. - In der Phase der Erschöpfung kann das positive "Syndrom" also auch ins Negative umschlagen, entgleisen. Auf seiner Basis können die sogenannten "Anpassungskrankheiten" entstehen: spezielle Magen-/Darm-, Herz-/Kreislauf-, Nierenerkrankungen usw.

H. Selye (1907 - 1982) musste sein - hier nur angedeutetes - "Stress-Syndrom", seine diesbezüglichen ‚Modellvorstellungen zum Stress‘, mehrfach überarbeiten und ergänzen, entweder auf Druck seiner Opponenten oder vor dem Hintergrund allgemein gewachsenen Wissens:

- So hatte sich z.B. gezeigt, dass das "Stress-Syndrom" in Erscheinungsform und Ausprägung durch Zusatzfaktoren sehr wohl modifizierbar war oder einer Konditionierung unterliegen konnte: a) durch die Anwesenheit von inneren Faktoren wie "Erbanlagen, Alter, Geschlecht", b) durch äußere Faktoren wie "die Behandlung mit bestimmten Hormonen, Arzneimittel, Diäten" usw. Heute müsste man noch als c) hinzufügen: es spielten bei den ‚Stressereignissen‘ auch das Gehirn/das ZNS, sowie die "höhere Nerventätigkeit", also das Psychische, eine bedeutende Rolle, sei es in der Wahrnehmung der Belastung, im Erleben, in der Verarbeitung, in der Bewältigung.- Kurz: Die Wirkung eines Stressors kann so selektiv verstärkt oder abgemildert (verformt oder gegebenenfalls sogar unterdrückt werden); ein an und für sich harmloser, verträglicher Stress kann so auch äußerst schädliche Wirkung entfalten.

- Um ein weiteres Beispiel für die Grenzen des alten Modells anzusprechen: Man kann keineswegs vollständig vom Charakter eines Stressors abstrahieren, da dieser zwar eine spezifische (und unspezifische) Wirkung am Körper zeigt, aber auch unterschiedlich in die Substanz des Organismus eingreifen kann. "Psychosozialer Stress" am Arbeitsplatz ist beispielweise doch etwas anderes als die atomare Strahlung in der Nähe eines Atomkraftwerkes oder -unfalls.

Solche Kurskorrekturen und empirisch erhobenen Daten waren dann auch eine Hilfe, die "Organwahl" bei "Stresserkrankungen" besser zu verstehen sowie einzusehen, warum zwei ungleiche Menschen bei gleicher Situation nicht dasselbe ‚Schicksal‘ erleiden müssen - aber können.

In den 70er/80er Jahren wurde auch in der politischen Linken viel über das "Stressphänomen" und die "Arbeitswelt" diskutiert. Je nach politischem Standpunkt unter den Schlagworten: "Kritik der bürgerlichen Wissenschaft", "Industriearbeit und Herrschaft", "Ökologie der Arbeit" usw. Hintergrund dieser Diskussionen waren das Aufkommen moderner Produktionsmethoden in (West)-Deutschland, die Wirtschaftskrisen mit ihrer Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verdichtung der Arbeitsabläufe, die Arbeitshetze, die galoppierende Zahl an Herz-Kreislaufkrankungen (die sich nicht mehr als "Managerkrankheiten" verharmlosen ließen) usw. Viele der damaligen, zumeist gesellschaftskritischen Positionen und Arbeitsergebnisse sind inzwischen wieder ‚vergessen‘. Doch es wird Zeit, sie erneut auszugraben.

Heute weiß man erheblich mehr über das "Stressphänomen" (13) als zu Zeiten Selyes (was nicht heißen soll, seine Arbeiten umstandslos beiseite zu legen). Zu den neueren Erkenntnissen zählt u.a., dass ‚lang andauernder‘ Stress auf die Genaktivitäten zugreifen kann sowie, dass die dabei entstandenen genetischen Reaktionsmuster auch **epigenetisch vererbbar** sind. Hier liegen tierexperimentelle und humangenetische Beobachtungen und ‚Experimente‘ vor, so z.B. bei Traumata (14).

Die oben angesprochenen Weichenstellungen am Gen-Verhalten nach Stress sind mehr oder weniger negativ zu bewerten. Es gibt jedoch auch ein positives Beispiel epigenetischer Vererbung durch Stress: "Frühkindlicher Stress kann ... auch dazu führen, dass Betroffene später mit schwierigen Situationen besser umgehen können. Auch diese Fähigkeit wird auf die Nachfolgenerationen vererbt. Dies hat Isabelle Mansuy, Professorin für Neuroepigenetik der Universität und der ETH Zürich, an Untersuchungen mit Mäusen unlängst herausgefunden." (15) - Leider erklärt der hier zitierte Kurzaufsatz nicht, welche Mechanismen hinter dieser Stärkung stehen (können). - Da dürfte weiterer Forschungsbedarf bestehen.

Dies muss im Übrigen auch für eine weitergehende Frage gelten, nämlich, warum die einen stark auf ‚seelische‘ Erschütterungen und Traumata reagieren und ein Leben lang daran herum knabbern, die anderen schwach und sie wegstecken. Liegt der Schlüssel dazu auch in der DNA oder im aktiven gesellschaftlich sozialisierten Gehirn, in Beidem, oder worin? Es sind noch so viele Fragen unbeantwortet.

Löschung? Epigenetische Vererbung bei Traumata

Wie beständig ist die epigenetische Vererbung am Gen-Verhalten? Auch hier sind noch viele Fragen offen. Nach heutigem Verständnis erlischt das neu induzierte Reaktionsmuster ‚irgendwann‘, will sagen nach ‚einigen‘ Generationen automatisch. Warum, wann und nach welcher Gesetzmäßigkeit? *Eine* strittige

Epigenetik und Klassenkampf

Frage jedoch konnte inzwischen geklärt werden: Neuerdings verweisen Untersuchungen darauf, dass epigenetische Fixierungen am "Gen-Schalter" kurzfristiger **gelöscht** werden können - **unter gewissen Bedingungen**. Dazu heißt es im Wissenschaftsjournal: "Schwere Traumata schlagen sich dauerhaft auf Körper und Verhalten nieder und werden sogar an den Nachwuchs vererbt. Das ist aber wohl kein unausweichliches Schicksal, wie nun ein Schweizer Team um Isabelle Mansuy feststellte. Die Forscher zeigten mit Mäusen erstmals, dass die epigenetische Vererbung von Traumata unter Umständen rückgängig gemacht werden kann. / Die Wissenschaftler hatten neugeborene Mäusemännchen in unregelmäßigen Abständen immer wieder von ihrer Mutter getrennt. Die so traumatisierten Nager reagierten in belastenden Situationen bald anders als unvorbelastete Artgenossen, sie verloren etwa die Scheu vor hellem Licht. Dieses Verhalten übertrugen sie auch auf ihren eigenen Nachwuchs, obwohl dieser stressarm aufwuchs. / Hinter einer solchen Traumavererbung steckt ein epigenetischer Effekt: Stress bewirkt, dass am Gen für einen Glukokortikoid-Rezeptor einige Methylgruppen verschwinden und die Genaktivität steigt. Auf Grund der Demethylierung bilden die Zellen mehr Rezeptoren für Neurotransmitter aus - die Tiere reagieren daher empfindlicher auf bedrohliche Situationen. Das geschieht vor allem im Hippocampus, jenem Teil des Gehirns, der Stress und Angst reguliert. Da die Veränderungen auch in den Keimzellen stattfinden, ist der Nachwuchs ebenfalls betroffen. / Doch in Mansuys Experimenten ließ sich all das durch eine besonders stressfreie Umgebung wieder rückgängig machen: Die fehlenden Methylgruppen legten sich unter diesen Umständen offenbar wieder an die DNA an - epigenetische Traumavererbung lässt sich demnach also gezielt beeinflussen und sogar umkehren." (16)

Prävention?

Kann man sich vor negativ wirkenden Belastungen/Stressereignissen vorbeugend schützen? In gewisser Weise schon. Ein nicht uninteressanter Artikel dazu erschien vor einiger Zeit in der "FAZ". (17) Die hier vorgestellten und empfohlenen Maßnahmen zur Anti-Stress-Strategie bei "Psychoterror" lauten dann u.a. so: "Gebot des Nichthandelns", Selbstdisziplin, die "buddhistische Geisteshaltung des Nichtdenkens", Meditation, Langsamkeit, gutes gesundes Essen, eine neue Pausenkultur z.B. das "Anti-Stress-Nickerchen", ...

- Alles schön und gut, wenn man das notwendige ‚Kleingeld‘ und die gesellschaftlichen Möglichkeiten für diesen ‚Jahrmarkt‘ der Gelegenheiten hat. Für viele Mitmenschen in der kapitalistischen Arbeitswelt oder Gesellschaft ist es ‚utopisch‘. - Wie heißt es doch so schön bei B. Brecht (frei nach Villon): "Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm!"

- Selbstverständlich kann man auch eine andere, von der FAZ nicht thematisierte Strategie wählen, sagen wir, eine persönliche oder politische Vermeidungsstrategie bei ‚Stressereignissen‘, z.B. in der ‚Arbeitswelt‘ durch den Gang zum Betriebsrat, durch kollektive Aktionen oder durch gewerkschaftliches Engagement - um der Arbeitshetze oder dem Mobbing Einhalt zu gebieten. Nur ist das nicht immer möglich.

Natürlich sind personenbezogene "Anti-Stress-Rezepte" wie die Entschleunigung, innere Ruhe und Gelassenheit, "gute Arbeit" und Befriedigung usw. nicht deshalb falsch, weil sie häufig scheitern, also an der gesellschaftlichen Realität im Kapitalismus zerschellen, sich die körperliche Ertüchtigung als Flopp erweist oder sich die guten Vorsätze im "Neuen Jahr" in Luft auflösen. Die Sehnsucht bleibt. Eine ganze ‚Anti-Stressindustrie‘ lebt vom Versprechen auf individuelle Befreiung und Befriedung. Doch auch ein Märchen für große Kinder bleibt ein Märchen, ein Märchen, dessen letzter Akt oft in Achselzucken oder Frust endet. - Stattdessen rennen wir weiter von Termin zu Termin, von Arbeitsstück zu Arbeitsstück, von im gesellschaftlichen ‚Hamsterrad‘.

Ein entscheidender Baustein zur (gravierenden) Stress-Vermeidung in der obigen Aufzählung der "FAZ" fehlt hier sowieso: Die (notwendige) *gesellschaftlich verordnete Prävention* vor ‚Stressschäden‘ durch den(bürgerlichen) Staat. Dieses ‚Vergessen‘ in einem Kapitalisten-Blatt dürfte kein Zufall sein. Gelten doch *einschneidende* Staatsgesetze gegen die Profitwirtschaft, gegen den hemmungslosen Raubbau an Leib und Leben, aber zu Gunsten der Werktätigen / der bedrohten Umwelt, als verwerfliches Übel. Durchaus logisch vom kapitalistischen Standort aus - der ja nicht der unsrige sein kann. Wie schon Karl Marx im "Kapital", hier zur ‚Arbeitswelt‘ vermerkte: "Die kapitalistische Produktion ... ist ... weit mehr als jede andere Produktionsweise, eine Vergeuderin von Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn."/ "Das Kapital ist rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird."/ "Zum 'Schutz' gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen."/ usw.

Kurz und gut: Es gibt viele Gründe, schon in der bürgerlichen Gesellschaft dem Kapital gesellschaftlich wirksame Schranken zu setzen sowie Gründe, in politischer Perspektive mit dem Kapitalismus zu brechen, ihn zu brechen.

5. Exkurs: Eine "Vererbung der anderen Art"- Schadstoffe und ihre Wirkung

"Laut Untersuchungen an Mäusen und Ratten ... können bestimmte Substanzen wie Agrochemikalien, Kerosin und sogar einige allgemein gebräuchliche Kunststoffe das Erbgut epigenetisch verändern. Mögliche Folgen sind Krankheiten und Fruchtbarkeitsstörungen, ohne dass die eigentliche DNA-Sequenz der Tiere angetastet wird. Noch überraschender war jedoch folgende Beobachtung: Wenn derartige Epimutationen in Eizellen und Spermien auftreten, können sie dort anscheinend fest eingebaut und so auf spätere Generationen übertragen werden - zusammen mit allen damit einhergehenden Gesundheitsrisiken. / Langzeituntersuchungen an Menschen weisen inzwischen darauf hin, dass

Epimutationen auch bei uns manchmal von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden. Das könnte bisher ungeahnte Bedeutung für die öffentliche Gesundheit haben. So lassen sich die teils dramatischen Zunahmen an Fettleibigkeit, Diabetes und anderen Erkrankungen in den letzten Jahrzehnten vielleicht auf den Kontakt der Eltern und Großeltern mit Umweltgiften wie DDT und Dioxin zurückführen." (18) Die (kontrovers geführten) Diskussionen zum Problemkomplex stehen erst am Anfang. Sie sollten aber unsere Aufmerksamkeit finden.

6. Eine kleine Zwischenbetrachtung

1) Viele Naturwissenschaftler und Mediziner, die sich mit der Epigenetik beschäftigen, betreiben ‚reine Wissenschaft‘. Mit der Feststellung, was "Epigenetik" ist und wie sie wirkt, sind sie zufrieden. Die gesellschaftspolitische Seite der Entdeckung interessiert sie nicht sonderlich; sollte sie aber.

2) Die Bourgeoisie ist nicht wirklich daran interessiert, die gesellschaftspolitischen Erkenntnisse aus der Epigenetik an die große Glocke zu hängen. Als Hauptakteure und Gestalter der sozialen und ökologischen Verhältnisse im Kapitalismus sind sie stets in Gefahr, auf der Anklagebank der Geschichte zu landen.

3) Die politische Linke hat sich bisher wenig für die "Epigenetik" interessiert. Viele Erkenntnisse der modernen Naturwissenschaft sind ihr eh ein Buch mit 7 Siegeln oder rauschen schlicht an ihnen vorbei. Lange ist es her, dass sich Marx und Engels mit der "Dialektik der Natur" beschäftigt haben - und dabei vorbildlich agierten.

4) Marxisten aber müssen sich um die Erkenntnisse der Naturwissenschaft und damit auch der "Epigenetik" bemühen, und das nicht nur für ein wissenschaftliches Weltbild und deren Erklärung, sondern auch, weil sie die soziale Frage und den Klassenkampf ins Zentrum ihrer Politik und Propaganda stellen (sollten).

7. Historisches: Der Arbeiterführer August Bebel macht sich Gedanken zur Begründung des Sozialismus - und greift nicht nur auf die Schriften von Marx und Engels zurück

1879 erschien erstmals die Schrift "Die Frau und der Sozialismus" von August Bebel (1840 - 1913). Sie erreichte noch zu seinen Lebzeiten 50 Auflagen. Bebel war seinerzeit, also vor dem Ersten Weltkrieg, Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratischen Partei. Er war nicht nur ein Anhänger von Marx und Engels, also Sozialist bzw. Kommunist; in der angezeigten Schrift verarbeitete er auch Ansichten der Evolutionsbiologen Charles Darwin (1809 - 1882) und Jean Baptiste Lamarck (1744 - 1844).

Zu Lebzeiten Bebels las man die genannten Evolutionsbiologen noch als verwandte Seelen, ohne das Trennende über zu bewerten. In der Tat, diese Biologen stimmten in einigen Fragen überein, in anderen nicht. Einigkeit bestand darin, von einer Transformation der Arten auszugehen. Gravierende Unterschiede zwischen den Beiden gab es in der Bestimmung der *Evolution*smechanismen selbst. Das soll uns hier aber nicht beschäftigen.

Wichtig für unser Thema "Epigenetik" ist lediglich die Feststellung, dass Darwin in seinem eigenen Lehrgebäude auch die Möglichkeit einer "Vererbung erworbener Eigenschaften" sah (und nicht ablehnte, wie häufig unterstellt). Allerdings fand er für die konkreten *Vererbungsmechanismen* keine vertretbaren, heute noch gültigen (wissenschaftlichen) Antworten.

Erst in den 20er Jahren des 20. Jh., unter dem Eindruck der Wiederentdeckung der Studien Gregor Mendels (1822 - 1884) sowie angesichts der Arbeiten August Weismanns (1834 - 1914) betonte der "Neo-Darwinismus" der (späteren) Gegenwart die Gegensätze der Veteranen, und das mit erheblicher Aggressivität.

Doch fertig wurde der "Neo-Darwinismus" mit dem ‚Gespenst‘ Lamarck nicht. Wie dem auch sei: In der erwähnten Schrift Bebels finden sich gewisse ‚Spuren‘ all dieser Autoren (ihrer Ansichten und einiger ihrer Probleme). Im Übrigen sollte diese Arbeit des Autors im Kern Seiten der angestrebten sozialistischen "Zukunftsgesellschaft" skizzieren und illustrieren, sie bezog aber auch zu weltanschaulichen und politischen Fragen der Zeit Stellung. Ein Auszug sei hier kurz dokumentiert:

Bebel schrieb u.a.: Männer wie Frauen sind trotz körperlicher Unterschiede zu vergleichbar hohen Leistungen fähig. Lediglich die (bestehende) Gesellschaft hemmt dieses Vermögen, behindert die Emanzipation der Frau. "Da eine solche Entwicklung (zur körperlichen und psychischen Entfaltung der weiblichen Potenzen, d.V.) Sache der Lebensbedingungen und der Erziehung, naturwissenschaftlich derb ausgedrückt, der "Züchtung" ist, darf als sicher angenommen werden, dass das physische und geistige Leben der Menschen zu den schönsten Resultaten führt, sobald der Mensch *zweck- und zielbewußt in seine Entwicklung eingreift*. / Wie Pflanzen und Tiere von ihren Existenzbedingungen abhängen, günstige sie fördern, ungünstige sie hemmen, und Zwangsverhältnisse sie nötigen, ihr Wesen und ihren Charakter zu ändern, vorausgesetzt, dass sie unter deren Entwicklung nicht zugrunde gehen, so ergeht es auch dem Menschen. Die Art und Weise, wie der Mensch seine Existenz gewinnt und erhält, beeinflusst nicht nur sein äußeres Wesen sondern auch sein Fühlen, sein Denken und Handeln. Sind ungünstige Existenzbedingungen der Menschen - das heißt Mangelhaftigkeit des Sozialzustandes - Ursache mangelhafter individueller Entwicklung, so folgt daraus, dass durch Veränderung seiner Existenzbedingungen, das heißt seines Sozialzustandes, der Mensch selbst verändert wird. Es handelt sich also darum, die sozialen Zustände in der Weise zu gestalten, dass jeder Mensch die Möglichkeit zur vollen ungehinderten Entwicklung seines Wesens erhält, dass die Gesetze der Entwicklung und Anpassung, die nach Darwin mit der Bezeichnung des Darwinismus belegt werden, zweck- und zielbewußt für alle Menschen zur Wirksamkeit kommen. Das ist aber nur möglich im Sozialismus". (19)

Das obige Zitat aus Bebels Arbeit ist im Namen Darwins formuliert, von Lamarck inspiriert, und politisch links gewendet. - Soweit zu Bebel, dessen namentlich angezeigte Schrift trotz gewisser Schwächen und Fehler immer noch

Epigenetik und Klassenkampf

anregend zu lesen ist - als Plädoyer für die Emanzipation der Geschlechter und den Sozialismus.

Andere Autoren wie Karl Kautsky gingen in der angesprochenen ‚Problematik‘ der ‚Menschheitsverbesserung‘ einen *gefährlichen* Schritt weiter: Diese Strömung in der alten Sozialdemokratie setzte nicht nur auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen (und den Sozialismus). Sie machte sich auch für eine "Sozialistische Eugenik" d.h. für "ein gesellschaftliches Streben nach Wohlgeborenheit" und eine "Sozialhygiene" ("Rassenhygiene") auf freiwilliger Basis - im Sozialismus - stark. Damit sollte, wie es hieß, eine körperliche "Entartung der Menschheit" verhindert und diese höher entwickelt werden. (20) - Darüber hinaus gab es in den Reihen der Sozialdemokratie - vor allem nach dem 1. Weltkrieg - des Weiteren Vertreter einer ausgesprochenen "Erb-Eugenik" bereits unter bürgerlichen Verhältnissen. Man weiß heute hinlänglich, wohin ein solches Engagement alles führen kann.

VIII. Eine Schlussfolgerung aus der "Epigenetik"

Ganz gleich ob man Sympathie für den modernen "Neo-Lamarckismus" empfindet (der, wie mehrfach betont, hier nicht abgehandelt wird) oder ob man ‚nur‘ die wissenschaftliche "Epigenetik" zur Kenntnis nimmt, an einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse im Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat sowie für umfassende politische und demokratische Rechte der Werktätigen im Hier und Jetzt kommt man nicht herum. Denn man will den Schutz des Einzelnen, aber auch der Arbeiterklasse, vor körperlicher und sozialer Verletzung, der Werktätigen vor einem frühen Tod oder Degradation. Insofern hat auch die Epigenetik etwas mit dem Klassenkampf zu tun: Die "Epigenetik" hat weitere physiologische und erbmäßige Mechanismen enthüllt, wie negative soziale und umweltbedingte Faktoren (im Kapitalismus) auf den Organismus (bzw. die Klasse) einwirken können, sogar über Generationen hinweg. Es reicht daher nicht, sich den Schutz der Ware Arbeitskraft als tagesaktuelle Aufgabe ans sozialistische Revers zu heften oder den konsequenten Lohnkampf zu organisieren, auch der Schutz der Umwelt, der menschlichen und der naturgegebenen, muss Teil unserer politischen Aufgabenstellung sein. Dass der Sozialismus darüber hinaus "der bessere (gesellschaftliche) Arzt ist", wussten schon die Alten auch, dass er "die vollständige Emanzipation aller menschlichen Sinne und Eigenschaften" einzuleiten in der Lage sei. Wie gesagt: Das Ziel bleibt, aber es bedarf auch der Begründung und politischen Propaganda im Klassenkampf.

Literatur und Quellenangabe zum Artikel

- 1) Alle Zitate aus: Katrin Blawat: Der Froschkönig. Seit 80 Jahren gilt der Biologe Paul Kammerer als einer der größten Betrüger der Wissenschaft - womöglich zu unrecht. in: SZ, 11. Sept. 2009, S. 16
- 2) zitiert nach: Arthur Koestler: Der Krötenküsser. Der Fall des Biologen Paul Kammerer oder Für eine Vererbungslehre ohne Dogma. (1971) Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Tb. Verl., 1974, S. 48

- 3) siehe A. Koestler, 1974
- 4) siehe Fußnote 3, sowie: Arthur Koestler: Der Mensch – Irrläufer der Evolution. (1978) Frankfurt/M.: Fischer Tb. Verl., 1989
- 5) Christiane Nüsslein-Volhard, in: Die Zeit, Nr. 14, 27. März 2008, S. 43
- 6) Harro Albrecht: Großvaters Erblast. Können erworbene Eigenschaften vererbt werden? Unsinn, sagen die Darwinisten. Aber die Wirklichkeit ist komplizierter als das Dogma. in: Die Zeit, Nr. 37, 4. Sept. 2003, S. 37/8 / Manuela Lenzen: Ein Phantom ist zurückgekehrt. Jean-Baptiste Lamarck, die Epigenetik und die Vererbung erworbener Eigenschaften: Eine Bestandsaufnahme. in: FAZ, 26. Aug. 2009, S. N4
- 7) Franz M. Wuketits: Evolutionstheorien. Historische Voraussetzungen, Positionen, Kritik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1988, S. 52/53
- 8) sinngemäß K. Blawat, 2009, S. 16 / Neuerdings wird auch ein Komplott rechter Kreise gegen Kammerer in Erwägung gezogen. Siehe: Michael Hagner: Entlastung für den Krötenfälscher. Darwinismus und politische Intrigen: Klaus Taschwer präsentiert Belege für eine neue Hypothese zum spektakulären Sturz des Biologen Paul Kammerer. in: FAZ, 21. Okt. 2016, S. 10 / Klaus Taschwer: Der Fall Paul Kammerer. Das abenteuerliche Leben des umstrittensten Biologen seiner Zeit. München: Hanser, 2016
- 9) Ernst Peter Fischer: Geschichte des Gens. Frankfurt/M: Fischer TB. Verl., 2003 / Joachim Bauer: Das Gedächtnis des Körpers. Wie Beziehungen und Lebensstile unsere Gene steuern. (2002) München . Zürich: Pieper Tb. Verl., Aktualisierte und erweiterte 3. Aufl., 2014
- 10) siehe u.a.: Bernhard Kegel: Epigenetik. Wie Erfahrungen vererbt werden. Köln: Dumont Verl., 2009. / Peter Spork: Der Zweite Code. Epigenetik - wie wir unser Erbgut steuern können. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verl., 2009. / "Spektrum der Wissenschaft" Highlights: Gene und Umwelt. Wie wir werden, was wir sind. Nr. 2/2016
- 11) siehe z.B.: Reinhard Door: Auf gesund geschaltet. Epigenetik. Die noch relativ junge Forschungsrichtung könnte viele Krankheiten erklären. Denn sie zeigt, welche Bedeutung das An- und Ausschalten von Genen hat - über Generationen hinweg. in: Apotheken Umschau, 1. Juli 2016, S. 62 - 67 / Joachim Müller-Jung: Was die Hacker im Genom suchen. Auch die Natur programmiert. Die Epigenetiker mischen da immer besser mit, und die Medizin will sich das jetzt zunutze machen. in: FAZ, 24. Aug. 2016, S. N1
- 12) Mark Henderson: 50 Schlüsselideen Genetik. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verl., 2010 , S. 188 – 191
- 13) siehe u.a. die weltanschaulich durchaus unterschiedlich tickenden Übersichtsarbeiten: Jürgen R. Nitsch (Hrsg.): Stress. Theorien, Untersuchungen, Massnahmen. Bern . Stuttgart . Wien: Verl. Hans Huber, 1981 / M.M. Chananaschwili - K. Hecht: Neurosen. Theorie und Experiment. Berlin: Akademie-Verl., 1984 / Ludgar Rensing, M. Koch, B. Rippe, V. Rippe: Mensch im Stress. Psyche, Körper, Moleküle. München: Elsevier-Spektrum Akademischer Verl., 2006 / Christian Schubert (Hrsg.): Psychoneuroimmunologie und Psychotherapie. Stuttgart: Schattauer, 2011

Epigenetik und Klassenkampf

- 14) siehe u.a.: Moshe Szyf: Verankerung frühkindlicher Erfahrungen im Erbgut. in: Spektrum der Wissenschaft Highlights: Gene und Umwelt. Nr. 2/2016, S. 30 – 35
- 15) Epigenetik: Traumata und deren Überwindung können vererbt werden. (Kurzinformatio n d. V.) in: "gesunde mediz in", Nr. 4/2016, S. 18
- 16) If: Stress. Späte Korrekturen. in: Gehirn und Geist, Nr. 09/2016, S. 7
- 17) Joachim Müller-Jung: Unsere Seele braucht auch die Leere. Bald wissen wir alles über Stress, nur wissen wenige, wie sie den Folgen des Psychoterrors ent-rinnen. Ein Anti-Stress-Exkurs zwischen Medizin und ehrfürchtiger Geistigkeit. in: FAZ, 3. Aug. 2016, S. N1
- 18) siehe u.a.: Michael K. Skinner: Vererbung der anderen Art. in: Spektrum der Wissenschaft, Nr. 7/2015, S. 19 – 25
- 19) August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. (1879,ff.) Bonn: Verl. J.H.W. Dietz Nachf. , 1994, (Neusatz der 1929 erschienenen Jub. Ausgabe, mit allen relevanten Vorworten; d.V.), hier zitiert S. 249/50
- 20) siehe u.a.: Karl Kautsky: Vermehrung und Entwicklung in Natur und Ge-sellschaft. Stuttgart: Verlag J.H. W. Dietz Nachf. , 1910. / Michael Schwartz: Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890 - 1933. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nach-folger, 1995

Dokumentation

Um eine neue linke Sammlungsbewegung

Vor einigen Wochen lancierten Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht den Gedanken einer neuen Sammlungsbewegung der politischen Linken, die außer der Linkspartei auch Teile der SPD und der Grünen umfassen soll; Eckpunkte sollen soziale Gerechtigkeit und eine friedlichere Außenpolitik sein. Als Referenzen bezog Lafontaine sich neben dem Labour-Vorsitzenden Corbyn auf den französischen Präsidentschaftskandidaten Mélenchon, der bei der Präsidentschaftswahl 2017 mit "La France insoumise" (Unbeugsames Frankreich) aus dem Stand heraus knapp 20 % der Stimmen erzielte.

Seither wird in der Linkspartei eine heftige Auseinandersetzung geführt. Sie dreht sich zum einen um die Organisationsfrage, indem die Gegner des Sammlungsgedankens Lafontaine und Wagenknecht vorwerfen, die von ihnen ins Spiel gebrachte Sammlungsbewegung würde mit den Prinzipien demokratischer Willensbildung (in der Linkspartei) brechen, linkspopulistisch-autoritären Vorstellungen folgen und auf eine "bonapartistische" Formation mit "charismatischen Führungsfiguren" an der Spitze abzielen. Politisch-inhaltlich geht der Streit im Zusammenhang mit der sozialen Frage um die Flüchtlingspolitik, um offene Grenzen, die Stellung zur EU, den Nationalstaat und die Adressaten der eigenen Politik.

In zugespitzter Form zusammengefasst, betrachtet die eine Seite den Nationalstaat als reaktionäres Relikt, tritt für offene Grenzen ein und plädiert als Antwort auf den globalisierten Kapitalismus für eine Öffnung zu den Ausgegrenzten und Flüchtlingen als "andere Klasse" (die Berufung auf "1968" erinnert an die seinerzeitige Diskussion über "Randgruppen" als neues revolutionäres Subjekt). Dagegen wendet sich die andere Seite gegen offene Grenzen, fordert die Orientierung an den Interessen der lohnabhängig arbeitenden Klasse und betrachtet den Nationalstaat als Schutz vor der schrankenlosen Unterwerfung unter das international agierende Kapital. (In diesem Zusammenhang sei auch auf die AzD 73(2005) "Zur sozialen Frage" verwiesen).

Da die Linkspartei angesichts der entgegengesetzten Positionen auf zentralen Feldern der Politik handlungsunfähig ist, stellt der Vorschlag von Lafontaine und Wagenknecht zu einer neuen Sammlungsbewegung der Linken offenbar einen Versuch dar, durch das Aufrollen der sozialen Frage nicht nur Teile der SPD und der Grünen zu gewinnen, sondern auch den gegnerischen Flügel der Linkspartei um Katja Kipping zu isolieren, ohne als Spalter da zu stehen.

Die beiden folgenden Beiträge dokumentieren die geführte Kontroverse anhand von je einem Exponenten des jeweiligen Lagers. Der erste Beitrag erläutert die Position von Lafontaine und Wagenknecht; er stammt von Andreas Wehr und ist am 26.01.2018 im Online Magazin RUBIKON erschienen

Um eine linke Sammlungsbewegung

(<http://www.andreas-wehr.eu/klarheit-vor-sammlung.html>). Der Verfasser ist Autor von Büchern und Artikeln zu Europa, Philosophie und Geschichte sowie zur aktuellen Politik. Früher SPD-Mitglied und bis 1999 Mitherausgeber der "Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – spw", ist er seit einigen Jahren Mitglied der Linkspartei und Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums Berlin. Wir bringen seinen Beitrag in stark gekürzter Fassung.

Andreas Wehr: Klarheit vor Sammlung! Zu den Überlegungen von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht über eine neue linke Sammlungsbewegung

Nach Lafontaine müsse sich jetzt die Linkspartei öffnen und zum Initiator einer neuen linken Sammlungsbewegung werden, die neben früheren Sozialdemokraten auch unzufriedene Grüne anspricht. (...) Der Hintergrund: SPD und Linkspartei fällt es zunehmend schwer, Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose für sich zu gewinnen. Zwar konnte die Partei DIE LINKE bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017 leicht zulegen und dabei vom Niedergang der SPD profitieren, zugleich aber verlor sie an die AfD zahlreiche Wähler, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern.

Etwa 400.000 frühere Linkswähler machten diesmal dort ihr Kreuz. Es waren vor allem Arbeiter und Arbeitslose die gingen. Unter den Arbeitern lag der Anteil der AfD bei 21 Prozent, der der SPD bei 24, aber der der Linkspartei bei nur 10 Prozent. Ein ähnliches Bild bei den Arbeitslosen: AfD 21 Prozent, SPD 23, Linkspartei 11 Prozent. Besser sah es unter den Angestellten aus: 11 Prozent AfD, 20 Prozent SPD und 9 Prozent Linkspartei. Besonders bitter für DIE LINKE fiel das Ergebnis bei der Wahlentscheidung von Gewerkschaftsmitgliedern aus, denn hier lag die AfD mit 15 Prozent vor der Linkspartei mit 12 Prozent. Selbst für die SPD, die den Gewerkschaften traditionell am nächsten steht, entschieden sich nur 29 Prozent.

Der Zickzackkurs der SPD-Parteiführung nach der Bundestagswahl und die Entscheidung deren Bundesparteitags vom 21. Januar 2018, Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU aufzunehmen, lässt erwarten, dass die Unterstützung der SPD weiter erodieren wird, es sogar zu Austritten aus der Partei in größerer Zahl kommen kann. In dieser Situation müsse sich, so Lafontaine, die Linkspartei öffnen und zum Initiator einer neuen linken Sammlungsbewegung werden, die neben früheren Sozialdemokraten auch unzufriedene Grüne ansprechen kann. Die Partei DIE LINKE müsse bereit sein, sich in einem solchen Prozess als Organisation selbst infrage zu stellen, um so Motor einer neuen linken Sammlungsbewegung werden zu können, mit der anschließend das politische Spektrum in Deutschland wieder nach links verschoben werden kann.

DIE LINKE - eine stagnierende Partei

Die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, Sahra Wagenknecht, sieht ihre Partei an einer Wachstumsgrenze angekommen, die es notwendig ma-

che, über andere Wege nachzudenken, (denn eine) „starke linke Volkspartei“ wird ... die Partei DIE LINKE nicht mehr werden. Zehn Jahre nach ihrer Konstituierung im Jahr 2007 hat sie viel ihres anfänglichen Elans verloren. Stieg die Mitgliederzahl nach dem Zusammenschluss von PDS und WASG schnell auf 76.000, so ist sie inzwischen auf kaum mehr als 60.000 gesunken. Trotz einiger Erfolge bei der Gewinnung jüngerer Anhänger im Bundestagswahljahr 2017 ist ihre Mitgliedschaft weiterhin stark überaltert. Die Zahl der Parteimitglieder und damit ihre gesellschaftliche Verankerung werden daher in Zukunft weiter zurückgehen. Insgesamt bietet die Partei DIE LINKE bei Wahlen ein Bild der Stagnation. (...) DIE LINKE erfüllt grundlegende Voraussetzungen nicht, um als eine eingriffsfähige sozialistische Kraft gelten zu können. (...)

Die Kampagnenunfähigkeit der Partei DIE LINKE ist vor allem ihrer Zersplitterung geschuldet, existieren doch unter ihrem Dach die unterschiedlichsten Milieus und Strömungen, ohne dass sie größer Kenntnis voneinander nehmen. Die Partei beherbergt nicht weniger als 26 bundesweite Arbeitsgemeinschaften, die meist über eigene Strukturen wie Vorstände, Delegierte, Bundestreffen sowie Informationsdienste verfügen. Hinzu kommen zwei wie eigenständige Parteien in ihr agierende trotzkistische Strömungen: Das „Netzwerk Marx 21“ und die „Sozialistische Alternative Voran (SAV)“.

Die Kritiker des Vorstoßes von Lafontaine und Wagenknecht können daher zu Recht behaupten, dass mit der Partei DIE LINKE längst die geforderte Sammlungsbewegung besteht. Nach Aussage von Parteichef Bernd Riexinger in der Tageszeitung Junge Welt vom 9. Januar 2018 sei das sogar eine „große Leistung“. Das ist jedoch ein zweifelhaftes Lob, denn das Modell einer „Patchworkpartei“ bzw. einer „Mosaiklinken“ mag zwar als Reaktion auf eine überzentralisierte Kaderpartei wie die SED bzw. einer nach der Wende zersprengten westdeutschen Linken einmal einer bestimmten historischen Situation entsprochen haben, heute hingegen blockiert es die Handlungsfähigkeit der Linkspartei. (...)

Postmaterielle, identitäre Sozialdemokraten und Linke

Die europaweiten Verluste der Sozialdemokratie, die in einigen Ländern, etwa in Frankreich, den Niederlanden, Irland, Griechenland und in Tschechien, bereits zu ihrer Marginalisierung geführt haben, sind Ergebnis des zerbrochenen Vertrauens der arbeitenden Klasse in die Sozialdemokratie als ihre einstmalige Interessensvertretung. Dahinter steht die Erfahrung, dass die sozialdemokratischen Eliten, einmal an die Macht gelangt, bruchlos an die neoliberale Politik der Konservativen und Liberalen anknüpfen, und sie – wie in Deutschland unter Schröder geschehen – sogar noch verschärfen.

Die Sozialdemokraten öffneten sich aber nicht nur dem Neoliberalismus als Wirtschaftsstrategie, sondern auch Politikinhalt, die man zusammengefasst als postmaterielle bezeichnen kann. Überall übernahmen sie Werte und Inhalte der Grünen bzw. der „neuen sozialen Bewegungen“, der Umweltbewegung, der Feministinnen sowie der verschiedenen Initiativen zur Gleichstellung von Minder-

Um eine linke Sammlungsbewegung

heiten. Die traditionelle Ausrichtung linker Politik auf gesamtgesellschaftliche Ziele, auf die Emanzipation der Lohnabhängigen als der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, ging dabei verloren. An ihre Stelle trat oft eine Politik, in der nur ihre authentische Bedeutung für den jeweils Einzelnen zählt. (...)

Die Ausrichtung auf postmaterielle Werte und Identitätspolitik hat längst auch die Partei DIE LINKE erfasst. Die dafür stehende Strömung „Emanzipatorische Linke“ um die Zeitschrift „Prager Frühling“ konnte in den letzten Jahren bemerkenswerte Siege im Kampf um Mehrheiten in der Partei erringen. (...) Mit Katja Kipping konnten die „Emanzipativen“ auf dem Parteitag 2012 sogar die Parteispitze erobern. Dank ihres kademäischen Vorgehens stellen sie, trotz einer im Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft vergleichsweise geringen Anhängerschaft, inzwischen in vielen Vorständen von Landesverbänden sowie im Parteivorstand - hier im Bündnis mit Vertretern des traditionell rechten Parteiflügels - die Mehrheit. Nach den Bundestagswahlen konnte sich dieser Flügel über eine Reihe neuer Bundestagsabgeordneter freuen, die sich dort sogleich hinter Kipping stellten. Zuwachs erhielten die „Emanzipativen“ zudem durch die Übernahme der Konkursmasse der libertären Piratenpartei.

Mit dieser Wende hin zu einer "kosmopolitisch-linken Identitätspolitik" ergeben sich für die Linkspartei neue Schnittmengen mit einer in ihren urbanen Mittelstandsmilieus inzwischen ganz ähnlich ausgerichteten Sozialdemokratie und natürlich mit den Grünen. Auf dieser Grundlage soll eines Tages auf Bundesebene eine Rot-Rot-Grüne Zusammenarbeit zustande kommen. Programmatisch vorbereitet wird sie schon heute vom „Institut Solidarische Moderne“ (ISM), in dessen Vorstand Repräsentanten der drei Parteien vertreten sind: Katja Kipping, Axel Troost und Sabine Leidig für die Linkspartei, Andrea Ypsilanti, Hilde Mattheis für die SPD sowie Katharina Beck für die Grünen.

Da sich Sahra Wagenknecht einer solchen Ausrichtung der Linkspartei widersetzt, sie weder Anhängerin einer Rot-Rot-Grünen Zusammenarbeit noch einer „kosmopolitisch-linken Identitätspolitik“ ist, sollte sie direkt nach den Bundestagswahlen in ihren Rechten als Vorsitzende der Bundestagsfraktion beschnitten und damit demontiert werden. Das war der wirkliche Hintergrund der in der Presse als bloße „Personalquerelle“ beschriebenen Auseinandersetzung vom Herbst 2017. In diesem Konflikt zeigte sich aber gleichzeitig, dass Wagenknecht für ihre Positionen Unterstützung weit über die Linkspartei hinaus genießt. So gelang es ihr leicht, für ihren Online-Newsletter „Team Sahra“ innerhalb kurzer Zeit Zehntausende Unterstützer zu gewinnen. Es sind vor allem diejenigen, die sich nach einer Wiederherstellung des Sozialstaats sehnen und für die der nationale Rahmen als Schutzraum nicht geschwächt oder in einer EU überwunden werden darf. (...)

Klarheit über die Ziele herstellen!

Der Vorschlag von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht für eine neue linke Sammlungsbewegung, die über den Rahmen der Linkspartei hinausgeht,

dürfte zunächst darauf abzielen, die Stimmen jener Ungehörten zu Gehör zu bringen, die als "resignativ-autoritärer Teil" abgetan werden. (...)

Eine neue Sammlungsbewegung aber, die ihren Mittelpunkt in der Linkspartei auf Grundlage postmaterieller und identitärer Inhalte hätte und zu der dann all diejenigen aus der SPD stoßen würden, die sich einer Koalition mit den Unionsparteien verweigern, da sie in einem solchen Bündnis Fragen der Migration oder der Minderheitenrechte in ihrem libertären, identitären Sinne nicht gewahrt sehen, wäre alles andere als ein Gewinn. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, dass der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Kevin Kühnert, in seiner Zeit als Vorsitzender der Berliner Jusos das Deutschlandfest der SPD allein wegen des Worts "Deutschland" boykottierte. Mit einer solchen Sammlungsbewegung würden die Probleme lediglich auf eine andere, höhere Ebene gehoben werden.

Der dem Vorstoß von Lafontaine und Wagenknecht zu Grunde liegende inhaltliche Konflikt verweist darauf, dass die Zeiten von linken Mosaik- bzw. Patchworkparteien europaweit zu Ende gehen. Die Krise der deutschen Linkspartei ist Teil einer westeuropäischen Entwicklung, in der sich zeigt, dass das Modell der pluralistischen, ohne theoretisches Zentrum arbeitenden linken Sammlungs- bzw. Bewegungspartei für immer mehr sich links Engagierende als nicht mehr der heutigen Situation angemessen angesehen wird.

Doch so wenig wie die italienische Rifondazione Comunista oder die Kommunistische Partei Frankreichs zu einer Überwindung ihres überkommenen Parteimodells in der Lage sind, so wenig dürfte es die Partei DIE LINKE sein. So werden sich daher auch in Deutschland früher oder später die Wege jener, die dieses Modell bewahren wollen, von denen, die es als untauglich für eine offensive sozialistische Politik ansehen, trennen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine abstrakte akademische Diskussion. Es geht um viel. Es bedarf dringend einer politischen Kraft, die sich dem starken Rechtstrend entgegenstemmt, der jetzt auch Deutschland erfasst. Die Partei DIE LINKE ist diese Kraft aber nicht.

Notwendig ist daher, Klarheit über die Ziele einer möglichen neuen linken Formation zu gewinnen. Im Mittelpunkt muss dabei die soziale Frage stehen, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten und der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme auf nationalstaatlicher Ebene. Dazu gehört auch eine eindeutige Haltung gegenüber der Europäischen Union, die davon ausgeht, dass sie nicht zu einer demokratischen und sozialen EU transformiert werden kann. Dazu gehört zudem ein unverkrampftes Verhältnis gegenüber der eigenen Nation, deren Erhalt auch für die Arbeiterbewegung ein hohes Gut darstellt. Und schließlich gehört dazu eine realistische Flüchtlingspolitik, die Abschied nimmt von der illusionären Forderung nach offenen Grenzen für alle.

Der folgende Beitrag von Mario Neumann ist im Neuen Deutschland vom 12.12.2017 erschienen (>>www.neues-deutschland.de/artikel/1071703.die-linke-migration-und-die-klasse-es-geht-nicht-um-wagenknecht-es-geht-um-die-zukunft-linker-politik.html<<). Der Autor ist politischer Aktivist und engagiert

Um eine linke Sammlungsbewegung

sich derzeit im Netzwerk "Welcome United". Zusammen mit dem Philosophen Sandro Mezzadra hat er die Flugschrift "Jenseits von Interesse und Identität. Klasse, Linkspopulismus und das Erbe von 1968" verfasst (erschienen im laika-Verlag).

Mario Neumann: **Die LINKE, Migration und die Klasse.**

Es geht nicht um Wagenknecht, es geht um die Zukunft linker Politik

Ärzte aus Irak, Syrien und Niger würden nach Deutschland geholt, hat Sahra Wagenknecht neulich beklagt. Nun: Laut Statistik der Bundesärztekammer gibt es in der Bundesrepublik keinen einzigen Arzt aus Niger. Auch sonst hat beispielsweise der ARD-Faktencheck Wagenknechts Behauptung einiges entgegen zu setzen.

Wenn die Fraktionsvorsitzende einer linken Partei eine Form der Migration problematisiert, die es so gar nicht gibt, dann scheint hinter den Auseinandersetzungen in der LINKEN aktuell vielleicht doch mehr zu stecken, als es für viele den Anschein macht. Der »Machtkampf« in der Linkspartei ist keine Personaldebatte, sondern eine Auseinandersetzung um die Zukunft linker Politik.

Angriff auf das Erbe der 1968er

Sahra Wagenknecht ist nicht allein. Andrea Nahles läutete die (vielleicht kurze) Oppositionsrolle der SPD mit einem Angriff auf Geflüchtete ein, Oskar Lafontaine sieht die »soziale Gerechtigkeit« von der gegenwärtigen »Flüchtlingspolitik ...außer Kraft gesetzt«, in Österreich macht sich der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes für eine rot-blaue Koalition stark. Alles nur Taktik, alles nur Rhetorik oder gar Zufall?

Sicher nicht. Wagenknechts Äußerungen zum verwirkten »Gastrecht«, zu Angela Merkels sicherheitspolitischer Verantwortung für den Anschlag am Breitscheidplatz, aber auch über »abgehobene Gender-Diskurse« und ihre hermeneutische Aufgeschlossenheit für die »Ängste« des Rechtspopulismus versteht man nicht, wenn man sie nur als Wahlkampfmanöver oder Taktik begreift. Was wir derzeit erleben, ist vielmehr die fortgesetzte Auseinandersetzung um die Zukunft linker Politik, die weit über die Partei hinausreicht und die in ganz Europa in vollem Gange ist. Wagenknecht verfolgt dabei nicht bloß das taktische Ziel, Wählerstimmen in AfD-affinen Milieus zu generieren. Vielmehr geht es ihr um eine langfristige Strategie der Renationalisierung der LINKEN, die eine programmatische Tiefe besitzt.

Diese Strategie ist ein systematischer Angriff auf die Politiken der Neuen Linken, die Neuen Sozialen Bewegungen und das Erbe von 1968 – verstanden nicht als Kalenderjahr, sondern als Beginn einer globalen Konjunktur neuer sozialer Kämpfe und einer neuen Linken. Und dieser Angriff kommt nicht von ungefähr. Er hat seine Wurzeln in der tiefen programmatischen und weitestgehend unreflektierten Bedeutung, die der Wohlfahrtsstaat für die LINKE hat. Sie steckt selbst über alle Strömungen hinweg bis zum Hals in der Idealisierung der Ver-

gangenheit, auch wenn einige ihrer Fraktionsvorsitzenden in der Flüchtlingspolitik mit humanitären Argumenten widersprechen.

Männer mit Pass: Es gehören nicht alle zum Wohlfahrtsstaat

Wovon lebt die programmatische Überzeugungskraft von Sahra Wagenknecht? Und warum ist sie gleichzeitig und bei aller Popularität nicht in der Lage, eine eindeutige Gegenposition zur AfD zu repräsentieren? Zwei Fragen, eine Antwort: Ihr geographischer und politischer Horizont ist der nationale Wohlfahrtsstaat. Ein Raum, in dessen klar definierten Grenzen ein klar definiertes Staatsvolk die »soziale Frage« stellt - und mittels des Staates ihre fortschrittliche Bearbeitung vollzieht.

Wagenknecht ist da ganz bei Ludwig Erhardt und viele LINKE sind da ganz bei Sahra. Viele glauben dabei jedoch, dass eine solche Politik problemlos mit humanistischen, feministischen oder ökologischen Aspekten verbunden werden kann. Das Problem ist jedoch: Eine nostalgische Sozialpolitik, die um den Nationalstaat und sein Volk kreist, wird aus sich selbst heraus immer wieder die Frage aufrufen, wer zu dieser Gemeinschaft der »sozialen Gerechtigkeit« dazu gehört. Um dann – ganz wahrheitsgetreu übrigens – von Sahra Wagenknecht oder Oskar Lafontaine damit beantwortet zu werden, dass das eben nicht alle sind und sein können.

Die Geschichte des Wohlfahrtsstaates gibt ihnen Recht. Seine fortschrittlichen Elemente basierten konstitutiv auf Ausschluss – nach außen, aber auch nach innen. Während in vielen aktuellen linken Debatten der Neoliberalismus als das einzige Elend der Welt gilt und jene Zeit, die ihm vorausging, zur Utopie idealisiert wird – währenddessen scheint Wagenknecht nur allzu gut Bescheid zu wissen über die Voraussetzungen des »sozialen und nationalen Staates« (Etienne Balibar). Die Ausgrenzung von Migrant*innen, die Privilegierung der Staatsbürger*innen, die Unterdrückung der Frauen, der Arbeitsethos (als die Rückseite der Anerkennung der Arbeiter*innen-Bewegung): all das waren selbstverständliche Realitäten, gegen die sich dann die Revolten des Mai 1968 richteten. Der wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiss der Nachkriegszeit: Er hatte seine Grenzen in dem, was »Klasse« umfasste. Männer mit Pass.

Wie hältst du es mit der Migration?

Es war und ist das Verdienst der Neuen Linken, solche politischen Subjekte ins Zentrum ihrer Politiken gestellt zu haben, die von wohlfahrtsstaatlichen Politiken und der institutionalisierten Arbeiter*innen-Bewegung ausgeschlossen oder nur selektiv in diese einbezogen waren. Die Subjekte, die außerhalb des korporatistischen Kompromisses standen oder ihn als goldenen Käfig empfanden, waren nicht zufällig wesentliche Protagonist*innen der Aufstände jener Zeit: Junge Proletarier*innen, Frauen, Migrant*innen.

Es ist daher auch kein Zufall, dass sich Wagenknechts Politik heute von diesen Gruppen abwendet und sich dabei vor allem des Zuspruchs der weißen, männlichen und älteren Bevölkerungsgruppen versichern kann. Und es ist auch

Um eine linke Sammlungsbewegung

kein Zufall, dass weite Teile der LINKEN diesen Ausschluss zwar moralisch zurückweisen, sie aber keine politische Antwort entwickeln, in deren Zentrum andere Subjekte stünden als die Protagonist*innen der traditionellen Arbeiter*innen-Bewegung (abgesehen vielleicht von zaghaften Versuchen in der Gesundheits- und Pflegepolitik). Es würde schließlich erfordern, einen programmatischen Neuanfang zu machen.

Deswegen wird die gesamte LINKE nicht fertig mit dem »Sommer der Migration«. Er ist zu ihrer ganz eigenen Gretchenfrage geworden, weil der Kampf um die Grenze die Bedingungen in Frage stellt, die das ganze Programm der Partei plausibilisieren. »Ungesteuerte« Migration rüttelt an den Bedingungen, die den Geltungsbereich der »sozialen Gerechtigkeit« im Wohlfahrtsstaat gleichzeitig begrenzen und ermöglichen. Migration verweist die Linke systematisch auf die Notwendigkeit eines neuen, transnationalen Paradigmas – ob reformistisch oder radikal. Und sie stellt in Frage, welche Subjekte zentrale Rollen in einer neuen linken Idee einnehmen. Ein nationaler Sozialstaat mit humanistischer Asylpolitik: das ist keine linke Antwort auf den globalisierten Kapitalismus, sondern eine Bankrotterklärung.

Möchte die LINKE eine politische Kraft sein, die dem neuen Faschismus und dem globalisierten Kapitalismus etwas entgegensetzen hat, sollte sie sich von ihrem programmatischen Nationalismus lösen, der untrennbar mit der Idealisierung des Wohlfahrtsstaates verknüpft ist.

Die andere Klasse

Oftmals werden in der gegenwärtigen Debatte – zuletzt in der Auseinandersetzung mit Didier Eribons »Rückkehr nach Reims« – die Kämpfe von Migrant*innen und Frauen als Identitätspolitik wenn nicht abgetan, so doch für sekundär erklärt. Die Grünen oder der »progressive Neoliberalismus« (Nancy Fraser) sind dann die Folie, auf der alle Politiken der Neuen Linken als Liberalismus diffamiert werden.

Selbstverständlich gibt es urbane und akademische Milieus, die sich in eine selbstreferentielle Identitätspolitik verstrickt haben, die oftmals um Distinktion und Überheblichkeit kreist. Das Label der »Identitätspolitik« und des »progressiven Neoliberalismus« verstellen jedoch den Blick auf die steigende und zentrale Bedeutung der Migrationsbewegungen, der Reproduktionsarbeit und der globalen Konjunktur feministischer Kämpfe für jede zeitgemäße linke Politik, ja: Klassenpolitik.

Migrantische und feministische Kämpfe liegen am Herzen dessen, was in unterschiedlichen Nuancen heute als »Klassenpolitik« oder »Soziale Frage« gegen die sogenannten »Identitätspolitik« ausgespielt werden soll. Spricht die LINKE also von den »Ausgeschlossenen« und sozialer Gerechtigkeit, fände sie hier einen guten Ausgangspunkt – und nicht etwa den liberalen Gegenspieler einer Politik der »sozialen Frage«.

Und das nicht erst seit heute: Es waren Millionen Gastarbeiter*innen, die schon lange, bevor der Begriff des »Neoliberalismus« das Licht der Welt erblickte, die Arbeiterklasse in Deutschland prägten – etwas, das diejenigen Linken zu vergessen scheinen, die gegenwärtig vor einer neoliberalen Einwanderungspolitik warnen.

Heute sind es europäische Migrant*innen, denen kürzlich der Zugang zu Hartz IV für Jahre gestrichen wurde. Es sind Geflüchtete, die in illegale und unterbezahlte Jobs gedrängt werden; es sind geschätzt mehrere Hunderttausend osteuropäische Frauen, die als »Live-Ins« in deutschen Haushalten als Reproduktionsarbeiterinnen ihr Leben verkaufen.

Es sind Migrant*innen und Geflüchtete, die im Land der täglichen Angriffe auf Unterkünfte, im Land des NSU und einer völkisch-rassistischen Partei im Parlament allen Grund für die viel zitierten »Ängste« haben, die man im politischen Betrieb derzeit so gerne verstehen möchte. Ihre systematische Einbeziehung in linke Politiken – wie beispielsweise in den neuartigen Prozessen um »Solidarische Städte« – ist wesentlicher Teil eines anstehenden Neuanfangs.

Wagenknecht repräsentiert nicht die soziale Frage

Gegen all das – und nicht etwa gegen linke Szenepolitiken oder den grünen Neoliberalismus – entscheidet sich eine LINKE, die dem Kurs von Wagenknecht folgt. Stattdessen kreist sie seit Jahren um die weißen, männlichen Stammische mit AfD-Affinität, weil diese ihrer antiquierten Vorstellung des »Volkes« entsprechen. Das größte Missverständnis der gegenwärtigen Debatte ist dabei, dass Sahra Wagenknecht dadurch gewissermaßen die soziale Frage, das Unten und die Ausgeschlossenen repräsentiere. Diese Deutung ist eine große Lüge.

Am Ende des Tages ist es das Projekt Wagenknecht, in dessen Register kein Platz ist für die Stimme der Ärmsten und für die Wahrheit über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Die, die schon seit Jahrzehnten hier sind und die, die noch kommen werden. Hier beginnt die Aufgabe einer kommenden Linken, die – so viel ist klar – ohne einen Schritt ins Offene nicht zu haben sein wird. Alle werden sich entscheiden müssen, so oder so.